

Jahresbericht **2023**

Wer wir sind
Wofür wir eintehen
Wie wir arbeiten



Inhalt



S. 12



S. 16



S. 22

Vorwort	1
Klima schützen und Wirtschaft transformieren	2
Für eine nachhaltige Landwirtschaft und den Schutz der Biodiversität	12
Für ein geeintes Europa in herausfordernden Zeiten	16
Demokratie schützen und verteidigen	22
Menschenrechte durchsetzen	30
Die Heinrich-Böll-Landesstiftungen	34
Kunst und Kultur	38
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich.....	40
Studienwerk – Rückenwind für junge Talente	41
GreenCampus – Vom Wissen zum Handeln	46
Archiv Grünes Gedächtnis	47
Im Spiegel der Zeitgeschichte: 30 Jahre Bündnis 90/Die Grünen.....	48
Preisverleihungen.....	49
Stiftungsmanagement	51
Gremien	59
Vertrauensdozent*innen	60
Adressen	61
Fördern und Spenden	63

Was wir wollen

Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorantreiben, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen.

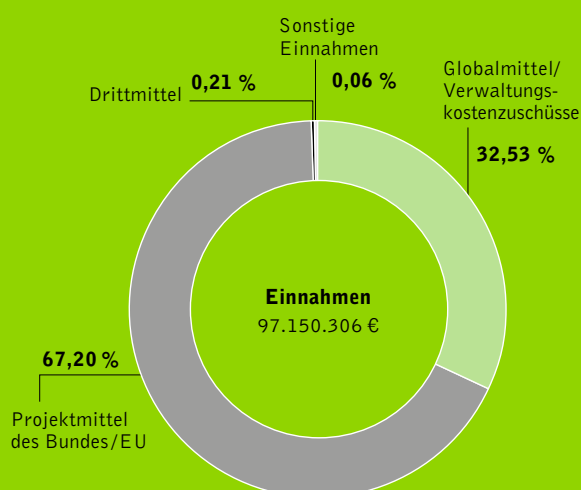
Wir stehen der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und arbeiten als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerinnen und Partnern in rund 60 Ländern.

Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 37 Auslandsbüros an 34 Standorten sind wir weltweit gut vernetzt. Wir kooperieren mit unseren Landesstiftungen in den deutschen Bundesländern und fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland.

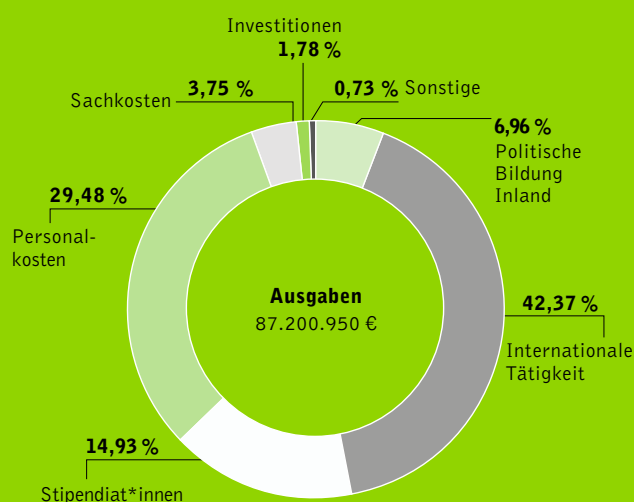
Wir folgen Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik und möchten andere anstiften mitzutun.

Fakten zur Stiftung

Einnahmen 2023



Ausgaben 2023



Heinrich-Böll-Stiftung weltweit



Afrika

- 1 Kapstadt (Südafrika)
- 2 Abuja (Nigeria)
- 3 Nairobi (Kenia)
- 4 Nairobi (Horn von Afrika)
- 5 Dakar (Senegal)

Asien

- 6 Bangkok (Thailand)
- 7 Neu-Delhi (Indien)
- 8 Peking (China)
- 9 Phnom Penh (Kambodscha)
- 10 Yangon (Myanmar)
- 11 Seoul (Südkorea) **

Europa

- 12 Belgrad (Serbien)
- 13 Berlin (Deutschland)
- 14 Brüssel (Belgien) *
- 15 Istanbul (Türkei)
- 16 Kyjiw (Ukraine)
- 17 Paris (Frankreich)
- 18 Prag (Tschechische Republik)
- 19 Sarajevo (Bosnien-Herzegowina) *
- 20 Tbilisi (Georgien)
- 21 Thessaloniki (Griechenland)
- 22 Tirana (Albanien)
- 23 Warschau (Polen)
- 24 Wien (Österreich)

Lateinamerika

- 25 Bogotá (Kolumbien)
- 26 Mexiko-Stadt (Mexiko)
- 27 Rio de Janeiro (Brasilien)
- 28 San Salvador (El Salvador)
- 29 Santiago de Chile (Chile)
- 30 Buenos Aires (Argentinien)

Nordafrika und Nahost

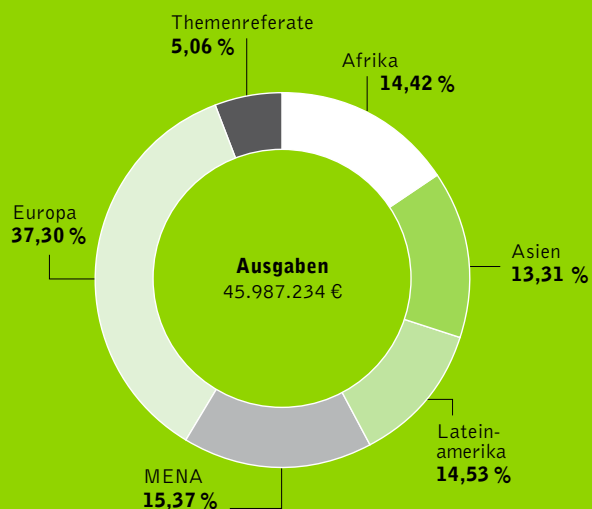
- 31 Beirut (Libanon)
- 32 Ramallah (Palästina)
- 33 Rabat (Marokko)
- 34 Tel Aviv (Israel)
- 35 Tunis (Tunesien)

Nordamerika

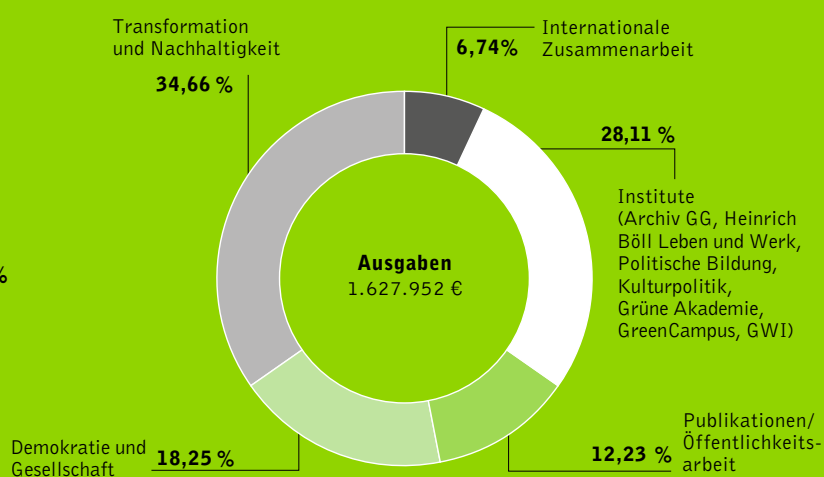
- 36 Washington (USA)

* An diesen Standorten sind wir mit einem weiteren Büro vertreten:
Global Unit for the Support of Democracy (Brüssel)
Globale Einheit für Feminismus und Geschlechterdemokratie (Sarajevo)

Internationale Zusammenarbeit 2023



Politische Bildung Inland 2023



Liebe Leser*innen,



Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht Foto: Sibylle Fendt

«Krisenpermanenz» – kaum ein Wort beschreibt die Situation, in der wir arbeiten, so treffend wie dieses. Die Klimakrise, der andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und das Erstarken autoritärer populistischer Kräfte weltweit sind für uns eine dauerhafte Herausforderung. Der brutale Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober und der Krieg in Gaza haben dramatische Folgen vor Ort und wirken sich zugleich weltweit aus, auch in unseren Büros, unserem Partnerspektrum, unserer eigenen Arbeit als deutsche politische Stiftung, die im In- und Ausland arbeitet.

Ein Beispiel für diese Auswirkungen war unsere Entscheidung, nicht an der Verleihung des Hannah-Arendt-Preises an Masha Gessen teilzunehmen. In einem Essay für den *New Yorker* am 9. Dezember hatte Gessen u.a. Gaza mit den jüdischen Ghettos im besetzten Europa gleichgesetzt. Unsere Entscheidung hat viele Debatten ausgelöst – sie reichten vom Vorwurf der Cancel Culture gegenüber israelkritischen jüdischen Intellektuellen bis hin zur Forderung, Masha Gessen den Preis nachträglich abzuerkennen. Wir haben die unterschiedlichen Rückmeldungen zum Anlass genommen, um Masha Gessen zu einer öffentlichen Diskussion in die Stiftung einzuladen. Es war eines von vielen kritischen, manchmal emotionalen Gesprächen, öffentlich wie intern, in denen wir in den vergangenen Monaten darum gerungen haben, wie wir Multiperspektivität zulassen und aus ihr schöpfen lernen und gleichzeitig als grüne politische Stiftung mit klarem Profil und Kompass erkennbar sind und bleiben.

Wir sind als politische Stiftung unabhängig von Partei und Fraktion, aber gleichzeitig integraler Teil der grünen Strömung und arbeiten mit anderen gemeinsam daran, das grüne Projekt voranzubringen. Der Gegenwind, der uns dabei ins Gesicht weht, wird von Tag zu Tag schärfer. Viele Mitarbeitende in unseren Auslandsbüros arbeiten seit Langem unter schwierigen Bedingungen, sind Repressionen und Anwürfen ausgesetzt, müssen sich rechtfertigen für ihre Arbeit. Die Erosion demokratischer Strukturen und eine zunehmend polarisierte Öffentlichkeit verschärfen das. Auch unsere Kolleg*innen in den Landesstiftungen arbeiten in einem immer bedrohlicheren Umfeld und können manche Veranstaltung nicht mehr

ungehindert durchführen. Die Ergebnisse der Europawahlen haben deutlich gezeigt, dass die Demokratie und damit auch das grüne politische Projekt unter Druck stehen. Viele Menschen müssen neu überzeugt werden, dass die Veränderungen, die eine sozialökologische Transformation mit sich bringt, Veränderungen zum Guten sind. Und dass diese Veränderungen demokratisch gestaltet werden müssen.

In diesen Zeiten nicht nur aus der Defensive heraus zu agieren, sondern den Blick nach vorn zu richten, große und kleine Geschichten des Gelingens zu erzählen, ist und bleibt zentral für den Erfolg unserer Arbeit, mit der wir möglichst viele Menschen erreichen wollen. Eines von vielen Beispielen für diese positiven Geschichten ist der neue Podcast «Pod der guten Hoffnung», in dem konstruktive Ideen im Umgang mit der Klimakrise ihren Platz finden. International unterstützen wir die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen, kritischen Journalist*innen und Klima- und Umweltorganisationen, um Unrecht zu dokumentieren und die Zusammenarbeit für Veränderungsprojekte und Gegenstrategien zu fördern. Unsere vielfältige Arbeit war und ist nicht möglich ohne diejenigen, die jeden Tag ihre Ideen, ihr politisches Gespür und ihr Herzblut in ihre Arbeit einbringen. Wir wissen, dass unsere Stiftung für viele Mitarbeitende mehr ist als ein Arbeitsort und dass sie gern Teil eines Projektes sind, mit dem wir die großen Themen unserer Zeit beherzt und in der Vielfalt der Perspektiven bearbeiten. Dafür sind wir ebenso dankbar wie für die solidarischen und ehrlichen Rückmeldungen aus Aufsichtsrat, Mitgliederversammlung, unseren Fachbeiräten und vielen anderen Gremien. Sie unterstützen uns bei der Kursbestimmung in stürmischen Zeiten und beim Blick nach vorn.

Zum Schluss möchten wir Sie auf zwei neue Formate hinweisen, mit denen wir uns als Vorstand regelmäßig zu Wort melden: die böll.kolumne, die wir im Wechsel veröffentlichen, und unseren Podcast «Über den Tag hinaus». Über Reaktionen von Ihnen dazu freuen wir uns!

Herzlich

Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht
Berlin, im Juni 2024



Hürup, Schleswig-Holstein 2023: Verlegung von Rohren für das Nahwärmenetz in Hürup Foto: Stephan Röhl

Klima schützen und Wirtschaft transformieren

Der Klimawandel verläuft schneller als bislang angenommen. Er ist in allen Regionen der Erde bemerkbar, und einige Auswirkungen sind bereits unumkehrbar. Jede weitere Erwärmung vergrößert die Risiken für Mensch und Natur. Ein rascher Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe und die Umstellung auf erneuerbare Energien sind der sicherste Weg, die Erderwärmung zu bremsen und unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Ideen für eine klimagerechte Zukunft gibt es viele, sie müssen nur schnellstens umgesetzt werden, damit auch künftige Generationen sicher und gut leben können.

Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Jedes Zehntelgrad vermiedene Erwärmung macht einen großen Unterschied. Wir unterstützen mit unserer Arbeit den Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft, bei der ökologische und soziale Belange zusammengedacht werden. Damit dieses Vorhaben gelingt, braucht es den Zusammenhalt der Gesellschaft, denn die Klimakrise können wir nur gemeinsam lösen!

Die UN-Klimakonferenz in Dubai

Vom 30. November bis zum 13. Dezember 2023 fand in Dubai, Vereinigte Arabische Emirate, die 28. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (COP28) statt. Über 90.000 Personen, darunter Staats- und Regierungschef*innen, Vertreter*innen von Ministerien, NGOs und indigenen Völkern, nahmen daran teil. Sie debattierten über Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise und wie die Pariser Klimaziele, die eine Begrenzung der Erderwärmung auf möglichst unter 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter vorsehen, erreicht werden können. Dafür müssen die Klimaanstrengungen deutlich erhöht werden. Zahlreiche Staaten und die EU forderten deshalb einen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas. Vor allem jene Länder, die von fossilen Brennstoffen abhängig sind, lehnten diese Forderung ab. Nachdem die Konferenz um einen halben Tag verlängert worden war, einigte man sich schließlich auf «Abkehr» statt «Ausstieg». So steht es nun erstmalig im Abschlussdokument.

Ein Meilenstein der Verhandlungen war die Einigung über die Ausgestaltung eines von den UN-Mitgliedstaaten finanzierten Fonds für Klimaschäden im Globalen Süden. Deutschland und die Vereinigten Arabischen Emirate sagten jeweils 100 Millionen Euro zu. Kolumbien, das im Namen Lateinamerikas verhandelte, hatte einen entscheidenden Anteil an diesem Erfolg.

Im Vorfeld der Klimakonferenz veranstaltete unser Büro in Bogotá zusammen mit den Partnerorganisationen Censat und Climate Tracker Latam eine Reihe von Multi-Stakeholder-Dialogen. Es ging darum, Regierungsvertreter*innen und Kongressabgeordnete mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Journalist*innen zum Thema Klimaschäden und Finanzie-

rungsmechanismen ins Gespräch zu bringen. Unter den Teilnehmenden waren u.a. der Abgeordnete des Repräsentantenhauses Duvalier Sanchez, der eine Initiative zur Anerkennung der Klimamigration in Kolumbien ins Leben gerufen hat, und Delegierte der Nationalen Einheit für Katastrophenrisikomanagement. Auch die Verhandlungsführerin des kolumbianischen Umweltministeriums zu diesem Thema bei der Klimakonferenz, Angela Rivera, war dabei.

Angeregt durch die «Dialoge» und unterstützt von der Heinrich-Böll-Stiftung entstanden diverse Podcasts über klimabedingte Schäden und Verluste in verschiedenen Landesteilen Kolumbiens. Große Aufmerksamkeit erhielt ein Podcast über die Küstenerosion in La Guajira, die viele Familien zum Wegzug zwang. Er wurde bei der ersten öffentlichen Anhörung der Inter-amerikanischen Menschenrechtskommission zu klimabedingter Migration und Vertreibung in Lateinamerika im Februar 2024 präsentiert. Die Podcasts liefern die Grundlage für eine landesweite Bestandsaufnahme der Schäden und Verluste in Kolumbien, die weiter systematisiert werden sollen.

Schuldenerlass für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung – Projekt

Für viele Schwellen- und Entwicklungsländer war das Jahr 2023 sehr herausfordernd: eine schwächelnde Wirtschaft infolge der Pandemie, Lebensmittel- und Energiepreisschocks infolge des Ukrainekriegs, steigende Zinsen und damit einhergehend das Anziehen des US-Dollars, was wiederum die Bedienung der Staatsschulden und die Kreditaufnahme an den Finanzmärkten verteuerte. Ein Großteil der einkommensschwachen Länder war von Zahlungsschwierigkeiten betroffen.

Folglich war es für diese Länder noch schwieriger, in Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Stärkung der Resilienz zu investieren. Verwundbarkeit gegenüber dem Klimawandel erhöht wiederum die Kapitalkosten an den Finanzmärkten, weil Zahlungsausfälle wahrscheinlicher werden.

In unserem Projekt «Debt Relief for a Green and Inclusive Recovery» (DRGR) haben wir diesen Teufelskreis aus Klimaschäden und Verschuldung analysiert und gezeigt, dass klimaanfällige Länder von den Finanzmärkten abgestraft werden und unter hohen Schulden leiden. In mehreren Studien haben DRGR-Expert*innen einen Vorschlag erarbeitet, wie dieser Kreislauf unterbrochen werden könnte: Alle – private, multilaterale wie bilaterale – Gläubiger müssen sich an einem Schuldenschnitt für die am höchsten verschuldeten Staaten beteiligen, um ein Programm der klimaangepassten wirtschaftlichen Erholung zu ermöglichen.

DRGR ist ein gemeinsames Projekt der Heinrich-Böll-Stiftung, des Boston University Global Development Policy Center und des Centre for Sustainable Finance der SOAS University of London, mit Co-Chairs aus Ecuador, Kenia, Botswana, Pakistan, China, USA und Deutschland.

2023 haben wir mit den Co-Chairs den DRGR-Vorschlag in Dinner-Dialogen, Side Events und Gesprächen am Rande der Frühjahrs- und Jahrestagung von IWF und Weltbank, dem Paris Summit for a New Global Financing Pact, dem African Climate Summit sowie der Klimakonferenzen in Bonn und Dubai bekannt gemacht. Mehrere Politikpapiere und Meinungsbeiträge sowie ein Erklärfilm warben für den Vorschlag.

Die Finanzierung von Klimamaßnahmen und Umweltschutz zu erschwinglichen Preisen für die Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen gehört zu den dringendsten Herausforderungen, vor denen die Welt steht. Die Lösung liegt auf der Hand: eine Kombination aus gezieltem Schuldenerlass, besseren Krediten und einer Reform der multilateralen Entwicklungsbanken.

China's Climate Transition: Outlook 2023 – Report

Wenn die globalen CO₂-Emissionen alsbald ihren Höhepunkt erreichen und danach kontinuierlich sinken sollen, muss China seine derzeitigen Emissionsverpflichtungen nicht nur einhalten, sondern übertreffen. Im globalen Kampf gegen den Klimawandel ist China möglicherweise der wichtigste Faktor. Bereits im zweiten Jahr in Folge unterstützten wir die unabhängige, in Finnland registrierte Forschungsorganisation Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA) bei der Erarbeitung einer umfangreichen Studie zu der Leitfrage, inwiefern China auf dem Weg ist, seine aktuellen

Klimaziele zu erreichen und welche Entwicklungen und Sektoren größere Aufmerksamkeit und ein Nachsteuern bedürfen.

Im jährlichen Report wird anhand von Benchmarks für verschiedene chinesische Sektoren im Detail aufgezeigt, wo das Land voranschreitet und wo die größten Beharrungskräfte liegen. Auch chinesische Energieexpert*innen werden zu diesen Themen befragt. Dabei zeigt sich, dass u.a. zwar die Investitionen in saubere Energien auf dem richtigen Weg sind, auch die Emissionen in der Stahl- und Zementproduktion oder im Baumaterialsektor verringern sich, feste Emissionsziele gibt es jedoch nicht und auch die fortgesetzten Investitionen in Kohlekraftwerke lassen die Emissionsausichten Chinas weiterhin ungewiss erscheinen.

Die Energy Transition Platform South Asia – Projekt

Südasien hat in den vergangenen zehn Jahren große Fortschritte beim Ausbau der erneuerbaren Energien gemacht, dennoch bezieht die Region ihre Energie primär immer noch aus fossilen Brennstoffen, mit entsprechend hohen CO₂-Emissionen. Für die Erreichung des globalen Netto-Null-Ziels ist eine Energiewende in Südasien entscheidend. Um die voranzubringen, unterstützt unser Büro in Neu-Delhi bereits seit 2018 den Aufbau der «Energy Transition Platform South Asia». Ein Netzwerk aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Expert*innen aus Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka sammelt hierfür Daten zum aktuellen Stand der Energiewende in den jeweiligen Ländern, um auf deren Basis zu analysieren, was getan werden muss, um die Wende schneller, aber auch nachhaltig voranzubringen. Im Jahr 2023 wurde das Portal erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Neben Länderprofilen mit Daten zur Energieproduktion und zu den jeweiligen Klimaverpflichtungen finden sich dort auch Kurzbeiträge zu energie- und klimapolitisch relevanten Themen. Die Inhalte richten sich an politische Entscheidungsträger*innen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Journalist*innen und die breite Öffentlichkeit mit einem Interesse an Energie- und Klimafragen. Die Erhebung aktueller Daten bleibt auch für die kommenden Jahre eine wichtige Aufgabe in dieser sich dynamisch entwickelnden Region.

Förderung erneuerbarer Energien in Serbien und der Ukraine – Projekte

Serbien: Viele unserer internationalen Büros fördern an ihren Standorten den Umstieg auf erneuerbare Energien. Unser Belgrader Büro zum Beispiel unterstützte eine Crowdfunding-Kampagne für den Bau von zwei

Solarkraftwerken in Südserbien. Die Region bezieht ihre Energie bisher überwiegend aus kleinen Wasserkraftwerken, die an einigen Orten die Umwelt völlig zerstört haben – mit dramatischen Auswirkungen sowohl auf die Biodiversität als auch auf die Lebensqualität der lokalen Bevölkerung. Die Installation zweier 12-kW-Solaranlagen auf dem Dach des Kulturzentrums in Dojkinci und dem Dach des Gemeindehauses in Temska ermöglichte es beiden Gemeinden, von den Wasserkraftwerken unabhängig zu werden und sauberen Strom zu verkaufen. Die Einnahmen werden verwendet, um die Dörfer in diesem unterentwickelten Teil Serbiens zu revitalisieren. Dies war die erste Crowdfunding-Aktion für erneuerbare Energiequellen in Serbien. Mit diesem Projekt konnten wir zeigen, dass diese nicht – wie oft befürchtet – schädlich für die Umwelt sein müssen. Ein kleiner Schritt, um die Bevölkerung auf die Umstellung auf die Erneuerbaren einzustimmen.

Ukraine: Im Krieg gegen die Ukraine greift Russland gezielt das ukrainische Energiesystem an – allein im Juni 2023 hat es etwa 50 Prozent der Strominfrastruktur besetzt, beschädigt oder zerstört. Die Ukraine muss daher in schnellem Tempo seine alternativen Energiequellen ausbauen, insbesondere um die kritische Infrastruktur mit Strom zu versorgen. Unser Büro in Kyjiw unterstützt lokale zivilgesellschaftliche Organisationen dabei, ukrainische Gemeinden für den Umstieg

auf erneuerbare Energien zu gewinnen. Einer unserer Partner ist die Nichtregierungsorganisation Ecoclub. Die Organisation startete im Jahr 2023 eine Kampagne zur Förderung von Solarkraftwerken, insbesondere für Krankenhäuser und Wasserversorgungseinrichtungen, und installierte mit der Unterstützung verschiedener Partner zwölf kommunale Solarkraftwerke. In der Stadt Zviagel in der Region Zhytomyr zum Beispiel konnten durch ein Solarkraftwerk in einem Krankenhaus während des ersten Betriebsmonats im Januar 2023 800 kWh Energie erzeugt werden – genug, um einen Monat lang den Dauerbetrieb eines Beatmungsgeräts zu gewährleisten. Das Geld, das das Krankenhaus durch die eigene Solaranlage nun einspart, kann es in die Verbesserung der Qualität der medizinischen Leistungen und in die Ausrüstung investieren.

Wenn wichtige soziale Infrastruktur durch erneuerbarer Energien gesichert werden kann, schafft dies auch gute Voraussetzungen für die Rückkehr von Frauen und Kindern, die aufgrund des Krieges aus ihren Häusern vertrieben wurden.

Treffen lokaler Energiegemeinschaften in Athen – Workshop

Das Interesse an lokalen Energiegemeinschaften in Europa wächst, nicht zuletzt aufgrund der Energiekrise infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine. Vom



Die ukrainische NGO Ecoclub installiert Solarkraftwerke, insbesondere für zivile Infrastruktur wie Krankenhäuser oder Wasserwerke.
Foto: Ecoclub



8. bis 10. Mai 2023 fand in Athen das «Community Energy Spring Gathering» statt, das von Rescoop in Brüssel organisiert wurde. Unsere Büros in Warschau, Thessaloniki und Belgrad organisierten zusammen mit der polnischen Partnerorganisation Cooptech Hub einen Workshop über die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Energiegemeinschaften in Griechenland, Serbien, Polen und Bulgarien zu beachten haben. Zu dem Workshop waren Teilnehmer*innen aus allen vier Ländern eingeladen. Die Ergebnisse sind in der Publikation «Power to the People. Legal frameworks of community energy in Bulgaria, Greece, Poland and Serbia» zusammengefasst.

Gesellschaftsprojekt Energiewende – Konferenz ↗

In Deutschland bietet die Energiewende die Chance, den Wohlstand zu erneuern und auf eine nachhaltige Basis zu stellen. Wie das gelingen kann, war Diskussionsstoff auf diversen Podien unserer Konferenz «Gesellschaftsprojekt Energiewende» am 18. September 2023. Dass der Umbau der Energieversorgung mit seinen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen nicht einfach werden wird, liegt auf der Hand. Gelingen kann er trotzdem, wenn sich viele engagierte Menschen zusammenschließen, gute und praktikable Lösungen finden, den Wandel partizipativ gestalten und die Energiewende an vielen kleinen Stellen in Wirtschaft und Gesellschaft umsetzen.

Die Energiewende muss zu einem Gesellschaftsprojekt werden! Unsere Konferenz leistete dazu einen Beitrag, indem sie gut 230 Personen aus Politik, Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft zusammenbrachte und den Austausch über praktische Lösungen ermöglichte. Begleitend zur Konferenz ging die digitale Plattform «Gamechanger der Energiewende» online. Sie versammelt über 50 innovative Ideen, praxistaugliche Beispiele und Initiativen für die Umsetzung und Beschleunigung der Energiewende.

«Energiewende 2.0» und «Wärmewende» – Grundkurse ↗

Um die CO₂-Emissionen in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen zu senken, müssen weite Teile der Mobilität, der Wärmeversorgung und der Industrie elektrifiziert werden, d.h., viel zusätzlicher Strom wird benötigt. Dieser sollte, um das Klima zu schützen, aus erneuerbaren Quellen kommen. Nach Plänen der Bundesregierung sollen bis zum Jahr 2030 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen erzeugt werden, das entspricht einer Verdopplung der aktuellen Kapazität in nur sieben Jahren. Den Herausforderungen beim Umbau unseres Energiesystems widmet sich unsere beliebte Grundkurs-Reihe «Energiewende 2.0». Im März 2023 erklärte der Physiker Christoph Pistner vom Öko-Institut die Funktionsweise der Atomener-



Berlin, 18. September 2023: «Ich glaube, dass die Bekämpfung der globalen Erderwärmung die historische Aufgabe unserer politischen Generation ist», Vizekanzler Robert Habeck bei der Konferenz «Gesellschaftsprojekt Energiewende» Foto: Stephan Röhl

↗ Podcast «Gesellschaftsprojekt Energiewende»
boell.de/podcast-energiewende

Listicle «Neun To-Dos für die Energiewende»
boell.de/todos-energiewende

Digitale Plattform «Gamechanger der Energiewende»
boell.de/gamechanger-der-energiewende

↗ Online-Dossier «Wärmewende»
boell.de/waermewende

gie und skizzierte ihre Möglichkeiten und Risiken. Er prognostizierte, dass Atomenergie für die Energieversorgung der Zukunft weltweit keine Rolle mehr spielen werde. Allein aus wirtschaftlichen Gründen, denn keine Energieform sei so kostspielig wie die Atomenergie. Im Mai 2023 referierten Charlotte Loreck vom Öko-Institut und Sandra Rostek vom Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) über den aktuellen Stand des Ausbaus der erneuerbaren Energien in Deutschland und legten dar, warum ein höheres Ausbautempo bei den Erneuerbaren-Anlagen und Stromnetzen für den Erfolg der Energiewende unerlässlich ist. Ein dritter Grundkurs fand im November in Kooperation mit der Initiative «Energiesysteme der Zukunft» (ESYS) statt. Die Strommarkt-Expertinnen Miriam Borgmann von ESYS und Kora Töpfer von der europäischen Strombörse EPEX SPOT erklärten, wie der Strommarkt derzeit funktioniert und wie er so reformiert werden kann, dass die Energiewende an Fahrt aufnimmt.

Die Wärmewende bezeichnet den Übergang von konventionellen, oft fossil-basierten Heizungen zu nachhaltigen, umweltfreundlichen Technologien wie beispielsweise Wärmepumpen. Die Wärmewende ist notwendig, um die Energieeffizienz zu steigern und dadurch Ressourcen zu schonen und den Klimawandel zu bekämpfen. In unserem Grundkurs «Wärmewende» erläuterten Fachleute im November den aktuellen Stand des Gesetzgebungsverfahrens in Deutschland und erklärten die Zusammenhänge zwischen dem Wärmeplanungsgesetz und dem Gebäudeenergiegesetz (GEG). Das Thema «klimaneutrales Heizen» hatte im letzten Jahr die Gemüter erhitzt. Mit unserem Online-Dossier zum Thema wollen wir Mut machen und zeigen, dass Kommunen die Wärmewende aktiv gestalten können. Dazu stellen wir vorbildliche Projekte zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung und zur energetischen Gebäudemodernisierung vom Dorf bis zur Großstadt vor. Der Schlüssel zum Erfolg liegt dabei in der Kooperation von Politik und Bürger*innen.

Daten für nachhaltige urbane Mobilität – Strategiepapiere

Ein wichtiger Faktor im Kampf gegen den Klimawandel ist die kommunale Verkehrswende. In einem transatlantischen Projekt haben wir untersucht, wie Kommunen Mobilitätsdaten für mehr ökologische Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Gerechtigkeit im Transportwesen nutzen können. Entstanden sind zwei Strategiepapiere mit Empfehlungen für die USA und Deutschland, die auf aktuellen Mobilitätstrends und bestehenden Rahmenbedingungen aufbauen. Die Autor*innen sind sich einig, dass Mobilitätsdaten systemübergreifend verfügbar sein sollten – unter Wahrung von Datenschutz

und Datensicherheit. Dafür sind Regulierungs- und Governance-Systeme nötig, die den sicheren Austausch von Mobilitätsdaten zwischen verschiedenen Akteuren erleichtern. Das alles sollte dem Ziel von Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit dienen. Das Deutschlandticket bietet mit seiner deutschlandweit integrierenden Wirkung, die die Grenzen von Kommunen, Verkehrsverbünden und Bundesländern überschreitet, ein Vorbild und einen Anknüpfungspunkt, um nachhaltige Mobilität attraktiver zu machen. Zusammen mit einem beschleunigten Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit Angebotsstandards für einen besseren Nahverkehr und flächendeckenden Mindestausstattungen für Sharing-Angebote kann ein attraktives Verkehrssystem geschaffen werden, das immer mehr Menschen in Städten und auf dem Land zum Umstieg vom eigenen Auto auf den Umweltverbund bewegt.

Welche Rolle Mobilitätsdaten für die Umweltverträglichkeit und den gleichberechtigten Zugang zum Verkehr in Deutschland spielen, haben wir auch im Grundkurs «Digital in die Mobilitätswende. Wissen und Debatten zu Mobilitätsdaten» am 11. Oktober mit Paul Schneider, dem Co-Autor des deutschen Papiers, diskutiert.

«Green Cities 2035» – Veranstaltungsreihe

Erste Städte in Deutschland haben beschlossen, schon 2035 klimaneutral zu werden, u.a. Wuppertal, München, Görlitz, aber auch viele kleinere Städte und Gemeinden. Um die notwendigen Hebel dafür in Bewegung zu setzen, braucht es auch die Unterstützung der Bürger*innen. In unserer Online-Veranstaltungsreihe «Green Cities 2035: Klimaneutrale Kommunen mit neuen Allianzen» diskutierten wir mit Personen aus der Kommunalpolitik, aus der lokalen Wirtschaft und aus Bürgerinitiativen, wie eine ambitionierte Klimapolitik gemacht werden kann, die gleichzeitig attraktiv für breite Bevölkerungsschichten ist. Bei einer Veranstaltung im September ging es zum Beispiel um kommunale Strategien gegen Flächenverbrauch. In Deutschland werden täglich 55 Hektar als Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Vom Ziel, diesen Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar am Tag zu reduzieren, ist die Bundesrepublik noch weit entfernt. Der Flächenfraß verstärkt die Klimakrise gleich mehrfach, die damit einhergehende Versiegelung der Böden erschwert die notwendige Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Thomas Preuß vom Deutschen Institut für Urbanistik (difu) gab einen Überblick über mögliche Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs, Tanja Dornieden vom Büro KoKo stellte das Modellprojekt «Umbau statt Zuwachs» im Weserbergland vor. Deutlich wurde: Es gibt Spielräume, wenn nur die Kommunalpolitik entschlossen handelt

– ob bei der Gebäudeleitlinie im Landschaftsverband Westfalen-Lippe oder der klimagerechten Bauleitplanung in Münster. Die Themen weiterer Veranstaltungen waren: «Verkehrswende in der Stadtregion – Wie geht CO₂-arm Pendeln?», «Bauwende vor Ort – Baustoffe wiederverwenden und das Klima schonen» und «Smart City – Welchen Beitrag kann sie zum Klimaschutz leisten?». Die Mitschnitte aller Veranstaltungen gibt es unter www.boell.de.

Kampf gegen Klimawandel-Desinformation ↗

Auf der Erde wird es wärmer, das belegen wissenschaftliche Fakten eindeutig. Doch immer wieder kursieren angeblich wissenschaftliche Dokumente, die die globale Erderwärmung in Zweifel ziehen. Desinformationskampagnen zum Thema Klima werden vor allem auf Social-Media-Plattformen gezielt verbreitet. Eine Recherche des EU-Disinfo-Lab, unterstützt von unserem EU-Büro in Brüssel, ergab, dass Plattformen wie TikTok, Meta oder YouTube zwar ihre Maßnahmen gegen Klimawandel-Fehlinformationen verschärfen, dies aber sehr unterschiedlich und unzureichend. Es bleibt zu hoffen, dass der Digital Services Act (DSA) mehr Verantwortlichkeit für klimabezogene Desinformation bringen wird. Dafür braucht es allerdings geschultes Personal bei den Online-Anbietern, um etwaige Risiken klimarelevanter Inhalte auch erkennen zu können.

Der «Climate Clarity Hub» des EU-Disinfo-Lab, ebenfalls unterstützt von unserem Büro in Brüssel, bündelt Wissen und Fachkenntnisse über Klima-Irrtümer und -Desinformationen. Wir wollen damit dem Klimapessimismus entgegentreten, zum Handeln aufrufen und Wissen, Analysen, Inhalte und Ressourcen teilen.

Wichtig für die Bekämpfung von Desinformation ist es auch, die Verbindungen zwischen Wissenschaft und Journalismus zu stärken. Unser Brüsseler Büro hat 2023 ein Medienstipendium zu diesem Thema vergeben. Die beiden Journalist*innen Giorgos Christides und Katy Fallon recherchierten, wie die Medienberichterstattung über die Brände in der griechischen Region Evros verzerrt und unterwandert wurde. Denn nicht der Klimawandel wurde für die Brände verantwortlich gemacht, sondern die Menschen, die auf einer vielbegangenen Migrationsroute unterwegs waren. Das Feature ist u.a. im britischen *Guardian* erschienen.

Klimawandel-Desinformation wird zunehmend als Problem wahrgenommen, das zeigt auch die hohe Zahl an Teilnehmenden unserer Online-Seminar-Reihe «Klimamalügen». In dieser Reihe klärten wir über die Motive hinter der Desinformation auf und wollten die Menschen bestärken, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Die Reihe fand in Zusammenarbeit mit der Europaabgeordneten Alexandra Geese statt.

Die Zukunft der Freiheit hängt am Klimaschutz – virtuelles Mittagsgespräch ↗

Als 2021 das Bundesverfassungsgericht das Klimaschutzgesetz von 2019 für «in Teilen verfassungswidrig» erklärte, war die Begründung nicht etwa auf die Schutzpflicht aus Art. 20a GG gestützt, sondern auf die Freiheitsrechte junger Menschen, die bei einem heute unzureichenden Klimaschutz in der Zukunft gefährdet sind. Wie weit aber geht diese Freiheit – inwieweit ist sie einklagbar? Und wie verhält sie sich zur Schutzpflicht des Art. 20a GG und zu anderen Verfassungsbestimmungen? Gemeinsam mit ClientEarth und RechtGrün haben wir diese und weitere Fragen am 23. Mai 2023 anlässlich 74 Jahre Grundgesetz bei einem virtuellen Mittagsgespräch diskutiert – mit dabei waren: Sophie Backsen, Klägerin von der Nordseeinsel Pellworm, Dr. Maxim Bönnemann, Redakteur Verfassungsblog, Prof. Dr. Hermann Ott, Geschäftsführer ClientEarth, Dr. Franziska Heß, Fachanwältin für Verwaltungsrecht mit Schwerpunkt Umweltrecht, stv. Vorsitzende des BUND Sachsen, Anwältin vor dem Bundesverfassungsgericht und Jan Philipp Albrecht, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Grüner Wasserstoff: Nachhaltig und fair handeln – Synthesebericht ↗

Wasserstoff ist als Zauberwort der Energiewende in aller Munde. Er soll u.a. mithelfen, die europäische Industrie klimafreundlich zu machen und die Emissionen von Flug- und Schiffsverkehr radikal zu senken. Doch der Bedarf an Wasserstoff ist nur schwer allein durch die heimische Produktion zu decken. In Teilen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gibt es optimale Bedingungen für erneuerbare Energien und auch für die Produktion von grünem Wasserstoff. Für Europa scheint die Option des Imports von Wasserstoff aus dem Globalen Süden attraktiv. Doch verbinden sich mit der Vision des internationalen Wasserstoffhandels auch Risiken für Entwicklungsländer, insbesondere für die Rechte der lokalen Bevölkerung auf Land, Wasser und intakte Ökosysteme – aber auch finanzielle Risiken in einer jungen Branche mit vielen Unwägbarkeiten.

Bereits im Jahr 2022 erarbeiteten wir in einem gemeinsamen Projekt mit Brot für die Welt einen Synthesebericht, der die Voraussetzungen und Kriterien für einen fairen und nachhaltigen Handel mit grünem Wasserstoff und seinen Derivaten zusammenfasst. Dafür hatten wir im Vorfeld Konsultationen in Chile, Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Südafrika, Marokko und Tunesien durchgeführt. Der Bericht diente 2023 als Diskussionsgrundlage für zwei parlamentarische Frühstücke im Bundestag, einen Workshop in Brüssel sowie eine Online-Veranstaltung. An einem Fachgespräch zur

↗ «Climate Clarity Hub»
disinfo.eu/climate-clarity-hub/

↗ Virtuelles Mittagsgespräch
<https://www.youtube.com/watch?v=nEfn1P7m1FU>
↗ Dossier «Grüner Wasserstoff»
boell.de/de/gruener-wasserstoff



Blendwerk

Weltweit steigt der Bedarf an kritischen und strategischen Rohstoffen wie Kupfer, Kobalt, Lithium oder Seltene Erden. Der Abbau dieser Rohstoffe geht häufig mit Menschenrechtsverletzungen einher, die ökologischen Folgekosten sind hoch. Zivilgesellschaftliche Organisationen kämpfen daher vielerorts gegen den Rohstoffabbau oder für fairere Regeln. In diesem Heft informieren wir über neue Dynamiken im Bergbau, über Umweltschäden und vor allem über Chancen auf Veränderung.

Das Heft gibt es auf Englisch, Spanisch und Türkisch.

boell.de/blendwerk

deutschen Wasserstoff-Importstrategie nahmen neben Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und Industrie auch Mitarbeitende des Bundeskanzleramts sowie aller relevanten Ministerien teil. Zwei Erklärfilme in zahlreichen Sprachen fassten die zentralen Botschaften des Berichts leicht verständlich zusammen und erhielten über 730.000 Aufrufe. So konnten wir mit unserem Projekt wesentlich zur Bewusstseinsbildung über die nachhaltige Gestaltung des entstehenden Wasserstoffhandels beitragen.

Grüner Wasserstoff aus Nordafrika – Nutzen für wen? – Podiumsdiskussion

Marokko, Tunesien, Algerien und Ägypten verfügen über sehr gute Voraussetzungen für die Produktion von Solar- und Windstrom und liegen in Europas Nachbarschaft. Unter anderem mit diesen Ländern strebt Deutschland daher Wasserstoff-Kooperationen an. Wie der Wasserstoffhandel für alle Beteiligten vorteilhaft werden kann, darüber diskutierten Expert*innen aus der Region in unserer Veranstaltung «Grüner Wasserstoff aus Nordafrika. Nutzen für wen?» im Oktober 2023. Als eine der zentralen Herausforderungen wurde die Sicherung der Wasserversorgung identifiziert. Wasser ist ein elementarer Faktor bei der Produktion von Wasserstoff, und bereits jetzt haben alle nordafrikanischen Staaten zu wenig davon. Die Versorgung der Menschen mit trinkbarem Wasser und die Ermöglichung von Landwirtschaft sollten oberste Priorität haben.

Im Gegensatz zu Marokko steht Tunesien beim Umstieg auf erneuerbare Energien noch ganz am Anfang. Es ist zu befürchten, dass Tunesiens nationale Pläne für die Energiewende in den Hintergrund treten zugunsten profitabler Exportoptionen nach Deutschland und Europa. Doch auch aus der Perspektive

Deutschlands und Europas gilt es, sich nicht zu sehr abhängig von einzelnen Ländern und möglicherweise autokratischen, unberechenbaren politischen Partnern zu machen. Die Lehren aus der Energiekrise, die der russische Angriffskrieg auf die Ukraine im Winter 2022 ausgelöst hat, dürfen nicht vergessen werden.

Faire Regeln im Bergbau in Georgien – Projekt

Bergbau geht nicht ohne Auswirkungen auf die Umwelt. Georgien steht in dieser Hinsicht vor ernststen ökologischen Herausforderungen. Es gibt zwar staatliche Mechanismen zur Wiederherstellung der durch Bergbau geschädigten Umwelt, auch zum Schutz der Rechte der lokalen Bevölkerung, aber sie sind schwach und funktionieren nicht. Bereits im Jahr 2022 analysierte das Social Justice Center mit unserer Unterstützung Lücken in der Gesetzgebung, die die Wirksamkeit der staatlichen Aufsicht im Bergbausektor schwächen und die öffentliche Beteiligung an Entscheidungsprozessen erschweren. 2023 knüpften wir in unserem Kooperationsprojekt an diese Arbeit an und brachten relevante Interessengruppen, Wirtschaftswissenschaftler*innen und andere Expertengruppen zusammen, um die bestehenden Modelle der Steuer- und Gewinnbeteiligungssysteme im Bergbausektor zu analysieren und zu bewerten und um anschließend einen Vorschlag zu machen, wie es gerechter werden könnte. Die Ergebnisse wurden in Form von Artikeln, Blogs, Videos und Infografiken veröffentlicht.

Neues Bergbaugesetz in Mexiko – wird nun alles besser? – Diskussion

Eine Mehrheit im mexikanischen Kongress hat im Mai 2023 ein neues Bergbaugesetz verabschiedet, das die Rechte von indigenen und anderen Gemeinden stärkt.



Oaxaca de Juarez, Mexiko: Protest der lokalen Bevölkerung gegen eine Bergbaugesellschaft Foto: Wolfgang Kähler/IMAGO/Avalon.red

In den unmittelbar von Bergbauprojekten betroffenen Gemeinden müssen nun freie und informierte Konsultationen erfolgen, um die Zustimmung der lokalen Bevölkerung vor der Erteilung einer Konzession einzuholen. Mit der Reform ist nun auch der Bergbau in Naturschutzgebieten verboten. Außerdem werden Konzessionen nicht mehr für 50, sondern maximal für 30 Jahre vergeben. Das Gesetz erhält aber auch viel Gegenwind: Mexikanische und internationale Unternehmen reichten umgehend zahlreiche Einsprüche zur Durchsetzung von Investitionsprojekten in Mexiko ein. Sie betrachten das neue Gesetz als verfassungswidrig. Gemeinsam mit drei mexikanischen Gästen und Mitgliedern des Bundestags analysierten wir in einer Online-Diskussion das neue mexikanische Bergbaugesetz. Welche Folgen für Mensch und Umwelt hat es, sollte das Gesetz wieder gekippt werden? Wie wirkt sich der Critical Raw Materials Act der Europäischen Kommission auf Mexiko aus und wie können Gemeinden, Flüsse und Umwelt geschützt werden?

Sorgfaltspflichten deutscher Unternehmen – Fachgespräch zum Lieferkettengesetz

2013 starben bei einem Fabrikbrand in Bangladesch mehrere Tausend Menschen. Das deutsche Unternehmen KiK, einer der Auftraggeber der Fabrik, konnte auf der bestehenden Gesetzesgrundlage dafür aber nicht

zur Verantwortung gezogen werden. 2019 brach ein Bergbaudamm im brasilianischen Brumadinho, es gab mehrere Hundert Tote. Das deutsche Zertifizierungsunternehmen TÜV Süd hatte kurz zuvor den Damm noch als sicher erklärt. Noch immer warten die Betroffenen auf Recht und Entschädigung. Nur ein geringer Teil der deutschen Unternehmen setzt die an sie gerichteten Anforderungen zu Sorgfaltspflichten adäquat um. Daher wuchs der Druck auf die Politik, Regeln aufzustellen. Das am 1. Januar 2023 in Kraft getretene Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz für Unternehmen in Deutschland ist nur der Kompromiss am Ende eines langen Aushandlungsprozesses. Deutsche Unternehmen mit über 3.000 Arbeitnehmer*innen müssen nun menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken wirksam vorbeugen und Verletzungen beenden. Dabei müssen sie die gesamte Lieferkette im Blick behalten. Wie das Gesetz in komplexen internationalen unternehmerischen Zusammenhängen wirksam umgesetzt werden kann, darüber haben wir im Januar gemeinsam mit Vertreter*innen der zuständigen Behörden BAFA und DEKSOR, Vertreter*innen vierer Bundesministerien sowie Anwalt*innen und zivilgesellschaftlichen Gruppen diskutiert. Das Format hat sich als sehr effektiv erwiesen, einstimmig wurde daher beschlossen, es weiterzuführen.

Kreislaufwirtschaft: ein Weg zu nachhaltigem Wirtschaften – Jahrestagung

Hinter der Kreislaufwirtschaft steckt die Idee, möglichst viele Rohstoffe am Ende eines Produktlebens zurückzugewinnen, aufzuarbeiten und erneut einzusetzen. Dadurch kann das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Unter dem Motto «Ein Kreislauf gelingt selten allein» kamen am 20. Oktober 2023 Expert*innen aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft auf der Jahreskonferenz des Bundesverbands Nachhaltige Wirtschaft (BNW) in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin zusammen. «Eine zirkuläre Wirtschaft kann wesentlich zur Resilienz deutscher Unternehmen beitragen und die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Sie ist ein <industriepolitisches Fitnessprogramm> und macht uns in Deutschland unabhängiger von Rohstoffimporten, bietet zudem auch Chancen neuer, zirkulärer Geschäftsmodelle», so Steffi Lemke, Bundesministerin für Umwelt und Verbraucherschutz (BMUV), in ihrem Grußwort. Das Fazit der Konferenz: Um das ökonomische und ökologische Potenzial des zirkulären Wirtschaftens gleichermaßen zu nutzen, muss die Kreislauffähigkeit bereits im Design neuer Produkte und in den Geschäftsmodellen und -prozessen verankert werden. Es müssen aber auch die notwendigen politischen Rahmenbedingungen geschaffen und in Einklang mit europäischen Ideen gebracht werden. Gleichzeitig gilt es, in der Wirkungsmessung den gesamten Produktlinienprozess und mögliche Rebound-Effekte im Blick zu behalten. Im abwechslungsreichen Programm der Konferenz zeigten Unternehmen kreislauffähige Geschäftsmodelle, Produkte und erfolgreiche Kooperationen. An Aktionsständen konnten die Teilnehmenden selbst aktiv werden: von per Fahrrad betriebenen Kunststoffrecycling bis hin zur Reparatur von elektronischen Alt-Geräten.

Die Transformation der Wirtschaft – Herausforderungen des grünen Regierens

Die Transformation der Wirtschaft ist gegenwärtig die zentrale Herausforderung für grünes Regieren. Im Rahmen der Neujahrstagung der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung im Februar 2023 sprach sich der Soziologe Heinz Bude in seinem Eröffnungsvortrag dafür aus, den Transformationsbegriff durch einen Adaptionsbegriff zu ergänzen. Im Falle Deutschlands hieße dies, neben den ökologischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Gegebenheiten auch die Anpassung an den für die nächsten Jahrzehnte unumkehrbaren demografischen Wandel mitzudenken. Auf drei Themenforen bekamen die Mitglieder der Akademie die Gelegenheit, ökologische, technologische und theoretische Fragen zu vertiefen. In der abschließenden Plenardebatte ging es um die Rolle wirtschaftlicher Akteure in der grünen Transformation und um die Anforderungen, die innovative Unternehmer*innen an grüne Regierungspolitik stellen. Die Diskussion verdeutlichte, wie zentral die beiden Faktoren Geschwindigkeit und Regulierung sind: Um die doppelte Herausforderung von Dekarbonisierung und Energiekrise zu meistern und um den Anschluss nicht zu verlieren, müssen Unternehmen ihre Innovationen schneller in die Markttauglichkeit bringen. Die Politik könnte hier neben der staatlichen Innovationsförderung besonders durch Regulierung wichtige Weichenstellungen vornehmen. Zum Beispiel, indem sie bestimmte Standards als verbindlich setzt.



Wirtschaften mit Zukunft: ökologisch – demokratisch – sozial

Ein nachhaltiges, gerechtes, tragfähiges und demokratisch gefasstes Wirtschaftssystem wünschen sich viele Menschen in Deutschland, doch über die Ziele und die Wege dorthin herrscht Uneinigkeit. Zusammen mit den Heinrich-Böll-Landesstiftungen haben wir in einem auf drei Jahre angelegten Verbundprojekt zahlreiche Veranstaltungen zum Thema «Wirtschaften mit Zukunft» in ganz Deutschland durchgeführt. Abgeschlossen haben wir das Projekt im Jahr 2023 mit dem Online-Dossier und einer Podcast-Reihe mit Best-Practice-Beispielen.

boell.de/wirtschaften-mit-Zukunft



Rio de Janeiro, November 2023: Die «Agrarreformküche» versorgt Gäste des 12. brasilianischen Kongresses für Agrarökologie. Gegründet wurde die Küche von einem Team von mehr als 40 Personen aus der Bewegung der Landlosen von Minas Gerais und Freiwilligen. Foto: Juliana Chalita/Greenpeace Brasil/CBA

Für eine nachhaltige Landwirtschaft und den Schutz der Biodiversität

Die Klimakrise verändert auch die Landwirtschaft. In einigen Regionen verschieben sich die Vegetationsperioden, Extremwetterereignisse nehmen zu und Schädlinge erschließen sich neue Lebensräume. Um die Ernährung der Menschen zu sichern, muss die globale Landnutzung nachhaltiger gestaltet und an den Klimawandel angepasst werden. Neben der Klimakrise ist der Verlust der biologischen Vielfalt die zweite große Bedrohung unserer Lebensgrundlagen. Um sie zu erhalten, braucht es ein Umdenken in der globalen Landwirtschaft und vor allem den politischen Willen und entschlossenes gemeinsames Handeln.

Wir engagieren uns für eine vielfältige Landwirtschaft, die das Menschenrecht auf Nahrung stärkt und mit der Natur und nicht gegen sie arbeitet. Wir treten ein für den Schutz der Biodiversität und unterstützen Aktivist*innen dabei, die Wende im Agrarsektor voranzubringen.

Moore als Klimaretter – Atlas und Alternative Grüne Woche

Intakte Moore sind wichtige Verbündete im Klimaschutz, denn sie wirken als Kohlenstoffspeicher und stabilisieren unser globales Klima. Sie sind Hotspots der biologischen Vielfalt und schützen vor Überschwemmungen und Dürren. Dennoch gehen Moore weltweit in alarmierendem Tempo verloren – durch Abholzung, Brandrodung, Landwirtschaft, Ölförderung, Bergbau oder Entwässerung. Unser «Mooratlas 2023», erstellt in Kooperation mit dem BUND, der Succow Stiftung und dem Greifswald Moor Centrum, beleuchtet die Folgen der Zerstörung dieser einzigartigen Lebensräume und zeigt die Chancen von deren Wiedervernässung. Denn wiedervernässte Flächen müssen nicht brachliegen. Es gibt etliche Pflanzen, die mit Nässe umgehen können und deren oberirdische Biomasse sich wirtschaftlich nutzen lässt, zum Beispiel Schilf, Torfmoose, Rohrkolben, Seggen oder andere Gräser.

Damit die nachhaltige Nutzung nasser Moore (Paludikultur genannt) eine Chance hat, braucht es jedoch eine stärkere Unterstützung durch die Politik. Im Januar haben wir den Mooratlas im Rahmen unserer Alternativen Grünen Woche vorgestellt. In dieser Woche gab es noch zahlreiche weitere spannende Veranstaltungen, zum Beispiel über Wege aus der globalen Ernährungskrise, über synthetische Düngemittel als Klimakiller, über Ernährungsarmut in Deutschland oder neue Gentechnikverfahren. Die Alternative Grüne Woche endete mit der traditionellen Suppenküche in unserem Foyer im Anschluss an die alljährliche «Wir haben es satt!»-Demonstration, dort ließ es sich aufwärmen und weiterdiskutieren.

Im September haben wir den «Peatland Atlas 2023», die internationale englischsprachige Ausgabe des Mooratlas, veröffentlicht. Wir stellten den Atlas in Brüssel und auf der internationalen Moorkonferenz «Power to the Peatlands» in Antwerpen vor.



Mooratlas 2023

Moore sind reich an seltenen Tier- und Pflanzenarten und können in ihren Torfböden riesige Mengen Kohlenstoff speichern. In Mitteleuropa sind weit über 90 Prozent der Moore trockengelegt. Auch heute noch werden Mooregebiete in allen Teilen der Welt zerstört. Der Mooratlas beleuchtet die Folgen der Zerstörung dieser einzigartigen Lebensräume und zeigt die Chancen nasser Moore und ihrer Nutzung für die Gesellschaft auf, um alle Akteur*innen zum Handeln zu ermutigen – «Moor muss nass»!

Den Atlas gibt es auf Deutsch und Englisch. Auch ein Erklärfilm und eine Podcast-Reihe widmen sich dem Thema.

boell.de/mooratlas

Verbot und Neubewertung von Pestiziden in Nigeria

Nigeria ist einer der größten Importeure von Pestiziden auf dem afrikanischen Kontinent. Umfragen haben gezeigt, dass 80 Prozent der von Kleinbäuer*innen am häufigsten verwendeten Pestizide als hochgefährlich eingeschätzt werden. Dazu gehören Atrazin, Chlorpyrifos und Mancozeb – alles Substanzen, die in der Europäischen Union verboten sind. Die Alliance for Action on Pesticide in Nigeria (AAPN) – ein Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftler*innen und Expert*innen – setzt sich seit einigen Jahren mit Unterstützung der Stiftung für ein Verbot dieser Pestizide ein. Im Jahr 2023 hat diese Arbeit Früchte getragen: Im Mai verbot die nigerianische Regulierungsbehörde das hochgiftige Pestizid Carbofuran und stufte 14 andere hochgefährliche Pestizide neu ein. Diese sollen nun zum Großteil vom Markt genommen werden. Einen wichtigen Anstoß für diese Neubewertung gab neben der nigerianischen Ausgabe unseres Pestizidatlas die Publikation «Time for a «Detox» in Agriculture». Diese weist die Gefährlichkeit der betreffenden Pestizide nach und zeigt zugleich Alternativen zu chemischen Pestiziden für den Anbau und die Schädlingsbekämpfung auf. Darüber hinaus initiierte unser Büro in Abuja noch weitere Studien, auf deren Grundlage das Landwirtschaftsministerium agrochemische Produkte auf Chlorpyrifos-Basis verboten hat. Ein weiterer Erfolg von AAPN war es, zwei umstrittene Gesetzesentwürfe zu stoppen, die die Einfuhr und den Handel mit Pestizidprodukten erleichtert hätten. Nigeria wäre so zu einem Billig-Umschlagplatz für Pestizide geworden.

Reduzierung von Umweltgiften in Kenia

Auch unser Büro in Kenia setzt sich seit Jahren dafür ein, dass gesundheits- und umweltgefährdende Stoffe in der Landwirtschaft reduziert werden. Im Jahr 2023 veröffentlichte es den Bericht «Toxic Business. Highly Hazardous Pesticides in Kenya» mit einer Analyse von häufig verwendeten Pestiziden. Es zeigte sich, dass 78 Prozent aller in der Landwirtschaft genutzten Pestizide mindestens einen als hochgefährlich eingestuften Inhaltsstoff enthalten. Hinzu kommt, dass 44 Prozent aller in Kenia verwendeten Pestizide wegen ihrer Risiken für Umwelt und Gesundheit in der Europäischen Union nicht mehr eingesetzt werden dürfen. Der Bericht hat in Kenia große Wellen geschlagen. Das öffentliche Interesse dort an Ernährungsfragen und Verbraucherrechten ist groß. In den letzten Jahren haben sowohl die allgemeinen Preissteigerungen als auch die jahrelange Dürre zu einer Verschlechterung der Ernährungssituation geführt. Bereits 2021 hatte unser Büro in Nairobi durch die Route-to-Food-Initiative

auf die Gefahren hochgiftiger Pestizide aufmerksam gemacht und eine Liste mit 30 toxischen Inhaltsstoffen bei der staatlichen Regulierungsbehörde eingereicht und gefordert, diese zu verbieten. Die Behörde hat 2023 reagiert: Sieben Inhaltsstoffe werden bis Ende 2024 vom Markt genommen. Fünf dieser Stoffe sind in der Auflistung der Stiftung und der Route-to-Food-Initiative enthalten. Damit haben wir einen wichtigen Schritt hin zur Reduzierung von Umweltgefährdungen durch Pestizide erreicht. Die sogenannte @toxicbusiness-Kampagne wird fortgesetzt und ausgebaut.

Daten und Fakten zu Giften in der brasilianischen Landwirtschaft – Atlas

Brasilien ist weltweit das Land mit der fünftgrößten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Der Großteil dieser Fläche gehört Großgrundbesitzer*innen, die in Monokultur Soja, Mais oder Baumwolle anbauen oder Viehzucht betreiben. Monokulturen sind abhängig von chemischen Stoffen und jährlich werden Millionen Liter Pestizide und Düngemittel eingesetzt. Viele dieser chemischen Wirkstoffe werden bei dauerhaftem Kontakt mit Menschen als krebserregend, erbgutverändernd und reproduktionstoxisch eingestuft. Die brasilianische Ausgabe unseres Pestizidatlas liefert Daten und Fakten, die speziell für Brasilien relevant sind. Dutzende Pestizide wurden beispielsweise in brasilianischen Gewässern nachgewiesen. Jedoch ohne Folgen – die brasilianische Gesetzgebung lässt hohe Grenzwerte zu. Auch wird die vorsätzliche Verschmutzung von Wasser, Böden, Pflanzen und der Luft zunehmend als Strategie zur Vertreibung traditioneller Bevölkerungen und unrechtmäßigen Aneignung von Land registriert. Brasilien steht im Ranking der tödlichsten Länder für Umwelt- und Landrechtsaktivist*innen an erster Stelle.

Unser Büro in Rio hat den «Atlas dos Agrotóxicos» Anfang Dezember zunächst in Rio und später in diversen weiteren Kontexten vorgestellt. Mit dabei war die bekannte Köchin und Influencerin Bela Gil. Auch sie plädiert für gesundes Essen, frei von Pestiziden. Die Medienresonanz unseres Atlas war enorm: Über 400-mal wurde er in der brasilianischen Presse genannt, auch internationale Medien berichteten; die Beiträge auf den Social-Media-Kanälen unseres Brasilienbüros wurden über eine Million Mal aufgerufen, der Instagram-Account des Büros gewann mit Posts rund um den Atlas in kürzester Zeit über 3.000 neue Follower*innen. Die erste Auflage des Atlas war nach wenigen Wochen vergriffen. Einige der Beiträge aus Brasilien sind auch auf Deutsch verfügbar – etwa zu den Auswirkungen von Pestiziden auf Umwelt und Gesundheit oder zum Handel und Einsatz von Pestiziden.

Agrarökologie als Alternative zur konventionellen Landwirtschaft – Kongress ✂

Als Alternative zu konventioneller Landwirtschaft mit hohem Pestizideinsatz gilt die Agrarökologie – ein Konzept, mit dem Agrar- und Ernährungssysteme gerecht und ökologisch umgebaut werden können. Natürliche Prozesse werden nachgeahmt und optimiert, indem lokal verfügbare Ressourcen effektiv genutzt und möglichst geschlossene Nährstoff- und Energiekreisläufe geschaffen werden. Agrarökologie fußt somit auf den grundlegenden Prinzipien des ökologischen Landbaus, zu denen der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, der Kreislauf von Boden, Pflanze, Tier und Mensch sowie die Unabhängigkeit der Betriebe von externen Betriebsmitteln gehören. Ende November kamen in Rio de Janeiro 20.000 Aktivist*innen und Kleinbäuer*innen auf dem 12. brasilianischen Agrarökologie-Kongress zusammen, den unser Büro in Rio unterstützte. Sie alle kämpften dafür, Agrarökologie als Alternative zur konventionellen Landwirtschaft bekannter zu machen und damit mehr soziale und ökologische Gerechtigkeit zu ermöglichen. Anlässlich des Kongresses veröffentlichten wir ein Online-Dossier zu Agrarökologie in Lateinamerika auf Portugiesisch und Spanisch.

Plastik, ein wachsendes Risiko für Mensch und Umwelt ✂

Plastik ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Plastikprodukte erleichtern vieles, doch sie gefährden auch unsere Gesundheit und sie überhäufen unseren Planeten mit Müll – ein wachsendes Risiko für die Ökosysteme und damit auch für den Menschen. Zwar wächst das Bewusstsein für die negativen Folgen des Plastikkonsums, doch die fossile Industrie treibt den weltweiten Ausbau der petrochemischen Produktionskapazitäten und Infrastruktur weiter voran. Im September haben wir unser englischsprachiges «Info Hub on Plastic» veröffentlicht. Die kuratierte Mediathek bietet gut recherchierte Berichte, Podcasts, Websites und weitere Medien zu verschiedenen Aspekten der Plastikkrise.

Unser bereits im Jahr 2019 veröffentlichter Plastikatlas stößt weiterhin auf großes weltweites Interesse. Es gibt ihn inzwischen in 24 Sprachversionen, sowohl als Übersetzungen als auch als regionale Ausgaben. Auch unser Jugendbuch «Pack Aus! Plastik, Müll & ich» liegt mittlerweile in sechs Versionen vor, im Jahr 2023 wurde es ins Albanische und Spanische übersetzt.



Rio de Janeiro, November 2023: Die «Agrarreformküche» auf dem 12. brasilianischen Kongress für Agrarökologie bereitete 7.500 Mahlzeiten zu und versorgte zudem die Kinder im Ciranda Infantil mit Snacks. Foto: Juliana Chalita/Greenpeace Brasil/CBA

✂ Online-Dossier «Agroecologia na América Latina»
br.boell.org/atlas-da-agroecologia
cl.boell.org/es/agroecologia-en-america-latina-un-futuro-necesario

✂ Info Hub on Plastic
infohub-plastic.org/en
 📁 Plastikatlas
boell.de/plastikatlas



Brüssel: «The Future is Europe» – Streetart in der Rue de la Loi Foto: Jeremy Segrott/Flickr/CC BY 2.0

Für ein geeintes Europa in herausfordernden Zeiten

Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Sicherheit – das ist das Fundament, auf dem die Europäische Union steht. Dieses Fundament muss geschützt werden: gegen Demokratiefeinde im Inneren wie auch gegen Angriffe von außen. Die bisherigen Instrumente der EU schaffen es nicht mehr, Wohlstand und Sicherheit für alle Europäer*innen zu gewährleisten. Das Vertrauen in die EU sinkt. Es braucht Reformen, damit die EU den Aufgaben der Zukunft gewachsen ist. Diese sind gewaltig und lassen sich nur gemeinsam bewältigen – egal, ob es um die Klimakrise oder die Einhegung globaler Konflikte geht.

Wir wollen Wege aufzeigen, wie das europäische Projekt weiterentwickelt und seine Zukunftsfähigkeit gesichert werden kann. Dazu geben wir Studien in Auftrag und formulieren Empfehlungen an die Politik. Mit unseren Publikationen und Veranstaltungen wollen wir positive und mutige Ideen für Europa befördern, denn nur in einem starken und vereinten Europa lassen sich die Probleme der Gegenwart und Zukunft lösen.

Selbstverständlich europäisch!? 2023 – Studie

Die deutsche Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag einer «aktiven Europapolitik» und einem «konstruktiven Gestaltungsanspruch» in der Europäischen Union verschrieben, allerdings war das erste Regierungsjahr auf EU-Ebene geprägt vom Krisenmanagement infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. In der fünften Ausgabe unserer Langzeitstudie «Selbstverständlich europäisch!?» haben wir untersucht, wie die deutsche Bevölkerung die Rolle Deutschlands in der EU beurteilt und welche Erwartungen sie hat. Das Ergebnis: Nach Meinung der Bürger*innen wird die Bundesregierung in der Europapolitik ihren Versprechen bislang nicht gerecht. Eine deutliche Mehrheit von 66,6 Prozent wünscht sich künftig eine aktivere Rolle Deutschlands in der EU. Die Umfrage hat auch untersucht, in welchen Bereichen sich die Bürger*innen Fortschritte in der Europapolitik erhoffen. Hier wünscht

sich die Mehrheit einen EU-Fonds für den klimaneutralen Umbau der Industrie. Als die derzeit wichtigsten Ziele wurde die europäische Verteidigungsfähigkeit und Energieunabhängigkeit genannt. Die Bürger*innen sehen außerdem institutionellen Reformbedarf, bevor die EU weitere Mitgliedsstaaten aufnimmt: 57,9 Prozent der Befragten meinen, dass die Veto-Möglichkeit für einzelne Länder vor einer EU-Erweiterung abgeschafft werden sollte. Für die Studie hatte das Meinungsforschungsinstitut Civey im Auftrag der Stiftung im Februar 2023 online 5.000 Personen befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die Einwohner*innen der Bundesrepublik Deutschland ab 18 Jahren.

Sicherheit in der Grauzone – 23. Außenpolitische Jahrestagung

Unsere 23. Außenpolitische Jahrestagung vom 6. bis 10. Februar 2023 war geprägt von Russlands Angriff



Selbstverständlich europäisch!? 2023

Die fünfte Ausgabe der Langzeitstudie «Selbstverständlich europäisch!?» untersucht, wie die deutsche Bevölkerung die Rolle Deutschlands in der EU beurteilt und welche Erwartungen sie hat. Wer wissen will, wie europäisch in Deutschland gedacht wird, der findet in dieser Studie entsprechende Informationen.

boell.de/studie-europa-2023

Online-Dossier «Außenpolitische Jahrestagung»

boell.de/23-aussenpolitische-jahrestagung

auf die Ukraine und dessen weitreichenden Folgen für die globale Sicherheitsarchitektur. Durch Moskaus fortwährende Aggressionen befindet sich der gesamte osteuropäische Raum von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer in einer prekären Sicherheitslage. An drei aufeinanderfolgenden Nachmittagen ging es um die osteuropäische, transatlantische und globale Perspektive auf Russlands Angriffskrieg. Debattiert wurden u.a. die Möglichkeiten von Sicherheitsgarantien für die Ukraine und andere postsowjetische Staaten durch NATO, EU, OSZE und die UNO. Der ehemalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hob in seiner Keynote hervor, wie wichtig Sicherheitsgarantien für die Ukraine seien. Das angegriffene Land müsse darin unterstützt werden, eine starke Verteidigungsindustrie aufzubauen, um sich selbstständig verteidigen zu können. Darin sah er die effizienteste Art und Weise, sicherzustellen, dass Frieden und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent gewahrt bleiben. Ohne langfristige Sicherheitsgarantien für die Ukraine werde es zudem schwierig, private Investoren für den Wiederaufbau der Ukraine zu gewinnen. In der Abschlussveranstaltung ging es insbesondere um grüne Außen- und Sicherheitspolitik. Außenministerin Annalena Baerbock sagte hinsichtlich Deutschlands Verantwortung für die Länder der östlichen Partnerschaft: «Das Vertrauen unserer Partnerinnen und Partner in unser Land ist eine – aus meiner Sicht vielleicht sogar die wichtigste – Währung deutscher Außenpolitik.»

Feministische Außenpolitik – Veranstaltungen und Podcast ↗

Im März 2023 stellte Außenministerin Annalena Baerbock die Leitlinien einer feministischen Außenpolitik vor. Sicherheit, Menschenrechte und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und anderen vulnerablen Gruppen sollen künftig im außenpolitischen Handeln ein größeres Gewicht erhalten. Praktisch bedeutet dies einen Wandel in der Innen- und Außenpolitik. Die zehn Leitlinien liefern dafür einen roten Faden. So sollen Frauen sowohl innerhalb des Auswärtigen Amtes präsenter werden als auch an anderen entscheidenden Stellen. Von Gewalt betroffene Personen sollen künftig stärker in Entscheidungsprozesse einbezogen werden und im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Partnerländern sollen 85% der Projektmittel bis 2025 so vergeben werden, dass die Bedürfnisse von Frauen mitberücksichtigt werden.

Wir haben das Thema «Feministische Außenpolitik» in verschiedenen Formaten aufgegriffen. Unser Büro in Paris organisierte im April 2023 in Zusammenarbeit mit Women in International Security (WIIS) France die internationale Konferenz «La Politique Etrangère Féministe: des ambitions aux actions» (Feministische Außenpolitik: von der Ambition zum Handeln). Diplom*innen, Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen aus Deutschland, Frankreich und weiteren Ländern kamen zusammen und gingen der Frage nach, wie die dramatisch veränderte Sicherheitslage und eine feministische Außenpolitik miteinander in Einklang zu bringen sind. Luise Amtsberg, Beauftragte der Bundesregierung



Berlin, Februar 2023: Außenministerin Annalena Baerbock auf der 23. Außenpolitischen Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung
Foto: Stephan Röhl



Geheilte Länder – Reportagen aus der Ukraine: «Liubov Is Dancing Again», die Geschichte von Liubov Prochukhan aus einem Dorf in der Oblast Tschernihiw, das nach den russischen Bombenangriffen wiederaufgebaut wird Foto: Roman Zakrevskyi

für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, stellte die Leitlinien Deutschlands vor. Die unterschiedlichen Perspektiven und Aspekte dieser Leitlinien wurden im Anschluss von Expert*innen kommentiert. Die Konferenz belegte die Chancen einer feministischen Außenpolitik, verbarg jedoch nicht ihre Herausforderungen in der aktuellen Weltlage.

Auf der Veranstaltung «Härtefall Ukraine – feministische Außenpolitik» im Juli 2023 haben wir diskutiert, welche Kernelemente feministischer Außenpolitik gerade durch den Angriffskrieg auf die Ukraine neue Relevanz erlangen können und wie ein feministischer Ansatz für die Bewältigung der Kriegsfolgen und für den Wiederaufbau der Ukraine aussehen könnte. Die Frauenrechtsaktivistin Oksana Potapova lobte das Konzept der feministischen Außenpolitik und unterstrich die Wichtigkeit der Waffenlieferungen zum Zweck der Selbstverteidigung vulnerabler Gruppen. Gerade für Frauen und die LGBTQ-Community sei es schließlich ein Kampf um Leben und Tod. Aber sie kritisierte auch die Wiederaufbau-Pläne der Bundesregierung. An den Gesprächen hierzu sah sie die ukrainische Zivilgesellschaft, die LGBTQ-Community und die feministischen Organisationen aus der Ukraine noch nicht genügend beteiligt. Die Ergebnisse der Podiumsdiskussion haben wir in einem gleichnamigen Podcast aufbereitet. Im Begleitprogramm zeigten wir in unserem Haus die Ausstellung «Ich bin IN der Ukraine. Ich bin AUS der Ukraine» mit Porträts lesbischer, schwuler, bisexueller, non-binärer und trans* Menschen aus der Ukraine.

Geheilte Länder – Reportagen aus der Ukraine

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine begann bereits vor einem Jahrzehnt mit der Annexion der Regionen Donezk und Luhansk sowie der Krim. Im Jahr 2022 weitete sich die Besatzung auf die Regionen Sumy, Tschernihiw, Kyjiw, Charkiw, Cherson, Mykolaiw und Saporischschja aus. Im Februar 2023 haben die ukrainischen Streitkräfte zwar 40 Prozent der von Russland besetzten Gebiete befreit, doch fast 2.000 Siedlungen sind weiterhin besetzt. Nach der Räumung der besetzten Gebiete wurden zahlreiche von den russischen Streitkräften begangene Kriegsverbrechen aufgedeckt, die derzeit untersucht werden. Das Medienprojekt The Ukrainians hat mit Unterstützung unseres Büros in Kyjiw den Film «Healed Lands: Stories of the Liberated Territories» produziert. In acht Reportagen erzählt er die Geschichten von Menschen aus den Regionen Kyjiw, Sumy und Tschernihiw, die die Besatzung überlebt haben und nun in ihren Gemeinden beim Wiederaufbau helfen. Ihre Beispiele sollen motivieren und zeigen, dass Heilung und Wiederaufbau möglich sind.

Sicherheit in Asien – Fachkonferenz

Gemeinsam mit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) haben wir im Jahr 2023 wieder zur «Berlin Conference on Asian Security» eingeladen. Diesmal standen die Sicherheitsherausforderungen der «Mittelmächte» inmitten der sino-amerikanischen Großmächterivalität im Vordergrund. Panelbeiträge zu den nationalen Sicherheitsstrategien von Japan, Südkorea und Deutschland sowie der wirtschaftlichen und mari-

timen Sicherheit weiterer Mittelmächte wie Vietnam, Philippinen oder Australien legten die Grundlage für Diskussionen, die sehr unterschiedliche Antworten auf die jeweiligen sicherheitspolitischen Herausforderungen zutage brachten. Allen Ländern weitgehend gemein war die Strategie des «Minilateralismus», also der Versuch, die jeweils eigene diplomatische Vernetzung proaktiver voranzutreiben, ohne sich gänzlich in ein geopolitisches Lager drängen zu lassen. In den Workshops entwarfen die Teilnehmenden aus Asien und Europa Szenarien, wie mittlere und kleine Mächte das Verhalten der USA und/oder Chinas beeinflussen könnten, und überlegten, welche Formate und Staatengruppen es dafür gegebenfalls bräuchte.

China-Strategien innerhalb der EU – Studie

Die Frage des Umgangs mit China ist in den letzten Jahren immer zentraler geworden. Welche China-Politik verfolgt die EU? Was sind die größten Herausforderungen für die EU und ihre Mitgliedstaaten? Was bedeutet Chinas globales Engagement regional und international? Als Reaktion auf diese Fragen hat unser EU-Büro in Brüssel eine Studie zu europäischer China-Politik und -strategie veröffentlicht. Die Studie zeigt auf, welche Länder (EU-Mitgliedstaaten, Vereinigtes Königreich und Schweiz) tatsächlich eine China-Strategie haben und wie sich die jeweiligen Strategien voneinander unterscheiden. Die chinaspezifischen Strategiepapiere der EU-Mitgliedstaaten sollten dabei als Teil einer umfassenderen Entwicklung gesehen werden: Vor

allem in den letzten fünf Jahren hat Europa begonnen, eine verschärfte Haltung gegenüber Pekings machtpolitischer Expansion einzunehmen und verstärkt auf eine Verringerung der Abhängigkeiten von China zu setzen. Die Studie macht deutlich, dass mit Blick auf China besonders gute Koordinationsmechanismen innerhalb der EU gebraucht werden.

Independence Days – Europäischer Jugendkongress

Viele junge Europäer*innen wünschen sich mehr Unabhängigkeit im Leben, doch Wohnungsprobleme, niedrige Einkommen oder unsichere Arbeitsverhältnisse stehen dem oftmals entgegen. Rund 100 junge Menschen aus 31 europäischen Ländern kamen vom 19. bis 22. Oktober 2023 nach Thessaloniki, um sich auf dem 8. Europäischen Jugendkongress mit dem Thema «Unabhängig leben» zu beschäftigen. Die anfangs genannten Schwierigkeiten und auch die wichtige Frage der politischen Vertretung der Jugend waren die vier Unterthemen der Workshops. Auch im öffentlichen Teil der Konferenz ging es um diese Themen, diesmal unter der Beteiligung von Politiker*innen, Akademiker*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft. Das abwechslungsreiche Begleitprogramm bot die Möglichkeit, über Führungen, Ausstellungen, Konzerte und Partys die Stadt, ihre Geschichte und ihre Menschen kennenzulernen, auch die Arbeit unserer Büros wurde durch unsere Projektpartner vorgestellt. Für die Teilnehmenden waren es vier intensive Tage mit vielen neuen Eindrücken und



Thessaloniki, Oktober 2023: Dank des schönen Wetters konnten die Delegierten des Europäischen Jugendkongresses einen Großteil der Workshops auf dem Pier abhalten. Foto: Lazaros Grekos

 Studie und Online-Dossier «Towards a common European China strategy?»

eu.boell.org/en/EU-China-common-strategy

 Europäischer Jugendkongress

gr.boell.org/en/congress-young-europeans-2023

Kontakten, die ihnen hoffentlich helfen werden, auch in Zukunft politisch aktiv zu bleiben. Organisiert hat den Kongress unser Büro in Thessaloniki zusammen mit der Green European Foundation (GEF) und den Jungen Europäischen Grünen (FYEG).

Deutsch-polnische Sicht auf Osteuropa – Runder Tisch und Essays ↗

Polen hat sich in der Parlamentswahl vom 15. Oktober 2023 für Europa und die Demokratie entschieden. Mit einer noch nie dagewesenen Wahlbeteiligung von 74 Prozent – in manchen Großstädten wie Warschau waren es gar um die 85 Prozent der Wahlberechtigten – setzten die polnischen Bürger*innen ein klares Zeichen gegen die illiberalen Tendenzen im eigenen Land und damit auch in Europa. Mit dem Regierungswechsel kehrt Polen nun an den EU-Verhandlungstisch zurück. Auch die deutsch-polnische Zusammenarbeit steht unter neuen Vorzeichen. Ein Format der deutsch-polnischen Verständigung, an dem sich auch unser Büro in Warschau beteiligt, ist der sogenannte deutsch-polnische Runde Tisch, an dem deutsche und polnische Expert*innen die Osteuropa-Politik diskutieren. Diese Treffen sind wichtig, um die jeweiligen Standpunkte kennenzulernen, um Differenzen abzubauen und um ein gegenseitiges Verständnis zu fördern. Vor dem Hintergrund der anhaltenden russischen Invasion in die Ukraine, der zunehmenden Bedeutung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit für die Stabilität und Sicherheit Osteuropas sowie des Regierungswechsels in Polen ist dieser Austausch besonders relevant. Der 5. Runde Tisch deckte ein breites Themenspektrum ab: von der Zukunft der Ostpolitiken beider Länder über die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die EU bis hin zu den Desinformationskampagnen Russlands in der Region. Unser Büro in Warschau hat die Ergebnisse der Veranstaltung in der Essaysammlung «A new opening? German-Polish cooperation and the war in Ukraine» und in einer Podcast-Reihe dokumentiert.

Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Armenien – Projekt

Inmitten gravierender globaler politischer Umbrüche und einer wachsenden Konkurrenz der Großmächte richtet Armenien seine Außenpolitik neu aus. Das Land öffnet sich zur Welt und kehrt Russland zunehmend den Rücken, während die Beziehungen zur EU eine nie gekannte Dynamik erfahren. Nachdem Russland – ähnlich wie damals im Fall der Ukraine – ein armenisch-europäisches Assoziierungsabkommen verhindert hatte, unterzeichnete die armenische Regierung im Jahr 2017 ein etwas weniger umfangreiches, aber dennoch wichtiges Abkommen zur vertieften Zusammenarbeit

mit der EU. Im Jahr 2021 begann die EU, sich in den armenisch-aserbaidschanischen Friedensgesprächen zu engagieren, und entsandte 2022 eine Friedensmission nach Armenien. Ein 2023 zum Abschluss gebrachtes Forschungsprojekt des armenischen Thinktanks APRI in Kooperation mit der armenischen Außenstelle unseres Südkaukasus-Büros in Tbilisi (Georgien) untersuchte die einzelnen Komponenten der vielschichtigen Beziehungen zwischen der EU und Armenien und wie Letztere gestärkt werden können. In das Projekt eingebunden waren neben zivilgesellschaftlichen Akteur*innen u.a. Abgeordnete des Europäischen Parlaments und hochrangige diplomatische Vertreter*innen der EU und Armeniens. Zum Abschluss erschien eine Publikation, die auch Politikempfehlungen enthält – u.a. sollte die EU ihre Unterstützung an Reformfortschritte knüpfen, um diese dadurch voranzubringen. Die Empfehlungen wurden mit rund 200 Personen diskutiert, u.a. bei öffentlichen Veranstaltungen in der armenischen Hauptstadt Jerewan und bei einem nicht öffentlichen Runden Tisch in Tbilisi.

Dekolonisiert euch! – 11. Europäisches Geschichtsforum ↗

Geschichtsdeutung ist ein machtvoll Instrument. Mit ihm werden politische Ziele verfolgt und sogar Angriffskriege begründet, wie Russland derzeit demonstriert. Putins neoimperiale Vision der Wiedererrichtung Russlands als «euroasiatischer Großmacht» zeigt, dass Imperialismus und Kolonialismus keine Phänomene aus vergangenen Jahrhunderten sind. Unser 11. Europäisches Geschichtsforum im Mai 2023 griff die hochaktuelle Debatte um Dekolonialisierung in Bezug auf die Sowjetunion, Russland und auf den Westbalkan auf. Die teilnehmenden Historiker*innen, Museumsmitarbeiter*innen, Forscher*innen und Journalist*innen gingen der Frage nach, ob und in welcher Weise die internationale Dekolonisierungsdiskussion für die Geschichtsschreibung zu Ost- und Südosteuropa relevant sein kann. Anhand von etlichen Beispielen, vor allem aus Nachfolgestaaten der russisch dominierten Sowjetunion, konnten die Forscher*innen aufzeigen, wie sehr Staaten des ehemaligen Ostblocks – aber auch Teile der westlichen Forschung – sich noch immer nicht gänzlich von Moskau-zentristischen Perspektiven gelöst haben. Der Blick auf den Kaukasus und auf Zentralasien beispielsweise sei noch immer geprägt von der imperialen Erzählung eines Russlands, das diese Regionen zivilisiert und für die europäische Aufklärung und Moderne erschlossen habe. Gleichzeitig versuche Putin den Mythos zu etablieren, der Krieg gegen die Ukraine sei eine antikoniale Abwehrschlacht gegen westlichen Einfluss.

↗ Essaysammlung «A new opening?»

pl.boell.org/en/2024/02/06/new-opening

↗ Tagungsbericht «Europäisches Geschichtsforum»

boell.de/geschichtsforum-11



München, 1. Juli 2023: Antipopulismus-Demo «Ausge-Trump! Zusammenhalt und Zukunft – statt Rückschritt und Rechtsruck». Aufgerufen hatte ein breites Bündnis aus Oppositionsparteien, Gewerkschaften und Verbänden. Foto: IMAGO/Wolfgang Maria Weber

Demokratie schützen und verteidigen

Im Vergleich mit autoritären Systemen haben liberale Demokratien einen entscheidenden Vorteil: Sie sind offen und kompromissfähig, lassen vielfältige Perspektiven zu und können Irrwege korrigieren. Nur so lassen sich die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen: die Klimakrise, die geopolitische Entwicklung oder der Umgang mit neuen Technologien. Demokratie sorgt für Freiheit, Wohlstand, Stabilität und Sicherheit. Doch Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie muss erkämpft, mit Leben erfüllt und stetig erneuert werden.

Mit unseren Projekten wollen wir Demokratie lebendig halten und weiterentwickeln – in der Gesellschaft, in Parteien und in Institutionen. Hierzu gehören auch Konzepte für gerechte Verhältnisse zwischen den Geschlechtern.

Zusammen gestalten: Zukunft (in) der Demokratie – Zukunftswoche

Angesichts der Gleichzeitigkeit verschiedener Krisen fällt es vielen Menschen schwer, Vertrauen in die Zukunft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu haben. Dabei lebt eine lebendige, freiheitliche und demokratische Gesellschaft genau davon: Vertrauen der Menschen untereinander, Vertrauen in Politiker*innen und Institutionen, Vertrauen in die demokratische Gestaltbarkeit der Herausforderungen unserer Zeit. Mit unserer «Zukunftswoche» im November 2023, einem neu entwickelten Format, wollten wir zeigen, dass Veränderungen und Umbrüche immer auch das Potenzial für Kreativität, Innovation und Gestaltungswillen in sich bergen. Neben Online-Veranstaltungen zur globalen Demokratie organisierten wir die Konferenz «Zukunft (in) der Demokratie» auf dem Berliner EUREF-Campus mit circa 280 Teilnehmenden. Für radikale Zuversicht plädierte dort die Klimaaktivistin Luisa Neubauer bei einer Podiumsdiskussion mit Lukas Beckmann, Mit-

begründer der Grünen, zum Thema Demokratie und Freiheit in Zeiten des Klimawandels. Neben weiteren Podiumsdiskussionen, zum Beispiel über die Chancen und Schwierigkeiten breiter gesellschaftlicher demokratischer Bündnisse, boten verschiedene Workshops die Möglichkeit, sich einzubringen oder weiterzubilden, zum Beispiel im «schönen Streiten». Hier gab es Tipps zum Umgang mit konträren Meinungen oder kruden Behauptungen und dazu, wie dennoch ein sinnvoller Streit geführt werden kann. Mit der Zukunftswoche wollen wir Raum geben, miteinander zu debattieren, zu streiten, zu lernen, gemeinsam Ideen zu entwickeln, Kontakte zu knüpfen und sich zu verbünden. Denn «Räume des Zusammenkommens zu schaffen, ist originäre Aufgabe von Demokratie», wie Lukas Beckmann es ausdrückte.

Vielfalt sucht Repräsentation – Studie

Repräsentation ist ein Fundament sozialer und politischer Teilhabe in modernen Demokratien. Perso-



Vielfalt sucht Repräsentation

Die Studie «Vielfalt sucht Repräsentation» bildet mit ihren beiden Vorläufern «Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik» und «Vielfältige Repräsentation unter Druck» den dritten Teil des Projekts «Vielfaltsstudie», in dem wir die gesellschaftliche Realität der Kommunalpolitik in Deutschland untersuchen.

boell.de/vielfaltsstudie

nengruppen, die stark in Parlamenten vertreten sind, haben auch entsprechenden Einfluss auf politische Entscheidungen. Letztlich beeinflusst Repräsentation die Legitimation politischer Entscheidungen. In unserer Studie «Vielfalt sucht Repräsentation» haben wir zusammen mit der Universität Duisburg-Essen und der FernUniversität in Hagen am Beispiel der Kommunalpolitik untersucht, wie es um politische Repräsentation, in diesem Fall in den deutschen Großstädten, bestellt ist: Sind die Kommunalparlamente annähernd so vielfältig besetzt, wie es der demografischen und sozialen Realität der Städte entspricht? Für die Studie wurden erstmalig Kommunalpolitiker*innen in allen deutschen Großstädten und über alle Parteigrenzen direkt befragt. Wichtigstes Ergebnis: Die Vielfalt der kommunalpolitischen Amts- und Mandatsträger*innen hat zugenommen, Repräsentationslücken aber bleiben. Dies betrifft verschiedene soziale Gruppen in unterschiedlicher Weise. Frauen machen zum Beispiel, bei einem Anteil von 51 Prozent an der Gesamtbevölkerung, lediglich 39 Prozent der Amts- und Mandatsträger*innen in den deutschen Großstädten aus. Gravierender noch ist die Repräsentationskluff bei Menschen mit Migrationshintergrund: Bei einem Bevölkerungsanteil von knapp 30 Prozent sind sie in den untersuchten Kommunen nur mit 13 Prozent politisch vertreten. Was Bildungsabschlüsse betrifft, verfügen mehr als zwei Drittel der Amts- und Mandatsträger*innen in den deutschen Großstädten über einen akademischen Abschluss (69 Prozent), während der Anteil der Akademiker*innen in der Gesamtbevölkerung nur knapp ein Viertel beträgt. Im Oktober 2023 haben wir die Ergebnisse der Studie auf einer Konferenz vorgestellt.

Eine Portraitsreihe auf unserem Portal «Heimatkunde» stellt engagierte Kommunalpolitiker*innen – bundesweit und parteiübergreifend – vor. Sie erzählen dort von ihren jeweiligen Wegen in die Kommunalpolitik, ihren Erfahrungen mit Diskriminierung oder Anfeindungen und von ihren Arbeitsschwerpunkten und Herausforderungen vor Ort. Zum Umgang mit Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik haben wir zudem im März das Online-Seminar «Stark im Amt» für einen fachlichen Austausch angeboten. Es gab Einblicke in den Werkzeugkasten guter Praxis, auch Konfliktmoderator*innen und Resilienztrainer*innen stellten sich vor.

Pass(t) uns allen: Die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes und ihre Bedeutung für die Migrationsgesellschaft – Podiumsdiskussion

Wählen dürfen, Reise- und Visafreiheit in vielen Ländern genießen, sich selbst für ein politisches Amt bewerben und ein unverwirkbares Aufenthaltsrecht: Für viele Menschen sind die Rechte, die mit dem deut-

schen Pass verknüpft sind, selbstverständlich. Für über zwölf Millionen Menschen, die in Deutschland derzeit ohne deutsche Staatsbürgerschaft leben, gelten diese Rechte jedoch nicht. Der Zugang zu voller gesellschaftlicher und politischer Teilhabe bleibt somit einem großen Bevölkerungsanteil verwehrt. Den Realitäten einer modernen Migrationsgesellschaft wird das geltende Staatsangehörigkeitsgesetz nicht gerecht. Das Bundesinnenministerium legte Anfang 2023 einen Entwurf für ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz vor. Er sieht u.a. vor, Mehrstaatigkeit künftig für alle Menschen zu ermöglichen und eine Einbürgerung nach fünf statt nach acht Jahren rechtmäßigem und unbefristetem Aufenthalt möglich zu machen, was in vielen Ländern bereits gängige Praxis ist. In Kooperation mit den neuen deutschen Organisationen (ndo) haben wir auf einer Podiumsdiskussion am 22. März den Gesetzesentwurf gemeinsam mit Vertreter*innen aus Politik und Zivilgesellschaft diskutiert. Die ndo sind Teil des bundesweiten Bündnisses «Pass(t) uns allen», das sich für ein gerechtes Staatsbürgerschafts-, Einbürgerungs- und Wahlrecht einsetzt.

Schwarz in Deutschland – Dossier

Seit mehr als 400 Jahren leben Schwarze Menschen in Deutschland. In der öffentlichen, politischen und akademischen Wahrnehmung bleiben sie jedoch weitgehend unsichtbar. Bestenfalls tauchen sie als Entertainer*innen auf. Schlimmstenfalls als «Illegale» und Drogendealer, was sie auch den alltäglichen rassistischen Polizeikontrollen aussetzt. Dabei sind es nicht wenige Schwarze Familien in Deutschland, die heute in der fünften, sechsten oder siebten Generation hier leben. Die Familie von Mandenga Diek, der 1891 aus Kamerun nach Deutschland kam und als erster Afrikaner die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt, ist nicht die einzige, die die Kaiserzeit und den Nationalsozialismus überlebte. Aktuelle Entwicklungen im Zuge der Black-Lives-Matter-Bewegung aus den USA trugen auch in Deutschland kurzfristig dazu bei, einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs über die Lebensrealitäten der rund eine Million Menschen afrikanischer Abstammung zu führen. Ansonsten bleibt das Thema im öffentlichen Bewusstsein weitgehend unsichtbar, was sich auch im fehlenden Bewusstsein für die deutsche Kolonialgeschichte spiegelt. In unserem Dossier «Schwarz in Deutschland» gehen wir der Frage nach, inwiefern sich in den letzten zwei Dekaden die gleichberechtigte soziale und politische Teilhabe Schwarzer Menschen in Deutschland verbessert hat und welche gesellschaftlichen und strukturellen Veränderungen es braucht, um Schwarzen und People of Color in Deutschland eine uneingeschränkte Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen zu ermöglichen.



Dossier «Schwarz in Deutschland»

heimatkunde.boell.de/schwarz-in-deutschland

Drei Jahre nach Hanau – Veranstaltung und Webdossier ↗

Der rechtsterroristische Anschlag in Hanau, bei dem ein Rassist neun junge Menschen ermordete und danach seine Mutter und sich selbst tötete, jährte sich am 19. Februar 2023 zum dritten Mal. Der Hanauer Anschlag geschah nur wenige Monate nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und dem antisemitischen und rassistischen Attentat in Halle. Er löste eine längst überfällige Debatte über die Bedrohung unserer vielfältigen Gesellschaft und unserer Demokratie durch rechte Gewalt aus. Dabei wurde auch immer dringender die Frage gestellt, welche rechten Strukturen und ideologischen Allianzen solche Gewalttaten ermöglichen. Gleichzeitig gerieten die Sicherheitsbehörden selbst immer wieder in die Kritik, den Rassismus in den eigenen Reihen nicht konsequent genug zu bekämpfen und Fehler aus der Vergangenheit, insbesondere im Umgang mit Angehörigen, Überlebenden und Betroffenen rechter Gewalt, zu wiederholen. Die neue Bundesregierung hat sich die Bekämpfung von rechter Gewalt auf die Agenda gesetzt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser bezeichnet Rechtsextremismus als die «größte extremistische Bedrohung unserer Demokratie» und legte im März 2022 einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vor. Darin werden ein ganzheitlicher Ansatz und eine ressortübergreifende

Gesamtstrategie für die Bekämpfung von Rechtsextremismus angekündigt. Wie es um die Umsetzung der bisher geplanten Maßnahmen steht, darüber haben wir auf der Veranstaltung «Drei Jahre nach Hanau» am 16. Februar 2023 gemeinsam mit Expert*innen aus Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Behörden diskutiert.

Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben und Antisemitismus in Deutschland – Dossier ↗

Bereits am ersten Tag des Terrorangriffs der Hamas auf Israel kam es in Deutschland zu antisemitischen Vorfällen, deren Zahl ab dem 7. Oktober sprunghaft anstieg und sich seitdem auf hohem Niveau bewegt. Viele Jüdinnen und Juden fühlen sich in Deutschland nicht mehr sicher. Für unser Dossier «Nie wieder ist jetzt» haben wir jüdische Menschen befragt, wie sie mit der neuen Bedrohungslage umgehen. Marguerite, eine 64-jährige Kinderärztin und Familientherapeutin, beschreibt die zunehmende Unsicherheit jüdischer Menschen. Früher habe sie die *Jüdische Allgemeine* in der U-Bahn gelesen. Das mache sie heute nicht mehr. Sie kritisiert das mangelnde Engagement und die fehlende Solidarität in der deutschen Gesellschaft. Die Deutschen hätten ihre Geschichte nicht ausreichend aufgearbeitet, was sich in aktuellen antisemitischen Reaktionen widerspiegle, daher seien Bildungsinitiativen und der inter-



Video-Botschaft aus Hanau, Februar 2023: Serpil Temiz Unvar, Gründerin der Bildungsinitiative Ferhat Unvar und Mutter von Ferhat Unvar, der in Hanau ermordet wurde Foto: Stephan Röhl

↗ Dossier «Drei Jahre nach Hanau»

heimatkunde.boell.de/drei-jahre-nach-hanau

↗ Dossier «Nie wieder ist jetzt»

boell.de/nie-wieder-ist-jetzt

Podcast «Jüdisches Leben in der DDR»

boell.de/podcast-juedisch-ddr



Dossier «Nie wieder ist jetzt»: Marguerite betont im Interview die Wichtigkeit von Bildungsinitiativen und interreligiösem Dialog. Als Hintergrund für ihr Foto hat sie sich ein Plakat von Carolin Löbber ausgesucht. Foto: Annette Maennel

religiöse Dialog sehr wichtig. Yotam, ein 23-jähriger Krankenpfleger, erzählt, dass er sich trotz der aktuellen antisemitischen Vorfälle weiterhin sicher fühle, jedoch vorsichtiger geworden sei, öffentlich Hebräisch zu sprechen. Er betont die Wichtigkeit des interreligiösen Dialogs und die Differenzierung zwischen legitimer Kritik an Israel und Antisemitismus. Neben den Interviews enthält unser Dossier zahlreiche Analysen und Beiträge, darunter «Drei Formen von Antisemitismus», ein Plädoyer für Genauigkeit von Aleida Assmann, ein Essay von Richard Herzinger und ein Kommentar von Max Czollek zur deutschen Erinnerungskultur. Außerdem machen wir einen Exkurs zum jüdischen Leben in der DDR, zu dem wir auch eine Podcast-Episode produziert haben, und stellen Projekte vor, die sich gegen den Hass zwischen Juden und Palästinensern engagieren.

Reformprozess im öffentlich-rechtlichen Rundfunk – Werkstattgespräch und Podcast ↗

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland steckt in einem Reformstau. Dabei müsste er sich dringend erneuern. Denn es häufen sich die Vorwürfe: schlecht gemanagt, zu groß, zu konventionell, zu teuer. Gefordert wird zum einen eine aktive Rolle der Rundfunkräte für die Kommunikation zwischen Rundfunkanstalten und dem Publikum, zum andern gibt es den

Vorschlag für ein «Redaktionsstatut». Es sieht ein Mindestmaß an Mitwirkungsmöglichkeiten der Redakteur*innen vor, wodurch Meinungspluralismus und die innere Pressefreiheit der Medienhäuser gewährleistet werden soll. Zum Beispiel sollen Redaktionsleiter*innen oder Chef*innen vom Dienst den Autor*innen nicht einfach vorschreiben können, was in den Beitrag kommt und was nicht. Das wäre andernfalls ein schwerwiegender Eingriff in die Rundfunkfreiheit. In einem öffentlichen Werkstattgespräch im Juni haben wir die vorliegenden Vorschläge zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks diskutiert und im Anschluss als Podcast-Folge aufbereitet.

Darüber hinaus haben wir das Jubiläum der ersten Radiosendung am 29. Oktober vor 100 Jahren zum Anlass genommen, gemeinsam mit sechs Heinrich-Böll-Landesstiftungen und dem Radio Korax in Halle die Reihe «Freie Radios: Über emanzipatorischen Dissens und eine Demokratisierung der Öffentlichkeit» mit zahlreichen Veranstaltungen und Radiobeiträgen zu organisieren.

Schule leiten, Personal entwickeln – Podcast-Reihe ↗

Eines unserer zentralen Anliegen ist es, Impulse für ein zukunftsfähiges Bildungswesen zu geben und Bildungseinrichtungen dabei zu unterstützen, junge Menschen so

zu bilden und auszubilden, dass sie an den gesellschaftlichen Transformationsprozessen nicht nur teilhaben, sondern diese auch aktiv gestalten können. Es geht darum, Bildung neu zu denken und eine «Neue Lernkultur» schrittweise zu etablieren. Ideen und Handlungsempfehlungen dazu haben wir bereits im Jahr 2021 in unserem böll.brief «Neue Lernkultur für alle Schulen!» veröffentlicht. Weil sich die Welt um uns herum rasant verändert, müssen sich auch Schulen verändern und weiterentwickeln. Der derzeitige Fachkräftemangel darf keine Ausrede für Stillstand in der Schulentwicklung sein. Wie nachhaltige Personalentwicklung für die Schule der Zukunft auch unter den schwierigen Rahmenbedingungen von heute gelingen kann, das erzählen wir in der Podcast-Reihe «Schule leiten – Personal entwickeln». In vier Episoden geht es darum, was moderne Schulleitung ausmacht und wie es gelingen kann, Seiten- und Quereinsteiger*innen zu finden, zu begeistern und an der Schule zu halten – und zwar in sozialen Brennpunkten wie auch im ländlichen Raum.

Bildung für alle! – Digitales Fachgespräch

Bildungsteilhabe zu fördern ist seit Langem ein Schwerpunkt der Stiftungsarbeit. Im Fokus stehen dabei vor allem sozioökonomisch benachteiligte Kinder und Jugendliche und die Erhöhung ihrer Chancen auf Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Beschluss vom 19. November 2021 zu Schulschließungen während der Pandemie erstmals das Recht der Kinder und Jugendlichen auf schulische Bildung anerkannt. Der Staat muss demzufolge geeignete Angebotsstrukturen schaffen und vorhalten. Das Grundrecht auf Bildung bedeutet die institutionelle Gewährleistung eines Bildungsminimums für alle. Diese Gewährleistung bezieht sich rechtlich zwar ausschließlich auf das Unterrichtsangebot. Sie setzt jedoch ein politisch zu definierendes Ziel eines Bildungsminimums voraus. In einem digitalen Fachgespräch gingen wir zusammen mit einer Reihe von Expert*innen der Frage nach, worin das vom Bundesverfassungsgericht thematisierte «Bildungsminimum» konkret

besteht. Dazu gehören ohne Zweifel das Erreichen der Mindeststandards in den Basiskompetenzen (Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache und Naturwissenschaften), aber auch bestimmte soziale und personale Kompetenzen wie Lernmotivation, Selbstregulation und Zuverlässigkeit, die die jungen Menschen zu einer eigenständigen Lebensführung befähigen und auch für zukünftige Ausbilder*innen und Arbeitgeber*innen von Interesse sind. Diese Kompetenzen, die zum Kern der Ausbildungsfähigkeit gehören, sollten ebenfalls in die Definition eines Bildungsminimums aufgenommen werden. Die Inhalte und Handlungsempfehlungen in dem Themenfeld werden 2024 in einer Podcast-Reihe vertieft und mit Beispielen aus der schulischen Praxis angereichert.

Weiterbildung: Vom Flickenteppich zum integrierten System – böll.brief

Meist reichen die Kompetenzen, die in einer Ausbildung oder im Studium erworben werden, nicht mehr aus für ein ganzes Erwerbsleben. Die Digitalisierung und die sozialökologische Transformation verändern die Arbeitswelt. Eine systematische und kontinuierliche Weiterbildung ist daher entscheidend für eine erfolgreiche Erwerbsbiografie. Wenn aber Weiterbildung und lebenslanges Lernen zum selbstverständlichen Bestandteil einer jeden Berufsbiografie werden, muss die fragmentierte Weiterbildungslandschaft zu einem kohärenten und transparenten Weiterbildungssystem umgebaut werden. Sie sollte sich zu einer gleichberechtigten Säule des Bildungssystems entwickeln. Wie das erreicht werden kann, dazu erarbeiteten wir mit einigen Fachleuten Vorschläge. Die Handlungsempfehlungen wurden im Mai in einem internen Fachgespräch mit Expert*innen diskutiert und im Juni im böll.brief «Vom Flickenteppich zum System. Weiterbildung durch wirkungsvolle Governancestrukturen als vierte Säule der Bildungslandschaft etablieren» veröffentlicht.



Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie



Berlin, September 2023: Panel «Zum Verhältnis von Antisemitismus und LGBTQ-Feindlichkeit» mit Veronika Kracher, Amadeu Antonio Stiftung, auf der Netzwerktagung «Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken» Foto: Dwi Anoraganingrum

Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken ✂

Antifeminismus ist eine zentrale Denkweise und Ideologie im Rechtspopulismus, in der Neuen Rechten, im Rechtsextremismus und in anderen demokratiefeindlichen Gruppierungen. Er fungiert als Brücke in die gesellschaftliche Mitte und trägt dazu bei, rechtsextreme und vielfaltsfeindliche Einstellungen, Haltungen und Ressentiments zu normalisieren.

Bereits im Januar 2022 startete das Gunda-Werner-Institut (GWI) das Projekt «Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken» im Verbund mit der Amadeu Antonio Stiftung und dem Dissens-Institut für Bildung und Forschung. Ziel ist es, staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Multiplikator*innen sowie (junge) Erwachsene für die demokratiegefährdenden Auswirkungen von antifeministischen Denkweisen, Ideologien und Verhaltensweisen zu sensibilisieren und für die Auseinandersetzung und den Umgang damit zu stärken. Das Projekt vernetzt und unterstützt Akteur*innen im Kampf gegen Antifeminismus, ist Anlauf- und Dokumentationsstelle für Betroffene antifeministischer Angriffe, bietet Fort- und Weiterbildung

und stellt vielfältige Materialien in einer Mediathek bereit. Realisiert und gefördert wird es im Rahmen des Bundesprogramms «Demokratie Leben!». Im September 2023 fand die inzwischen zweite Netzwerktagung dieses Verbundprojekts statt und brachte bundesweit Menschen aus unterschiedlichen Kontexten zusammen. Im Mittelpunkt stand die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen, eigene Expertise einzubringen und voneinander zu lernen. Der Fokus lag auf den Handlungsfeldern Bildung und soziale Arbeit.

Asyl, Flucht und Trauma – Fachtag

Seit dem Jahr 2011 gilt die Istanbul-Konvention international als weitreichendstes rechtsverbindliches Menschenrechtsinstrument, um geschlechterbasierte und häusliche Gewalt zu verhindern und zu bekämpfen. Sie verpflichtet die Unterzeichnerstaaten verbindlich zum Handeln und auch dazu, Asylgründe aus der Flüchtlingskonvention von 1951 geschlechtersensibel auszulegen und anzuerkennen. Mit dem «Fachtag: Asyl, Flucht und Trauma» im Juni 2023 setzte das GWI seine langjährige Arbeit für die Anerkennung der besonders

vulnerablen Situation von queeren Geflüchteten fort und lotete aus, inwiefern die Asylverfahren systematisch zu Retraumatisierung führen und welche Instrumente die Istanbul-Konvention dagegen bereithält. Der Fachtag war insbesondere für Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen sowie Verwaltungen, die mit der Umsetzung der Istanbul-Konvention betraut sind, konzipiert. Durchgeführt wurde er in Kooperation mit dem Netzwerk «Queer European Network for Asylum» und dem «Büro für Chancengleichheit Heidelberg». Diese Reihe wird im Jahr 2024 mit dem Schwerpunkt «Flucht und Künstliche Intelligenz» fortgesetzt.

Reproduktive Gerechtigkeit – Broschüre

Ob, wie und mit wem wir Kinder bekommen ist eine sehr intime Frage, aber auch eine der sozialen Gerechtigkeit. Die Broschüre «Reproduktive Gerechtigkeit – Eine Einführung», die vom Netzwerk AG Reproduktive Gerechtigkeit gemeinsam verfasst wurde, stellt das aktivistische Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit vor, wie es Schwarze Feminist*innen in den 1990er Jahren in den USA entwickelt haben, und überträgt

es auf Kämpfe für reproduktive Selbstbestimmung und gerechte Verteilung von Ressourcen heute in Deutschland. Die Publikation gibt es digital auf Deutsch, Englisch und Spanisch. Die Printversion ist nur auf Deutsch erhältlich.

Stricke deine eigene KI – Workshop

Was haben Patentmuster und maschinelles Lernen gemeinsam? Was lässt sich von rechten und linken Maschen für ChatGPT lernen? Warum kann es feministisch sein, eine Künstliche Intelligenz (KI) zu stricken? Und wie ist das überhaupt möglich? Diesen und weiteren Fragen widmete sich der Workshop «Stricke deine eigene KI» im September 2023. Er verband die Technik des Strickens mit dem Verständnis für algorithmisches Denken und der Funktionsweise Künstlicher Intelligenz. Die Teilnehmenden bekamen die Möglichkeit, ihre Vision einer «gestrickten KI» zu entwickeln und selbst eine Strickanleitung zu schreiben. Der Workshop stieß auf große Resonanz und wird als Verbundprojekt mit einzelnen Landestiftungen fortgeführt.

Demokratie braucht Feminismus

Das Gunda-Werner-Institut (GWI) nimmt mit seiner geschlechterpolitischen und feministischen Bildungsarbeit Herrschaftsstrukturen und Dominanzverhältnisse in den Blick, sei es zwischen den Geschlechtern oder in Bezug darauf, wie Machtverhältnisse sich auf die Geschlechterverhältnisse auswirken. Ziel ist eine gerechte, gewaltfreie und geschlechterdemokratische Gesellschaft. Das GWI bietet Plattformen und Diskussionsforen für eine Vielfalt feministischer und geschlechterpolitischer Ansätze, ist Knotenpunkt zwischen Wissenschaft, Politik und Aktivist*innen und setzt intersektionale feministische gesellschaftspolitische Impulse für grüne Politikentwicklung und Geschlechterpolitik. Die Arbeit wird entlang von Schwerpunkten gestaltet: feministische Öffentlichkeiten stärken – Antifeminismus bekämpfen, Feminismus für die postmigrantische Gesellschaft, sexuelle Selbstbestimmung und reproduktive Gerechtigkeit, feministische Netzpolitik und feministische Außenpolitik.

gwi-boell.de



Kolumbien: Wandbild zur Erinnerung an Byron Lasso Erazo, der während der sozialen Proteste im Jahr 2021 in Siloé von staatlichen Sicherheitskräften ermordet wurde. Foto: Tribunal Popular en Siloé

Menschenrechte durchsetzen

Menschenrechte waren noch nie selbstverständlich. Täglich werden irgendwo auf der Welt Regierungsgegner*innen verhaftet, Journalist*innen ermordet, Minderheiten vertrieben. Zivilgesellschaftliches Engagement ist in vielen Ländern unerwünscht und wird bekämpft oder zumindest erschwert. Trotz zahlreicher Verstöße gegen die Menschenrechte gibt es aber auch Grund zur Hoffnung, denn weltweit arbeiten Einzelne, Organisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft auf Hochtouren und kämpfen dafür, dass Menschenrechte geachtet und durchgesetzt werden.

Wir arbeiten mit unseren Partnerorganisationen in aller Welt daran, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen und die Würde des Menschen zu schützen. Mit unseren gemeinsamen Projekten wollen wir Demokratie lebendig halten, den liberalen Rechtsstaat und die Freiheit verteidigen oder durchsetzen.

Die Suche nach gewaltsam Verschwundenen in Kolumbien – Projektpartner

In Lateinamerika hat das gewaltsame Verschwindenlassen eine lange Geschichte. Während der Militärdiktaturen und Phasen interner bewaffneter Konflikte wurden Hunderttausende Opfer dieser grausamen Praxis. Die Verbrechen von staatlichen Sicherheitskräften sind noch immer ungesühnt. Bis heute suchen Angehörige nach Wahrheit und Gerechtigkeit. Unsere Büros in Lateinamerika unterstützen seit vielen Jahren zivilgesellschaftliche Organisationen bei der Suche nach den Verschwundenen und im Kampf gegen die Straflosigkeit. Im Jahr 2023 hat die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) auf Antrag unserer Partnerorganisation Hasta Encontrarlos und anderer lateinamerikanischer Organisationen erstmalig eine Anhörung über den Zugang zu vertraulichen Informationen und/oder militärischen Archiven in Kolumbien, El Salvador und Guatemala durchgeführt. Bei dieser Gelegenheit konnte ein von der Stiftung unterstützter Antrag auf einstweilige Verfügung zur Öffnung der Militärarchive Kolumbiens in Fällen von gewaltsamem Verschwindenlassen in den 1980er Jahren vorgebracht werden. Bei einem weiteren Treffen mit Vertreter*innen des UN-Sicherheitsrats konnten wir mit unseren Projektpartnern wichtige Punkte einbringen: Maßnahmen gegen das Verschwindenlassen müssen geschlechtsspezifisch ausgerichtet sein, Militärarchive müssen geöffnet werden und Einrichtungen wie die «Einheit für die Suche nach Verschwundenen» (UBPD) sind unabdingbar für einen Erfolg in dieser Sache. Am Ende des Jahres organisierte Hasta Encontrarlos mit Unterstützung des Stiftungsbüros Bogota eine Podiumsdiskussion zur Frage der Öffnung der kolumbianischen Militärarchive aus den 1980er Jahren, um die Wahrheit über die in dieser Zeit als vermisst gemeldeten Personen herauszufinden. An der Veranstaltung nahmen auch

hochrangige Vertreter*innen des kolumbianischen Verteidigungs-, Außen- und Justizministeriums und des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte teil. Das Verteidigungsministerium sagte bei der Veranstaltung zu, einen Ausschuss einzurichten, der den Inhalt der geheimen Militärarchive zunächst sichern soll, um ihn danach für die Suche nach Verschwundenen zur Verfügung zu stellen.

Das Volkstribunal von Siloé – Dokumentation

Im Jahr 2021 erlebte Kolumbien einen der größten Studierendenproteste seiner Geschichte. Über drei Monate hinweg waren mehrere Großstädte lahmgelegt, es kam landesweit zu Arbeitsniederlegungen und meist friedlichen Straßenblockaden. Cali, die drittgrößte Stadt Kolumbiens, war eines der Epizentren der sozialen Proteste und insbesondere im Stadtteil Siloé ging die Polizei massiv gegen die Protestierenden vor. Angesichts der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gründete sich das Volkstribunal in Siloé (TPS): eine Initiative gegen Straflosigkeit, auf der Suche nach Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit für die Verbrechen während der Proteste in Siloé. Das Team des TPS dokumentierte und analysierte zusammen mit Richter*innen 159 Fälle von Menschenrechtsverletzungen und staatlichen Verbrechen. Das Urteil des Volkstribunals wurde im Jahr 2023 mit Unterstützung der Stiftung in Buchform veröffentlicht und mehreren Kongressabgeordneten und ihren jeweiligen Legislativabteilungen übergeben. Diese versprochen, die Fälle weiterzuverfolgen und eine politische Anhörung durchzuführen. Auch die Vertreterin des UN-Hochkommissars für Menschenrechte in Kolumbien, Juliette De Rivero, verpflichtete sich, Gespräche mit staatlichen Institutionen wie der Generalstaatsanwaltschaft zu führen, um die genannten Fälle einzeln zu überprüfen und entsprechende Ermittlungen einzuleiten oder voranzutreiben.

FátimaGPT – ein Bot zum Aufspüren von Desinformation – Projekt

Am 8. Januar 2023 stürmten Anhänger*innen des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro, unzufrieden mit der Wahlniederlage, Regierungsgebäude in der Hauptstadt Brasilia. Erst nach Stunden konnte die Polizei die Lage wieder unter Kontrolle bringen. 2.170 Personen wurden nach dem Putschversuch verhaftet, der durch Desinformation in den sozialen Netzwerken angeheizt worden war. Der Oberste Gerichtshof stützte sich bei den Verhaftungen auch auf Beweismaterial aus der Datenbank von Lupa nos Golpistas, einer von der Stiftung unterstützten NGO, die Fotos, Videos und Texte sammelt, die in den sozialen Netzwerken kursieren und Desinformation verbreiten. Fake News und insbesondere Deepfakes, also realistisch wirkende Medieninhalte, die mithilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) erzeugt wurden, sind durch immer bessere Technik immer schwerer von authentischen Bild-, Audio- oder auch Videoaufnahmen zu unterscheiden – eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Demokratie, die durch gezielte Manipulation von Medieninhalten sehr leicht untergraben werden kann. Andererseits kann KI auch dazu genutzt werden, gefälschte Inhalte zu überprüfen. In Zusammenarbeit mit der Nachrichtenagentur Aos Fatos hat unser Büro in Rio den Bot FátimaGPT entwickelt, der Inhalte auf Desinformationen überprüft. FátimaGPT wurde bereits von mehr als 70.000 Nutzer*innen verwendet und hat mehr als zwei Millionen Nachrichten erhalten.

«Autoritäre Wahlen» in Südostasien – Dossier, Podcast und Policy Paper

2023 war ein Superwahljahr in Südostasien: In Thailand, Kambodscha und sogar in Myanmar waren Wahlen angekündigt. Demokratieindizes bescheinigten Anfang 2023 allen drei Ländern autoritäre Tendenzen in unterschiedlichem Maße. In Thailand war nach einem Staatsstreich 2014 und Wahlen 2019 eine de facto Militärregierung an der Macht, in Kambodscha regiert seit über 30 Jahren derselbe Premierminister in einem nunmehr Einparteiensstaat, und in Myanmar versucht eine Militärjunta seit dem Putsch 2021, mit brutaler Waffengewalt den zivilen Widerstand niederzuschlagen. Wenn in solchen Kontexten dennoch Wahlen ausgerichtet werden, dann in der Absicht, die autoritäre Herrschaft zu legitimieren. Wir haben uns u.a. in einem umfassenden Online-Dossier mit dieser speziellen Form des Machterhalts beschäftigt und hatten dabei insbesondere Thailand, Kambodscha und Myanmar im Blick. Zur Frage, wie deutsche und europäische Entscheidungsträger*innen Demokratie und gute Wahlen unterstützen können, veröffentlichten wir das Policy Paper «Authoritarian elections in contemporary Southeast Asia», das auch als Podcast-Folge aufbereitet wurde.

«Profiles of Courage»: 30 Jahre Projektarbeit in Kambodscha – Publikation

Kambodscha feierte 2023 den 30. Jahrestag seiner Verfassung und der ersten freien demokratischen Parlamentswahlen. Seit 30 Jahren arbeitet auch die Stiftung im Land und kann mittlerweile auf eine Vielzahl an Projektpartnerschaften zurückblicken. Anlässlich dieses Jubiläums hat unser Büro in Phnom Penh eine Broschüre veröffentlicht, in der 30 Geschichten über unsere Projektpartner erzählt werden, wie zum Beispiel über die Organisation First Step Cambodia, die sich als einzige NGO in Kambodscha mit sexuellem Missbrauch von Jungen beschäftigt – ein Thema, das in der Gesellschaft kaum wahrgenommen wird. First Step Cambodia betreut Jungen und adoleszente Männer, die Opfer sexueller Gewalt wurden, klärt über dieses Thema auf und hilft dabei, Traumata aufzuarbeiten und patriarchale Denk- und Verhaltensmuster zu überwinden. Ein weiteres Beispiel ist die Organisation Kdei Karuna. Bis heute ist die Aufarbeitung der dunklen Geschichte Kambodschas ein politisch heikles Thema. Ein Viertel der Bevölkerung Kambodschas wurde unter den Roten Khmer von 1975 bis 1979 umgebracht. Auch Frauen waren aus unterschiedlichen Gründen an Verbrechen beteiligt. Kdei Karuna begann ein Projekt mit Frauen, die für die Roten Khmer arbeiteten. Viele der Frauen weisen Symptome einer posttraumatischen Belastungsstörung auf. Sie wurden zwangsverheiratet oder haben unter den Roten Khmer Familienangehörige verloren. Die persönlichen Geschichten der Frauen machen deutlich, dass ein einfaches Opfer-Täterinnen-Denken historisch falsch ist. Durch Oral History und den Dialog zwischen den Generationen setzt Kdei Karuna auf Vergangenheitsbewältigung als Voraussetzung für ein friedliches Kambodscha.

Die Veröffentlichung von «Profiles of Courage» war eine Würdigung unserer Partner, ihres Muts und ihrer Leistungen. Die ausdrucksstarken Bilder der Publikation präsentierten wir in einer Ausstellung – wir wollten die Besucher*innen damit inspirieren und motivieren, an der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft mitzuwirken.

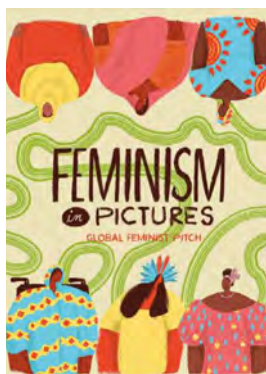
Die Rolle der Frauen beim Wiederaufbau der Ukraine – Konferenz

Der Krieg in der Ukraine hat die Geschlechterverhältnisse verändert und gesellschaftlich tief verankerte Rollenbilder zumindest vorübergehend auf den Kopf gestellt. Viele Männer sind an der Front, verwundet oder gefallen – Frauen können und müssen nun ihre Führungsqualitäten beweisen. Auch beim Wiederaufbau des Landes nach Ende des Krieges werden Frauen eine entscheidende Rolle spielen. Die Zukunft der ukrainischen Demokratie wird in hohem Maße von ihnen

abhängen. Eine internationale Konferenz in Lemberg, organisiert von unserem Büro in Kyjiw, beschäftigte sich Anfang Dezember 2023 mit einer ganzen Reihe von Themen, die Frauen betreffen: die Rolle von Frauen in der politischen Führung, Herausforderungen für Frauen in den ukrainischen Streitkräften, die wirtschaftliche Stärkung von Frauen, Strategien zur Verhinderung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, Unterstützung von Überlebenden sexueller Gewalt durch das russische Militär und schließlich die Rolle der Frauen beim Wiederaufbau und bei der Friedenskonsolidierung. Auf der Konferenz wurden Forschungsergebnisse präsentiert, Expert*innen berichteten über Erfolgsgeschichten und innovative Ansätze aus der Ukraine und anderen Ländern und interaktive Workshops boten Möglichkeiten zur Vernetzung. Für viele der mehr als 150 Teilnehmenden, darunter Regierungsbeamte, Aktivist*innen sowie Vertreter*innen der ukrainischen Polizei, der Wirtschaft, von Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen, war die Konferenz eine einmalige Gelegenheit, sich nicht nur mit ihren Kolleg*innen in der Ukraine, sondern auch mit Akteur*innen aus den EU-Ländern auszutauschen und so die Zusammenarbeit und den Wissensaustausch zu stärken.

Entscheidender Sieg für die Rechte muslimischer Frauen in Südafrika – Projektpartner

Das Ende der Apartheid in Südafrika bedeutete nicht das Ende aller Formen der Diskriminierung. Muslimische Frauen, die im Einklang mit ihrem Glauben heirateten, hatten nicht den gleichen rechtlichen Schutz wie Frauen in Ehen, die unter bestehende Ehegesetze fielen. Der Kampf um dieses Recht war für muslimische Frauen und unsere Partnerorganisation, dem Women's Legal Centre, lang und schwierig. Ein entscheidender Durchbruch kam nach fast 20 Jahren stetiger Lobby-Arbeit und einer Klage vor dem Verfassungsgericht: Im Jahr 2022 bestätigte das höchste Gericht Südafrikas, dass die Nichtanerkennung muslimischer Ehen muslimische Frauen und ihre Kinder benachteiligt und zu sozialer Gefährdung und wirtschaftlichen Nachteilen führt. Das Gericht wies an, dass der Staat die Rechtsmängel zu beheben habe. Im November 2023 wurde das Scheidungsgesetz so geändert, dass muslimische Ehen zum ersten Mal offiziell anerkannt werden – fast drei Jahrzehnte nach dem Ende der Apartheid. Muslimische Frauen und ihre Kinder haben bei einer Scheidung nun denselben Schutz wie Frauen und Kinder in anderen Ehen. Nun heißt es, im nächsten Schritt ein neues einheitliches Gesetz für alle Ehen zu formulieren, um sicherzustellen, dass Partnerschaften von Personen aller sexuellen Orientierungen sowie religiösen und kulturellen Überzeugungen die gleichen in der Verfassung gesicherten Rechte zustehen.



Global Feminist Pitch: Feminism in Pictures

Thema des Global Feminist Pitch 2023 waren historische und aktuelle feministische Widerstandsbewegungen in Form von Graphic Novels. Sieben feministische Illustrator*innen aus Brasilien, Iran, Kenia, Indien, Pakistan, Georgien und der Türkei zeigen die Kraft und Resilienzen feministischer Akteur*innen in unterschiedlichen globalen Kontexten.

boell.de/feminism-in-pictures

Die Heinrich-Böll-Landesstiftungen

Die 16 Landesstiftungen im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftung sind selbstständige Vereine; sie arbeiten auch untereinander und mit der Bundesstiftung eng zusammen. Mit ihrer Bildungsarbeit wollen sie die politische Urteilskraft der Bürger*innen stärken, zu bürgerschaftlichem Engagement anregen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben verbessern. Die Landesstiftungen organisieren selbstständig in Kooperation mit Projektpartner*innen Veranstaltungen unterschiedlichster Art: von klassischer politischer Bildungsarbeit (Seminare, Tagungen etc.) bis hin zu Feldarbeit, Exkursionen und Bildungsreisen. Hier eine kleine Auswahl an Projekten aus dem Jahr 2019. Ein Besuch der Websites lohnt sich, auch weil dort oft weiterführendes Material und Mitschnitte zu finden sind.

Jahrestagung

Baden-Württemberg: Klimaschutz vor Ort – Wie die Wärmewende gelingt

Wärme im Gebäudesektor gilt als «schlafender Riese» der Klimapolitik, der regenerative Anteil an der Wärmeherzeugung liegt nur bei knapp 15 Prozent. In einer ganztägigen Veranstaltung in Karlsruhe ging es nur wenige Tage nach Beginn der medialen Debatte um das «Heizungsgesetz» um die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung im Ländle. In einem Mix aus Vorträgen, Podiumsdiskussionen und interaktiven Foren konnten sich die Teilnehmenden, größtenteils Menschen, die beruflich oder als kommunalpolitisch Engagierte bzw. Interessierte mit der Wärmeversorgung zu tun haben, über energetische Sanierungen, Wärmepumpen und klimaneutrale Wärmenetze, aber auch soziale und Teilhabeaspekte informieren. boell-bw.de

Gesprächsreihe

Bayern: Recht auf gerecht! Der Talk über Gerechtigkeit

Diese neue Reihe blickt aus wissenschaftlicher, aktivistischer und politischer Perspektive jeweils auf eine Dimension von Gerechtigkeit. Zum Auftakt ging es um die oftmals unerkannte Krankheit Endometriose – eine der häufigsten Unterleibserkrankungen bei Frauen, die meist erst spät erkannt wird, weil die Symptome vielfältig sind und die medizinische Behandlung immer noch zu wenig geschlechtersensibel ist. Die weiteren Veranstaltungen beleuchteten Generationen- und Bildungsgerechtigkeit sowie soziale Gerechtigkeit. Ziel der Reihe ist es, dem Publikum Mut zu machen, Lösungswege aufzuzeigen und ins Gespräch zu kommen. Die Kombination der verschiedenen Blickwinkel auf dem Podium und die gemütliche Atmosphäre in der Location machen das möglich. Die Reihe wird von der Moderatorin und Journalistin Helene Reiner moderiert. petrakellystiftung.de

Bildungsreise

Berlin: Albanien auf der Suche nach einer europäischen Perspektive

Albanien war lange Zeit infolge der kommunistischen Diktatur komplett abgeschottet. Inzwischen öffnet es sich nach Europa und boomt als Reiseland. Eine Bildungsreise bot einen Einblick in das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben Albaniens und ein Gespür für die aktuelle gesellschaftliche Lage. Auf dem Programm standen Begegnungen mit diversen Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft sowie Repräsentant*innen albanischer politischer Parteien. Dabei standen Vorstellungen eines neuen ökologischen Gesellschaftsprojekts genauso im Mittelpunkt wie die Debatte um Wege zur angestrebten Mitgliedschaft in der Europäischen Union. bildungswerk-boell.de

Informationsbroschüre

Brandenburg: Einnahmemöglichkeiten aus Solarparks

Gemeinden und ihre Anwohner*innen haben eine Vielzahl an Möglichkeiten, von den Solarparks in ihrer Kommune zu profitieren. Die kostenfreie Broschüre «Auf der Sonnenseite: Einnahmemöglichkeiten aus Solarparks für Brandenburger Kommunen und Bürger*innen» gibt einen Überblick darüber, was in Brandenburg möglich ist. Dafür wurden Vertreter*innen von Kommunen, Anwohner*innen, Initiativen und Politik*innen beziehungsweise Anlagenbetreibern zu ihren diesbezüglichen Erfahrungen befragt. Die Broschüre stellt die Ergebnisse aufbereitet dar. Es gibt es – neben der Abgabe nach § 6 EEG 2017 – zum Beispiel Anrainerstromtarife, E-Autos, vergütete Dach-PV-Module oder Spenden an Vereine. boell-brandenburg.de

Bremen: Zum Umgang mit dem NS-Unrechtserbe

In Bremen wurde 2023 der bundesweit erste Denkort eingeweiht, der die systematische Beraubung der jüdischen Bevölkerung vor ihrer Vertreibung und Ermordung thematisiert. Die «Arisierung» ihres Eigentums hatte monströse materielle und psychologische Dimensionen: Wer sich den Besitz seiner früheren Nachbarn aneignete, ging nicht von deren Rückkehr aus – und wollte diese auch nicht. Die von der Heinrich-Böll-Stiftung Bremen entwickelten erinnerungspolitischen Radtouren führen an Orte, die mit der Ausplünderung, der Versteigerung und dem Verkauf jüdischen Eigentums eng verknüpft sind – ohne dass dies öffentlich bekannt ist. Dazu gehört das Weserstadion ebenso wie das Aladin, ein mittlerweile legendärer Konzertclub. Die Touren dienen nicht nur der Informationsvermittlung: Im Sinne eines kollektiven Brainstormings werfen sie die Frage auf, wie wir – privat und öffentlich – mit dem NS-Unrechtserbe umgehen wollen. boell-bremen.de

Diskussionsveranstaltung mit Suppe

Hamburg: Die «neuen Alten» – stimmen unsere Bilder vom Alter?

Ob Pflegenotstand oder Altersarmut – die Vorstellungen vom Alter sind oft sehr negativ. Dabei gibt es viele aktive alte Menschen, die Lust und Zeit haben, sich in der Gesellschaft zu engagieren. Besonders das Ehrenamt hätte ohne das Engagement der älteren Generation ein großes Problem. Bei der Veranstaltung ging es darum, die gesellschaftlichen Bilder vom Alter zu hinterfragen und auch die Schranken zu benennen, die ältere Menschen von einem Engagement ausschließen, wie bei der Wahl von Schöffen, wo die Altersgrenze bei 70 Jahren liegt. Die Veranstaltung wurde von den mehr als hundert, zumeist älteren Teilnehmenden als sehr ermutigend empfunden. boell-hamburg.de

Stadtrundgänge

Hessen: Stadtrundgänge

Stadtrundgänge sind gute Möglichkeiten, sich im öffentlichen Raum zu begegnen, zu lernen und sich auszutauschen. Im Programm der Stadtrundgänge waren zum einen stadtentwicklungspolitische Touren durch Frankfurt am Main. Hier ging es vorrangig um Fragen rund um den Schutz der Wallanlagen, um die Mobilität im Bahnhofsviertel sowie um queeres Leben. Angeboten wurden aber auch Touren mit erinnerungspolitischen Aspekten. In Frankfurt führte ein Stadtrundgang zu den Adlerwerken mit dem ehemaligen KZ Katzbach und in den Stadtteil Gallus und dessen Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus. Bei Rundgängen in Darmstadt und in Offenbach ging es um Verfolgung und Widerstand während der NS-Zeit und am Beispiel Wiesbadens um die Verfolgung von Sinti und Roma. boell-hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern: Leseland DDR

Mit der Ausstellung «Leseland DDR» der Bundesstiftung Aufarbeitung und verschiedenen Lesungen lud die Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern zu einer Zeitreise durch das Leseland DDR ein – ein Land, dessen Obrigkeit an die Macht des geschriebenen Wortes glaubte und es zugleich fürchtete. Zwischen Auftragsliteratur oder staatstragender Lektüre gab es auch Autor*innen, die sich ihre Freiheitsräume gewitzt eroberten. Zu den eingeladenen Autorinnen zählten u.a. Helga Schubert, Anne Rabe und Charlotte Gneuß. Gemeinsam mit Gästen und Publikum wurde die Geschichte der DDR im Spiegel ihrer Literatur (neu) erkundet. Die Reihe war eine Kooperation mit dem Literaturhaus Rostock und der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock/LpB M-V.

boell-mv.de/leseland-ddr

Stiftungsjubiläum

Niedersachsen: 40 Jahre Engagement für Umwelt- und Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Geschlechterdemokratie

Die Stiftung Leben und Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen feierte im Juni 2023 ihr 40-jähriges Bestehen. 150 Wegbegleiter*innen aus Landespolitik, Medien, Kultur und Zivilgesellschaft waren beim Jubiläumsfest in Hannover dabei, um gemeinsam auf die Vergangenheit und Zukunft politischer Bildungsarbeit in Niedersachsen zu blicken. Heike Mönninghoff, eine der Stiftungsinitiator*innen, beschrieb die Gründungsidee: «Es ging um Emanzipation. Es ging um Selbstorganisation. Es ging darum, Menschen zu ertüchtigen, andere Wege zu finden.» Diesem Gedanken bleibt die Stiftung treu. Ihr Ziel ist es, Menschen in Niedersachsen zu empowern, den sozialen und ökologischen Wandel mitzugestalten und Räume zu schaffen, um miteinander ins Gespräch kommen. Was andere über die Stiftung sagen? Wer mitgefeiert hat? Wie sich die Stiftung in 40 Jahre entwickelt hat? Das alles finden Interessierte auf der Jubiläums-Website!

slu-boell.de/de/2023/06/19/1983-2023-stiftung-leben-umwelt-heinrich-boell-stiftung-niedersachsen

Nordrhein-Westfalen: Kraft für Veränderungen durch inneres Gleichgewicht

In einer Kooperation mit dem Wissenschaftsladen Bonn und dem Katholisch-Sozialem-Institut Siegburg hat die Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen ein neues Bildungskonzept entwickelt, das Menschen dabei helfen soll, das richtige Gleichgewicht zwischen Mut, Ausdauer und Empathie zu finden, um gesellschaftliche und ökologische Veränderungen zu bewirken, ohne dabei auszubrennen oder sich überfordert zu fühlen. Das Konzept beruht auf den fünf Inner Development Goals (IDGs): Sein, Denken, Beziehungen, Zusammenarbeit und Handeln, konzentriert sich aber im Wesentlichen auf die Förderung von Persönlichkeitsentwicklung und Verbundenheit (Sein und Beziehungen). Diese Dimensionen werden im Bildungsbereich oft vernachlässigt, obwohl sie entscheidend für effektives Handeln sind. Die IDGs bieten ein Kompetenzmodell, das es ermöglicht, eigene Fähigkeiten zu erkunden und herauszufinden, was für persönliches und kollektives Engagement benötigt wird. Das Train-the-Trainer-Programm und die Lehrmaterialien sind so gestaltet, dass sie von Multiplikator*innen eigenständig und ohne psychologische Vorbildung genutzt werden können. boell-nrw.de

Digitale Vortragsreihe

Rheinland-Pfalz: Was passiert gerade in Israel?

Der Nahe Osten ist eine der komplexesten, wenn nicht die komplexeste Krisenregion der Welt. In der Reihe «Was passiert gerade in Israel» beleuchten Dr. Steffen Hagemann, Politikwissenschaftler und ehemaliger Leiter des Stiftungsbüros in Tel-Aviv, und Tillmann Schröder, Politikwissenschaftler und Bildungsreferent der Heinrich-Böll-Stiftung in Rheinland-Pfalz, verschiedene aktuelle Fragen rund um Israel und seine Nachbarstaaten. Im ersten Halbjahr 2023 drehte sich die Reihe um die (geplanten) innerpolitischen Umbauten der neuen Netanjahu-Regierung, nach dem 7. Oktober waren Fragen von Zukunftsoptionen und Sicherheit in der Region das Thema. Alle Vorträge der Reihe gibt es als Playlist auf dem Youtube-Kanal der Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz. boell-rlp.de

Saarland: Aufklärung von rassistisch motivierter Gewalt

Am 19. September 1991 wurde Samuel Yeboah durch einen rassistisch motivierten Brandanschlag in Saarlouis ermordet. Seit mehr als 20 Jahren setzt sich die Heinrich-Böll-Stiftung Saar für die Aufklärung dieser Tat ein. Nach Wiederaufnahme der polizeilichen Ermittlungen im Jahr 2019 konnte ein Tatverdächtiger überführt und wegen Mordes verurteilt werden. Die Stiftung berichtete über den Prozess und klärte über die politischen und gesellschaftlichen Strukturen auf, die einen solchen Mord und seine jahrzehntelange Nicht-Aufklärung ermöglichten. Ein Ergebnis dieser Arbeit ist auch die Einrichtung eines Entschädigungsfonds für Opfer rassistischer Gewalt und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des saarländischen Staatsversagens im Umgang mit der rechtsradikalen Terrorwelle der 1990er Jahre. boell-saar.de

Wanderausstellung

Sachsen: »zusammentun – solidarisch gegen rechts«

Die neue Wanderausstellung »zusammentun – solidarisch gegen rechts« stellt Initiativen und Projekte vor, die sich gegen die extremen Rechten und für eine solidarische Gesellschaft engagieren. Die Texte, Bilder und Hörstücke laden dazu ein, über verschiedene Formen der Solidarität nachzudenken. Bestenfalls motivieren sie, selber aktiv zu werden. Die extreme Rechte ist zu stark, um sich ihr allein entgegenzustellen. Deswegen zeigt diese Ausstellung keine Einzelkämpfer*innen, sondern politische Zusammenschlüsse und deren gemeinsames Tun. Die Besucher*innen erhalten Eindrücke, was die Gruppen schaffen, was sie motiviert, woran sie scheitern und was am politischen Handeln Freude macht. Die Ausstellung wurde durch die Fachstelle Bildungsallianzen gegen rechte Ideologien im Verbund mit den Heinrich-Böll-Landesstiftungen entwickelt. Infos und Ausleihe unter: weiterdenken.de

Sachsen-Anhalt: FEM.FM auf Radio Corax

Vier Radiosendungen mit über 20 feministischen Expert*innen und Aktivist*innen aus Sachsen-Anhalt und darüber hinaus behandelten jeweils ein aktuelles feministisches Thema aus unterschiedlichen Perspektiven. Dazu gab es eine Stunde lang Musik nur vom Feinsten, nur von FLINTAs. Die erste Sendung beleuchtete das Thema reproduktive Gerechtigkeit, die zweite drehte sich um Körper und Sexualität. In der dritten Sendung sprachen wir über Sorgearbeit und in der letzten Episode ging es um feministische Visionen. Ausgestrahlt wurden die Sendungen von Radio Corax in ganz Sachsen-Anhalt, die Pilotfolge sogar zusätzlich von Radio blau in Sachsen. Darüber hinaus entstand ein weites Netz feministischer Akteur*innen in Sachsen-Anhalt. Ein Online-Dossier mit Informationen zu den Expert*innen und ihren Beiträgen zum Nachhören gibt es auf der Webseite der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt. boell-sachsen-anhalt.de

Lernprogramm**Schleswig-Holstein: Soziale Resilienz durch Kultur**

Gemeinsam mit Partner*innen aus dem Ostseeraum entwickelte die Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein ein Programm zur Erhöhung der Lebensqualität und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts für kleinere und mittlere Städte der Region. Interessierte Städte erarbeiten mit Unterstützung der Projektpartner*innen Aktionspläne, die Städte mit den besten Aktionsplänen werden als «Cultural Pearls» ausgezeichnet. Auch der Austausch zwischen den Städten wird gefördert, wobei das Voneinanderlernen auf Augenhöhe und der Aufbau internationaler Netzwerke hier im Vordergrund stehen. Die Ausschreibung findet jährlich statt. Bewerben können sich kleinere und mittlere Städte aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Niedersachsen sowie Stadtteile aus Bremen und Hamburg. boell-sh.de

Thüringen: Wenn alle Brunnlein fließen – Wasser als Lebensgrundlage

Der Klimawandel wird die Wasserknappheit in vielen Regionen der Erde verschärfen und die Wasserqualität beeinträchtigen. Auch die Häufigkeit, Dauer und Intensität von Hochwasserereignissen sowie Dürreperioden wird sich erhöhen. Menschen mit sauberem Trinkwasser zu versorgen und Konflikte um begrenzte Wasserressourcen zu lösen, sind die Herausforderungen der Zukunft. Mit Blick auf Thüringen beschäftigte sich die Tagung mit dem Umgang mit Wasser in verschiedenen Kontexten und möglichen Lösungsansätzen für die Wasserproblematik in der Region. Die Tagung schloss ab mit einer Exkursion entlang der Gera zum Projekt «ökologischer Hochwasserschutz» und ergänzte so die theoretischen Ansätze der Tagung um ein Beispiel aus der Praxis. boell-thueringen.de

Kunst und Kultur

Kunst kann gesellschaftliche Entwicklungen vordenken, durchspielen oder kritisch beobachten. Sie löst Emotionen aus, wirft Fragen auf und weist oft über das Alltagsgeschehen hinaus – kurzum: Sie bereichert unser Gemeinwesen. Die Stiftung fördert Kunst und Kultur als Ausdrucksformen gesellschaftlicher Selbstverständigung.



Performance «23.02. – 20.23»: Berichte von Überlebenden des russischen Terrors von 2022, 2014 und 1944
Foto: Stephan Röhl

«23.02. – 20.23» – Performance

Am 23. Februar 2022, um 20.23 Uhr, blockierten schwere Maschinen die Start- und Landebahnen der ukrainischen Flughäfen, um die Landung russischer Flugzeuge zu verhindern. Am nächsten Tag begann Russland einen flächendeckenden Angriff auf die Ukraine – ein völkerrechtswidriger Krieg, dessen Ende immer noch nicht absehbar ist. In den ersten Monaten nach der Invasion stellte die ukrainische Schriftstellerin Halyna Kruk in einer Rede fest: «Der Krieg macht alles so eindeutig, dass es praktisch keinen Platz für Poesie gibt. Nur für Testimonies.» Zeugenaussagen als Manifest der Überlebenden, präsentiert von ukrainischen Künstlerinnen, erinnerten am 23. Februar 2023 an den russischen Terror der Jahre 2022, 2014 und 1944. Die Berichte gaben Zeugnis von dem, was die Verbrechen hinterlassen – verbrannte Erde und Menschen, die Dinge gesehen haben, die man sich in einer friedlichen Stadt kaum vorstellen kann.

Die Veranstaltung war eine Kooperation von Vitsche e.V., der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Pilecki-Institut Berlin und dem Zentrum Liberale Moderne.

«Unbreak my heart» – Fachtagung

Nach dem erfolgreichen Auftakt der Theaternachwuchskonferenz «Unbreak my Heart» im Jahr 2022 haben wir am 28. und 29. April 2023 in zeitlicher Nähe zum Theatertreffen Berlin abermals Theaterschaffende am Anfang ihrer professionellen Theaterarbeit zu einer Fachtagung eingeladen. Trotz prekärer Verhältnisse, veralteter Machtstrukturen und unsicherer Berufsaussichten zieht es viele junge Menschen in Theaterberufe. Als Regisseur*innen, Autor*innen oder Dramaturg*innen formen sie mit ihren Ideen und Entscheidungen das, was Theater ausmacht. Das können sie nur gemeinsam. Dennoch bestimmen Einzelgänger*innentum, Klatsch und Konkurrenz den Theaterbetrieb. Auf der Fachtagung gingen wir der Frage nach, wie Räume der Kollaboration aussehen könnten, die über das bloße Networking hinausgehen. Das Programm bestand aus einem moderierten Plenum, Begegnungsformaten, Gesprächen mit Gästen verschiedener Fachrichtungen und nicht zuletzt aus einem sozialen Teil. Dort verhandelten die Teilnehmenden gemeinsam die Bedingungen, unter denen sie arbeiten wollen.

«Wo Freiheit bedroht ist, ist die Sprache bedroht und umgekehrt» – Heinrich Böll (aus: Werkstattgespräch mit Horst Bienek, 1961)

Heinrich Böll – Publikationen

Ralf Schnells Essay «Heinrich Bölls '68» ermöglicht eine Zeitreise zurück ins Epochenjahr 1968 und zu Heinrich Böll – einem politisch sehr wachen und wachsam 51 Jahre alten Autor, der kurz vor seinen größten literarischen Erfolgen steht. Das Jahr 1968 war auch für ihn ein bewegendes Jahr. Als Aktivist gegen die Notstandsgesetze oder als zufälliger Zeitzeuge bei der Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Panzer des Warschauer Pakts – Böll wusste stets das Geschehen in einen erhellenden Zusammenhang zu setzen und begründete damit sein Engagement für Freiheit und Menschenrechte. Zu entdecken ist Böll in sechs kurzen exemplarischen Lektüren: Heinrich Böll als Leserbriefschreiber, Lyriker, Zeitzeuge, Kirchenkritiker, Feminist und Intellektueller. Sie erklären, wieso sich Böll nicht nur als Schriftsteller, sondern «von Natur aus» auch als Oppositioneller verstand.

Die Publikation ist Teil unserer Reihe über das Leben und Werk Heinrich Bölls, die wir vor zwei Jahren mit einem Band zur Zusammenarbeit von Böll und Beuys begonnen und 2022 mit der Erinnerung an Bölls Literaturnobelpreis 1972 fortgesetzt haben. Und so soll es in den nächsten Jahren weitergehen, denn es ist immer noch sehr viel zu entdecken in diesem großartigen und oftmals zutiefst aktuellen Werk Heinrich Bölls.

Über Bölls Leben und die Dinge, die ihn bewegten, informieren wir darüber hinaus in einer Ausgabe von «Böll.Fakten», die im November 2023 erschienen ist und wie die oben genannte Reihe kostenfrei erhältlich ist.

Berlinale 2023: Sira – Eine feministische Gegenposition zur Sahel-Nachrichtenlage

Anlässlich der Berlinale 2023 haben wir Interessierte zu einem Mittagsgespräch über den Film «Sira» in die Stiftung eingeladen. Der Film feierte seine Premiere am 21. Februar 2023 in der Sektion Panorama und wurde nachfolgend auf vielen weiteren Festivals gezeigt. Erzählt wird die Geschichte der jungen Fulani-Nomadin Sira, die mit ihrer Familie auf dem Weg zu ihrem Bräutigam von islamistischen Terroristen überfallen wird. Die Männer der Familie werden erschossen und Sira entführt. Der Anführer vergewaltigt sie und lässt

sie mitten in der Wüste liegen. Doch Sira ist eine Kämpferin und schlägt sich durch. Es beginnt ein packender Überlebenskampf. Die Regisseurin Appoline Traoré siedelte ihren Film ohne genaue Verortung in der Sahelzone an; in einem rechtlosen Kriegsgebiet, in dem jene regieren, die über die meisten Waffen, Pickup-Trucks und Mobiltelefone verfügen. Sira's Geschichte ist eine feministische Gegenposition im Kinoformat zur aktuellen Nachrichtenlage aus der Region. Spannend wie ein Thriller stellt der Film vielschichtige Fragen in den Raum, die wir in unserem Mittagsgespräch in Anwesenheit der Regisseurin diskutiert haben.

Kunstfestival «steirischer herbst» – Studienreise nach Graz und Podcast

Dem internationalen Festival für zeitgenössische Kunst «steirischer herbst» eilt der Ruf voraus, besonders politisch zu sein. Im Jahr 2023 ging es unter dem Titel «Humans and Demons» um die Frage, wie Menschen mit den Dämonen umgehen, die sie umgeben. Ob Krieg, Krise oder KI – das Böse scheint dieser Tage allgegenwärtig. Die Performances, Konzerte und Installationen des Festivals hinterfragten, wie Menschen sich durch moralische Grauzonen bewegen, sowohl in Vergangenheit als auch in der Gegenwart. Acht Stipendiat*innen der Heinrich-Böll-Stiftung bekamen vom 20. bis 24. September die Gelegenheit, das Eröffnungswochenende zu besuchen und die künstlerischen Interventionen auf sich wirken zu lassen. Über ihre Eindrücke berichten sie in einem Podcast. Dabei verhandeln sie Fragen nach den moralischen Grauzonen menschlicher Existenz und geben Einblick in die Ausstellungen und Performances des Festivals, inklusive Interviews mit Künstler*innen.

Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

Weltweit vertreten Künstler*innen Positionen zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Durch ihren Einsatz für die Freiheit des Geistes leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung und zum Erhalt von Demokratie und Menschenrechten. Wir unterstützen dieses Engagement durch ein Stipendienprogramm in Kooperation mit der Stadt Düren.

Seit Gründung des Vereins Heinrich-Böll-Haus Langenbroich im Jahr 1989 konnten gemeinsam mit der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen über 200 Gäste aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Ost- und Südosteuropa eingeladen werden. Das Haus, in den 1960er Jahren von der Familie Böll erworben, wurde zu einem ruhigen Ort des Arbeitens und des Austausches politisch verfolgter Autor*innen aus aller Welt. Im Jahr 2022 erwarb die Stadt Düren das Haus und übernahm die Trägerschaft vom Heinrich-Böll-Haus e.V., die wir weiterhin finanziell unterstützen.



Serhii Vilka in Kyjiw, September 2021 Foto: imago/Anna Voitenko

Gäste im Jahr 2023

Azadeh Karami, geboren in Iran, schreibt Kurzgeschichten und Gedichte. Im Heinrich-Böll-Haus arbeitete sie an ihrem ersten Roman. Angesichts der schwierigen gesellschaftlichen Lage im Iran setzt sich Azadeh aus dem Exil als Aktivistin für die Rechte der Frauen in ihrem Land ein.

Esmail Pirhadi, geboren in Iran, studierte traditionelle iranische Musik. Nach der Aufführung politischer Protestlieder erhielt er ein Auftrittsverbot. Seine Karriere als Künstler und als Musiklehrer verbindet Pirhadi seit vielen Jahren mit sozialem Engagement, wofür er international ausgezeichnet wurde.

José Luis Rocha Gómez, geboren in Nicaragua, wirkte als Soziologe an der Universität in Nicaragua (UCA). Seine Studie zur Politisierung der nicaraguanischen Jugend avancierte zu einem vieldiskutierten Standard-

werk. José Luis Rocha verstarb Ende Dezember 2023 im Exil in einem Krankenhaus in Guatemala-Stadt.

Mohamad Abi Samra, geboren im Libanon, arbeitet als Kulturjournalist und veröffentlichte mehrere Romane. Sein Roman «Women Without Trace» (2019) wurde für den arabischen Booker Prize nominiert.

Omar Gabryel Sfeir, geboren in Frankreich, aufgewachsen in Libanon, arbeitet als Fotograf und veröffentlichte zwei Kurzfilme. Seine Kunst konzentriert sich auf die Darstellung menschlicher Intimität und die Komplexität menschlicher Beziehungen.

Serhii Vilka, geboren in der Ukraine, ist Flötist und Komponist. Als Interpret spielte er mehr als einhundert Erstaufführungen und nahm an diversen internationalen Festivals teil. Seine Musik wird international aufgeführt.

Kontaktadresse

Stadt Düren / Düren Kultur, Stefan Knodel
Haus der Stadt, Stefan-Schwer-Straße 4 - 6, 52349 Düren
E-Mail: s.knodel@dueren.de
Telefon: 49 (0)2421 – 25 1346

Studienwerk – Rückenwind für junge Talente

Wir fördern Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland finanziell und ideell. Neben dem Stipendium bieten wir ein vielseitiges Programm zur politischen Bildung oder zum Ausbau von Schlüsselqualifikationen an. Wir beraten zu Fragen rund um das Studium, regen zur politischen Debatte an und unterstützen unsere Stipendiat*innen darin, sich selbst zu organisieren und zu vernetzen.

Unser Ziel ist es, Talente zu entdecken und die persönliche, politische und berufliche Entwicklung unserer Stipendiat*innen zu fördern. So wollen wir zukünftige Multiplikator*innen gewinnen, die unsere Überzeugungen teilen und sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Wir kombinieren in unserer Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit dem Prinzip Chancengerechtigkeit. Neben sehr guten Schul- bzw. Studienleistungen, die im biografischen Kontext bewertet werden, erwarten wir von unseren Stipendiat*innen, dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, sich gesellschaftlich engagieren und sich für Politik interessieren.



Berlin, 5. Oktober 2023: neu in die Förderung aufgenommene Stipendiat*innen Foto: Stephan Röhl

Wer wird gefördert?

Von den 1.653 Bewerbungen, die das Studienwerk in den beiden Auswahlverfahren zum 1. September 2022 und zum 1. März 2023 erreichten, wählten wir in einem dreistufigen Auswahlverfahren 312 Stipendiat*innen neu aus. Insgesamt förderten wir 1.650 Personen, davon 1.428 Studierende, 214 Promovierende und acht internationale ehemalige Promovierende für einen befristeten Forschungsaufenthalt in Deutschland. Einige Fokusgruppen haben wir besonders im Blick: 63 Prozent der Geförderten

sind Frauen, 13 Prozent studieren an Fach-, Kunst- oder Musikhochschulen und 26 Prozent der Studienstipendiat*innen (davon 52 Prozent Frauen) belegen MINT-Fächer. Auch unter den Promotionsstipendiat*innen ist der Anteil der Geförderten in einem MINT-Fach mit insgesamt 19 Prozent vergleichsweise hoch, darunter sind 58 Prozent Frauen. Von den 89 Geförderten, die als Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind, stammen 71 aus Syrien, vier aus Afghanistan, drei aus dem Iran und elf aus anderen Ländern wie Palästina, Nepal, Türkei oder Eritrea.



Berlin, 3. November 2023: Jahrestagung der Vertrauensdozent*innen und Auswahlkommissionsmitglieder Foto: Stephan Röhl

Mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) konnten 1.537 Stipendiat*innen unterstützt werden, davon 198 Promovierende. Von den BMBF-Geförderten haben 26 Prozent eine Migrationsgeschichte und 33 Prozent sind Erstakademiker*innen.

Mit Mitteln des Auswärtigen Amtes konnten 113 Stipendiat*innen aus 34 Ländern (außerhalb der EU) in Deutschland gefördert werden. 39 Prozent davon sind Erstakademiker*innen. Die nach Staatsangehörigkeit größten Gruppen der internationalen Stipendiat*innen kommen aus Russland (18), aus der Ukraine (10), aus Brasilien (9), Ägypten und Iran (jeweils 8), Syrien (7) und Kolumbien (6).

Ideelle Förderung: Beratung – Qualifizierung – Vernetzung

In unserem Veranstaltungsprogramm, dem Herzstück der ideellen Förderung, regen wir zur Debatte aktueller politischen Themen an, vermitteln Schlüsselkompetenzen, unterstützen den interdisziplinären Dialog, bereiten auf den Beruf vor und fördern das gesellschaftliche Engagement unserer Stipendiat*innen.

Gestaltungskompetenzen zu vermitteln, ist uns dabei ein besonderes Anliegen: Insgesamt 391 Treffen und Veranstaltungen wurden im Jahr 2023 von unseren Stipendiat*innen selbst organisiert. Besonders beliebt sind thematische Arbeitsgruppen: Die Stipendiat*innen wählen ein

Oberthema, beantragen ein Projektvorhaben und entwerfen ein Jahresprogramm. Die AG «Außen- und Sicherheitspolitik» hat sich beispielsweise mit feministischer Außenpolitik beschäftigt, die AG «Bildung im Wandel» mit dem Thema Klimawandel, die AG «China» hat über das Verhältnis China und Taiwan sowie die LGBTQI-Rechte diskutiert und die AG «Gender* und Feminismus» über queere- und Frauenrechtsbewegungen in verschiedenen Ländern. Neben diesen regelmäßig tagenden Arbeitsgruppen haben Stipendiat*innen in insgesamt 26 selbstorganisierten analogen wie digitalen «Ad-hoc-Gruppentreffen» gearbeitet, u.a. zur Energiewende (Freiburg), zu Kreislaufwirtschaft und Strategische Prozessführung (Berlin), zur Verkehrswende (Erfurt), zu Kritischer Männlichkeit oder zu Nachhaltigkeit in der Textilindustrie (Mönchengladbach). Ein Ad-hoc-Gruppentreffen fand in Straßburg statt, inkl. Besuche beim EU-Rat und im EU-Parlament, ein weiteres in Leipzig mit Besuch beim Bundesverwaltungsgericht. Eine Gruppe hat an der Transmediale in Berlin teilgenommen, eine weitere am Berliner Kultursommer und andere haben die Ausstellung «Mein Körper, ein Korallenriff?» im Wilhelm-Hack-Museum in Ludwigshafen besucht.

Reihe «Begleitprogramm plus»

Wir möchten unsere Stipendiat*innen von Förderbeginn an mit den unterschiedlichen Programmeinheiten der Stiftung in Kontakt bringen und ihnen die Teilnahme an Konferen-

zen der Stiftung und der Landesstiftungen ermöglichen, um so das Programmangebot für sie zu erweitern und die Vernetzung zu befördern. Im Jahr 2023 fanden neben 39 Bildungsveranstaltungen vom Studienwerk rund 50 Veranstaltungen der Landesstiftungen und anderer Abteilungen und Programmeinheiten der Stiftung statt, an denen Stipendiat*innen teilgenommen haben. Auf besonderes Interesse stieß die Veranstaltungsreihe «Green Cities 2035», eine Kooperation des Heinrich-Böll-Stiftungsverbundes mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). 82 Stipendiat*innen diskutierten mit Expert*innen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft darüber, was Kommunen zum erfolgreichen Strukturwandel beitragen können. An den Weiterbildungsangeboten von GreenCampus und den Landesstiftungen, wie etwa den Workshop «Rechten Parolen begegnen» oder «Wirkungsvoll reden lernen!», nahmen ebenfalls zahlreiche Stipendiat*innen teil. Bereits zum dritten Mal fand in Kooperation mit dem Referat Kunst und Kultur der Stiftung eine Studienreise zum Kunstfestival «steirischer herbst» in Graz/Österreich statt. Das Festivalmotto in diesem Jahr lautete: «Humans and Demons». Die Stipendiat*innen produzierten mit der Hörfunkjournalistin Julia Eikmann (DLF) den Podcast »Humans and Demons und wir – radikal subjektive Eindrücke vom Kunstfestival steirischer herbst«. Der Podcast ist in der Reihe «Böll Fokus» erschienen.

Besondere Highlights des Programms

SommerCampus: Besonders beliebt ist der alljährliche SommerCampus in Bad Bevensen. Im August 2023 fand

er zum Thema «Wirtschaft nachhaltig gestalten» statt. 130 Stipendiat*innen nahmen daran teil und stellten auch eigene Seminare auf die Beine – zum Beispiel zu den Themen Energiewende, Fundamentalökonomie oder Kreislaufwirtschaft. Den Auftakt bildete die Fishbowl-Diskussion «Wirtschaft nachhaltig gestalten» mit Stiftungsvorstand Jan Philipp Albrecht und Vertreter*innen aus dem Unternehmens-, Start-up- und NGO-Bereich. Rege diskutiert wurde darüber, was nachhaltiges Wirtschaften eigentlich bedeutet, welche Vorteile Kreislaufwirtschaft bietet und wie konkrete Ziele einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik formuliert und umgesetzt werden können.

Akademie-Reihe «Demokratie gestalten!»: Gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung startete 2019 eine Akademie-Reihe zum Thema «Demokratie gestalten!» als gemeinsame Initiative der 13 deutschen Begabtenförderungswerke und der Stiftung Begabtenförderung Berufliche Bildung (SBB), an der sich auch das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung beteiligt. Die Sommerakademie will Stipendiat*innen dazu ermuntern, sich mit anderen Weltanschauungen, politischen Meinungen und Ansichten auseinanderzusetzen und in den Dialog zu kommen. Im Jahr 2023 fand die Sommerakademie – federführend organisiert vom Evangelischen Studienwerk Villigst – vom 27. August bis 3. September in Schwerte zum Oberthema «Der Wert der Demokratie» statt. Rund 150 Teilnehmende, darunter zehn Stipendiat*innen aus der Heinrich-Böll-Stiftung, diskutierten über weltweite gesellschaftliche und politische Krisen und den gesellschaftlichen und individuellen Umgang damit.



Greifswald, 26. bis 29. Oktober 2023: Teilnehmende am Seminar «Lebensraum Moor: wichtiger Klimaschützer»
Foto: privat

Themenswerpunkte im Programm

Einen neuen Schwerpunkt bildeten Veranstaltungen rund um das Thema Wissenschaftskommunikation: Unter dem Titel «Let's talk about science» starteten wir eine digitale Reihe, in der Promotionsstipendiat*innen ihre Forschungsarbeiten interessierten Studierenden unterschiedlicher Fächer präsentieren und ihre Begeisterung für das eigene Forschungsgebiet vermitteln; Mitglieder des «Forschungsclusters sozial-ökologische Transformation» beschäftigen sich mit der Frage, welche Anforderungen an eine gelingende Wissenschaftskommunikation zu stellen sind und wie Klimakommunikation adressat*innengerecht gestaltet werden kann. Im Studienstipendienprogramm «Medienvielfalt, anders» setzten sich Teilnehmende im Workshop «Erzählen im Wissenschaftsjournalismus» im März in Frankfurt am Main mit der zielgruppengerechten Aufbereitung komplexer wissenschaftlicher Themen auseinander. In einem zweitägigen digitalen Workshop im Oktober lernten Promovierende, ihre Themen und Beiträge in Print- und Online-Medien unterzubringen: Wie findet man das passende Medium und was muss man Redaktionen bieten, um für eine Veröffentlichung infrage zu kommen?

Unsere Reihen zur wissenschaftlichen Politikberatung, zu Leadership und zur Digitalisierung führten wir ebenso weiter wie die im Vorjahr gestartete Reihe zu «Institutionen», diesmal mit einem Seminar über das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Für die aus den Mitteln des Auswärtigen Amtes geförderten Stipendiat*innen fand eine Veranstaltung zum Thema «Demokratie(n) weltweit» statt. Vor dem Hintergrund, dass liberale Demokratien weltweit immer mehr unter Druck geraten, beschäftigten sich 23 internationale

Teilnehmende aus 14 Ländern im Oktober 2023 mit demokratischen Idealen und Prinzipien, beleuchteten gemeinsam aktuelle Gefährdungen von Demokratien im globalen Kontext und diskutierte Handlungsoptionen, um Demokratien zu schützen.

Bei unseren Ökologie-Veranstaltungen lag der Schwerpunkt auf den Themen Wald und Moor. So fand zum Beispiel im Mai das Seminar «Der Wald im Klimawandel» in Lübeck statt. Die Teilnehmenden beschäftigten sich mit dem Zustand der Wälder, mit den Grundlagen der Waldwirtschaft, mit Biodiversität und mit Konflikten in Zusammenhang mit Wäldern. Im Oktober gab es in Greifswald eine Kooperationsveranstaltung mit der Stiftung Begabtenförderung Berufliche Bildung (SBB) zum Thema «Lebensraum Moor: wichtiger Klimaschützer». Hier ging es u.a. um die Entstehung und Unterscheidung von Mooren, um Torfkunde und um Wiedervernässung von Mooren.

In Zeiten multipler Krisen, die sowohl global als auch lokal betrachtet eine enorme Wirkkraft ausüben, wächst die Erwartung an die Wissenschaft, zu möglichen Lösungen beizutragen – ein Thema, über das auf dem Promovierendenforum «Wissenschaft in Verantwortung – Wissenschaft in Zeiten multipler Herausforderungen» im Mai in Berlin rege diskutiert wurde.

Während der Jahrestagung der Vertrauensdozent*innen und Auswahlkommissionsmitglieder im November 2023 diskutierten rund 40 Teilnehmende mit Dr. Imme Scholz, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, und mit Laura Kraft, MdB Bündnis 90/Die Grünen und Fachbeiratsmitglied des Studienwerks, über aktuelle hochschulpolitische und wissenschaftspolitische Themen und tauschten sich über ihre Erfahrungen im Auswahlverfahren aus.



Berlin, 2023: Alumni-Salon Foto: Stephan Röhl

Unsere Alumni



(v. l. n. r.) Dr. Libertad Chavez-Rodriguez, Prof. Dr. Saul Namango und Dr. Mehtap Söyler Foto: Stéphane Chouan

Dr. Libertad Chavez-Rodriguez (gefördert 2008–2011) ist Sozialwissenschaftlerin und assoziierte Professorin am Forschungszentrum für Sozialanthropologie CIESAS in Monterrey, Mexiko. Sie ist Mitglied des Kollektivs «Academicxs de Monterrey 43» gegen staatliche Ungerechtigkeiten, des Netzwerks für Umweltgerechtigkeit «EnJust» und des Netzwerks für Gender und Umwelt «RedGESMA». Sie promovierte in Sozialwissenschaften an der Universität Bremen. In ihrer Arbeit integriert sie die Perspektiven der Geschlechterforschung und der politischen Ökologie, um sozioökologische Themen zu untersuchen. Zu ihren Forschungsinteressen gehören sozialräumliche Ungleichheiten und soziale Verwundbarkeit zu Überschwemmungen im Kontext des Klimawandels, Gender, Intersektionalität und Katastrophen sowie städtische Mobilität in Bezug auf Umweltgerechtigkeit.

Prof. Saul Namango (gefördert 2003–2006) ist Professor für Chemieingenieurwesen und scheidender Direktor des Eldoret West Campus der Moi University in Kenia. Zuvor war er Vorsitzender der Fakultät für Chemie- und Verfahrenstechnik der Moi-Universität. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wasserqualität, Abwassermanagement, Bioenergie und technische Materialien für kostengünstigen Wohnraum. Saul promovierte in Chemieingenieurwesen an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus. Namango ist zudem Gründer der Bishop Namango Foundation, die Benachteiligten den Zugang zu Bildung ermöglicht.

Dr. Mehtap Söyler (gefördert 2007–2011) ist assoziierte Professorin für Politikwissenschaft an der Izmir Katip Celebi Universität und assoziiertes Mitglied am Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (German Institute for Global and Area Studies, GIGA). Mehtap forscht im Bereich der sozialwissenschaftlichen Methodologien, politischen Regimes, zivilmilitärischen Beziehungen und Konflikten. Ihr aktuelles Forschungsinteresse gilt der empirischen Untersuchung von bewaffneten Konflikten und Friedensprozessen anhand von mengentheoretisch-vergleichenden Methoden. Mehtap hat ihre Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin abgeschlossen.

GreenCampus – Vom Wissen zum Handeln

GreenCampus ist die Weiterbildungsakademie der Heinrich-Böll-Stiftung und der Heinrich-Böll-Landesstiftungen. Mit unseren Angeboten stärken wir seit über 15 Jahren politisch und zivilgesellschaftlich engagierte Menschen. In Zeiten globaler Krisen wird es immer wichtiger, politisch Aktive in ihrer Krisenfähigkeit und Widerstandskraft zu unterstützen. Welchen Beitrag hier Weiterbildung leisten kann, darüber sprachen wir mit unserem Resilienztrainer Bastian Bretthauer. ✈



Bastian Bretthauer, Resilienztrainer, Coach und Autor Foto: privat

Wie wirken sich die Krisen dieser Zeit auf unsere psychische Widerstandskraft aus?

Viele gesellschaftliche wie auch individuelle Krisen sind im Kern eine Aufforderung, sich zu entwickeln. Wir geraten in Stress, weil in unserem Leben etwas passiert und wir nicht weiterwissen. Da hilft es nicht, an alten Denkmustern und Verhaltensweisen hängen zu bleiben. Wir müssen uns ändern. Das gilt sowohl für große Krisen wie die Klimakrise als auch für individuelle Sinn-, Trennungs-, Berufs- oder durch Krankheiten verursachte Krisen. Weniger die Krisen selbst, sondern unsere Reaktionen darauf – Rückzug, Isolation, das Gefühl, hilflos zu sein, oder Resignation – belasten unsere psychische Widerstandskraft.

Wie kann Weiterbildung die Menschen bei der Entwicklung ihrer Resilienz unterstützen?

Weiterbildung kann nachholen, was in Schule und Ausbildung bis heute vielerorts versäumt wird. Sie kann Wissen vermitteln und Erfahrungs- und Erprobungsräume schaffen, in denen wir gemeinsam erkunden, was wir als Menschen brauchen, um gesund zu leben und

unser Bestes zu geben. Mentale Gesundheit ist eines der großen Innovationsfelder der Zukunft. Resilienz kann man im Rahmen der Weiterbildung lernen, für sich selbst, mit Kolleg*innen im Team und auch als Führungskraft.

Auch (gemeinnützige) Organisationen stehen momentan vor vielfältigen Herausforderungen. Welche Eigenschaften sollten Organisationen stärken, um Krisen souverän meistern zu können?

Organisationen sind unser zweites Zuhause. Wenn draußen ein rauer Wind geht, ist es gut, wenn es drinnen warm, vertrauensvoll und sicher ist. Gibt es Interesse aneinander, Wertschätzung und Unterstützung? Existieren Räume zum Lernen, Verdauen und Verarbeiten? Gibt es Obst in der Kaffeeküche, Ruheräume und Pausen? Werden die besonders in gemeinnützigen Organisationen tief verankerten Werte auch gemeinsam gelebt? Und sind Organisationen in der Lage, das unglaublich große menschliche Potenzial zu heben, das in ihnen schlummert?

Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird. Die Archivbestände werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzfristen der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt. ↗



Petra Kelly, Sprecherin des Bundesvorstandes der Grünen von 1980 bis 1982, Aufnahme von ca. 1981 (Archiv Grünes Gedächtnis, FO-01427-03)

Beteiligung an Publikationen und Veranstaltungen

Petra Kelly, Mitbegründerin der westdeutschen Grünen, war eine globale Aktivistin mit universellen Anliegen: Menschenrechte, Gerechtigkeit, Bewahrung der ökologischen Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, Gewaltfreiheit. Eine Gruppe deutsch-amerikanischer Wissenschaftler*innen hat sich im vergangenen Jahr intensiv mit ihrem politischen Erbe auseinandergesetzt und die virtuelle Ausstellung «Petra Kelly: Life and Legacy of a Transnational Green Activist» erarbeitet. Das Archiv Grünes Gedächtnis hat bei der Vorbereitung intensiv mitgearbeitet und zahlreiche Texte, audiovisuelle Quellen sowie Bildmaterial aus dem Nachlass von Petra Kelly zur Verfügung gestellt.

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat anlässlich ihres 40-jährigen Jubiläums ebenfalls eine Ausstellung konzipiert. Auch hier hat das Archiv tatkräftig unterstützt, hat recherchiert, Rechte geklärt und Bildmaterial bereitgestellt.

Aktenübernahmen

Obwohl die räumlichen Kapazitäten des Archivmagazins seit Jahren weitestgehend ausgeschöpft sind, konnten wir durch die Anmietung eines neuen Zwischenlagers insgesamt 34 Aktenlieferungen und -übernahmen durchführen. Mit 28 Umzugskartons aus der Landes-

geschäftsstelle Nordrhein-Westfalen wurde zudem die letzte (größere) Lieferung analogen Schriftguts realisiert. In Zukunft sind hier vorrangig digitale Unterlagen zu erwarten, was das Archiv und den aktenbildenden Landesverband vor besondere Herausforderungen stellt: Die technische Ausstattung für elektronische Aktenabgaben muss geplant, gekauft und aufgebaut werden, Workflows für Aktenübernahmen in ein digitales Archiv müssen neu konzipiert werden.

Quellen zur grünen Geschichte zugänglich machen

Das Archiv Grünes Gedächtnis steht allen Interessierten offen. Im Jahr 2023 konnte es erstmals seit 2019 ohne pandemiebedingte Einschränkungen öffnen und im Zuge dessen auch die Lesesaalkapazität auf nun insgesamt vier Plätze erhöhen. Im Laufe des Jahres bearbeitete das Archiv rund 280 Anfragen, vor allem von Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Kulturschaffenden.

Zu den Serviceleistungen des Archivs gehörten hierbei u.a. die Beratung der Nutzer*innen zu unseren Beständen und ihren Nutzungsmöglichkeiten, die Vorabrecherche in unserer rund 80.000 Einträge umfassenden Archivdatenbank, die Prüfung und Bereitstellung von Reproduktionen oder die Klärung von Bildrechten.

Im Spiegel der Zeitgeschichte: 30 Jahre Bündnis 90/Die Grünen

Im September 1991 gründete sich die Partei Bündnis 90, indem sich die wichtigsten DDR-Bürgerrechtsgruppen – Teile des Neuen Forums, Demokratie Jetzt und die Initiative Frieden und Menschenrechte – vereinigten. Im Mai 1993 kam es dann zum Zusammenschluss von Bündnis 90 und den Grünen. Dreißig Jahre später trafen sich Zeitzeug*innen zu einer Jubiläumsveranstaltung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Diskutiert wurde vor allem, wie sich die Partei Bündnis 90/Die Grünen entwickelt hat, welche wechselseitigen Beeinflussungen es gab und wie viel Bündnis 90 heute noch sichtbar ist.

Lukas Beckmann, (West-)Grüner und 1991 Geschäftsführer der Bündnis-90-Fraktion im Deutschen Bundestag, erinnerte daran, dass die Vereinigung von Bündnis 90 und den Grünen alles andere als selbstverständlich war. Zwei sehr unterschiedliche Herangehensweisen, Gesellschaft zu gestalten, seien aufeinandergetroffen: Menschen mit Diktaturerfahrung hätten aus Lebenserfahrung heraus Politik gemacht, während die (West-)Grünen viel stärker bekenntnisorientiert gearbeitet hätten.

Die DDR-Bürgerrechtlerin Marianne Birthler sah in den Verhandlungen und der darauffolgenden Vereinigung – anders als beim Beitritt der DDR zur Bundesrepublik 1990 – den Versuch, eine gemeinsame Organisation auf Augenhöhe zu gründen. Es gab Ost-West-Quoten der Parteigremien und einen Delegierten-schlüssel für die Bundesversammlungen von Bündnis 90/Die Grünen, der die geringeren Mitgliederzahlen in den Ost-Landesverbänden berücksichtigte. Auch der 1993 verabschiedete Grundkonsens sei für die politisch-programmatische Entwicklung der Partei wichtig gewesen.

Es ging bei der Veranstaltung aber nicht nur um den Blick zurück, auch die aktuelle Wahrnehmung der Grünen – vor allem in Ostdeutschland und im ländlichen Raum – war Gegenstand der Debatte. Hier sehen sich Politiker*innen von Bündnis 90/Die Grünen in der Öffentlichkeit einem Spektrum von Zustimmung über Kritik bis hin zu Verunglimpfung und Hetze ausgesetzt. Die Veranstaltung war eine Kooperation mit der Robert-Havemann Gesellschaft.



Berlin, Juni 2023: Marianne Birthler und Lukas Beckmann beim Runden Tisch zum Jubiläum «30 Jahre Bündnis 90/Die Grünen» Foto: Ole Schwarz

📌 Einen Mitschnitt gibt es auf Youtube

<https://www.youtube.com/watch?v=a3Xp7ZaS2QA>

Preisverleihungen

Die Heinrich-Böll-Stiftung vergibt verschiedene Preise und beteiligt sich als Partnerin an weiteren Ehrungen. Die wichtigsten Preise sind der Anne-Klein-Frauenpreis, der Friedensfilmpreis und der Hannah-Arendt-Preis.



Joumana Seif
Foto: Stephan Röhl



Steffi Niederzoll (Regisseurin)
Foto: Andreas Labes



Masha Gessen
Foto: Lena Di/Suhrkamp Verlag

Anne-Klein-Frauenpreis 2023 an Joumana Seif

Die in Damaskus geborene Juristin engagiert sich seit 2001 für Menschenrechte und unterstützt die demokratischen Bewegungen in Syrien. Ihre Heimatstadt verließ sie 2012, ein Jahr nach dem Beginn des Aufstands gegen das Assad-Regime. Seif ist u.a. Mitbegründerin des Syrian Women's Network (2013), das sich für Geschlechtergerechtigkeit und die Einbindung von Frauen in politische Entscheidungen einsetzt. Seit März 2022 ist sie Legal Advisor des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) zu den Schwerpunkten Syrien und sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt. «Engagierten Jurist*innen wie ihr ist es zu verdanken, dass sexualisierte Gewalt als systematisch eingesetzte Kriegswaffe eingestuft und in internationalen Verfahren als Verbrechen gegen die Menschlichkeit juristisch verfolgt und verurteilt werden kann», so die Begründung der Jury. Der Anne-Klein-Frauenpreis ist mit 10.000 Euro dotiert. Der Preis wurde bei einem Festakt am 3. März 2023 in Berlin überreicht. Die Laudatio hielt Lotte Leicht, EU-Direktorin von Human Rights Watch.

38. Friedensfilmpreis an «Sieben Winter in Teheran»

Die Studentin Reyhaneh Jabbari wurde im Iran zum Tode verurteilt und hingerichtet, weil sie einen Mann bei einem Vergewaltigungsversuch in Notwehr getötet hat. Der Film zeigt ihren Mut und ihre Entschlossenheit, trotz drohender Todesstrafe ihre Aussage nicht zurückzunehmen. Steffi Niederzolls Dokumentarfilm setzt die Erinnerung gegen das Vergessen. Mit Reyhanehs Briefen und Tagebüchern, die durch den Film leiten, gibt «Sieben Winter in Teheran» ihrer Stimme eine bleibende Plattform. Dem Film gelingt es, durch die geschickte Montage von authentischem Material eine Nähe zur Figur zu schaffen und den Bogen zu aktuellen Protestbewegungen zu schlagen – nicht nur im Iran. Der Friedensfilmpreis wird von der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Weltfriedensdienst e.V. und der Friedensinitiative Zehlendorf verliehen und ist fester Bestandteil der Internationalen Filmfestspiele Berlin. Weltweit ist er der einzige unabhängige Preis dieser Art, der auf einem A-Filmfestival verliehen wird. Er ist mit 5.000 Euro dotiert und wird in Form einer von Otmar Alt gestalteten Bronzeplastik übergeben.

Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken 2023 an Masha Gessen

Seit Jahren beschreibt Masha Gessen politische Strömungen und Konflikte in der US-amerikanischen und russischen Gesellschaft. Als Analytiker*in des Niedergangs und der Hoffnung berichtet Gessen über Machtspiele und totalitäre Tendenzen ebenso wie über zivilen Ungehorsam und die Liebe zur Freiheit. In einer Zeit, die von der autokratischen Erosion in den USA, von einem kriegsbereiten Totalitarismus in Russland und von gravierenden Konflikten zwischen den großen Mächten geprägt ist, wird das Verstehen geradezu erste Bürgerpflicht. Der Hannah-Arendt-Preis ist eine Kooperation zwischen dem Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken e.V. und dem Senat der Freien Hansestadt Bremen, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung Bremen. Er ist mit 10.000 Euro dotiert. Die Verleihung fand am 15. Dezember 2023 in Bremen statt, jedoch ohne Beteiligung der Heinrich-Böll-Stiftung. Wenige Tage zuvor war ein Essay Gessens im *New Yorker* erschienen, der den Gazastreifen mit den jüdischen Ghettos im von den Nationalsozialisten besetzten Europa verglich. Daraufhin zog sich die Stiftung aus der geplanten Festveranstaltung zurück.



Heinrich Böll am Rhein
Foto: Toni Richter

«Einmischung ist die einzige
Möglichkeit, realistisch zu bleiben.»

Heinrich Böll



Gebärdensprache-Simultan-Übersetzung bei der Vorstellung unserer Vielfaltsstudie im Oktober 2023 auf der Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung Foto: Stephan Röhl

Stiftungsmanagement

Die Stiftung auf Modernisierungskurs

Die Stiftung steht im Jahr 2023 auf einem soliden finanziellen Fundament. Auf dieser Basis haben wir ein dreijähriges Programm zur Modernisierung der Organisation gestartet. Im Zentrum steht die Digitalisierung. Bis 2027 wollen wir einen Digitalisierungsgrad erreichen, wie ihn vergleichbare Organisationen etwa in Skandinavien oder im Baltikum haben. Um das zu erreichen, haben wir u.a. den Stab Digitale Organisation ins Leben gerufen. Er wird die Digitalisierung der Stiftung vorantreiben.

Die geplante Modernisierung umfasst praktisch alle Aspekte der Organisation: die internen Abläufe und Geschäftsprozesse, das Wissensmanagement sowie die Planungs- und Monitoringprozesse. Auch die Arbeits- und Betriebskultur wird weiter modernisiert, denn wir wollen und müssen angesichts der Arbeitsmarktsituation noch attraktiver werden – vor allem für Fachkräfte. Im Jahr 2023 haben wir eine Belegschaftsumfrage durchgeführt. Diese ergab, dass mehr als 70 Prozent

der Mitarbeitenden ihren Arbeitgeber weiterempfehlen würden. Ein sehr gutes Ergebnis, das wir in den kommenden Jahren weiter ausbauen wollen. Wir sind zuversichtlich, dass uns das gelingt.

Die Umfrage ist auch ein Beispiel für die sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat, der die Ziele unseres Modernisierungsprozesses grundsätzlich teilt und ihn gestaltend, aber auch kritisch begleitet – eine wertvolle Ressource für den Erfolg im vorgegebenen Zeitrahmen.

Fortgesetzt haben wir auch unsere Bemühungen, vielfältiger und inklusiver zu werden. Im Jahr 2023 haben wir einen Schwerpunkt auf das Thema Behinderung gelegt, das in der Arbeitswelt viel zu oft tabuisiert wird. Unsere ersten Sensibilisierungsmaßnahmen in der Belegschaft haben bereits zu Verbesserungen im Bereich Inklusion und Barrierearmut geführt, an denen wir gemeinsam mit der Schwerbehindertenvertretung konsequent weiterarbeiten werden.

Interne Weiterbildung

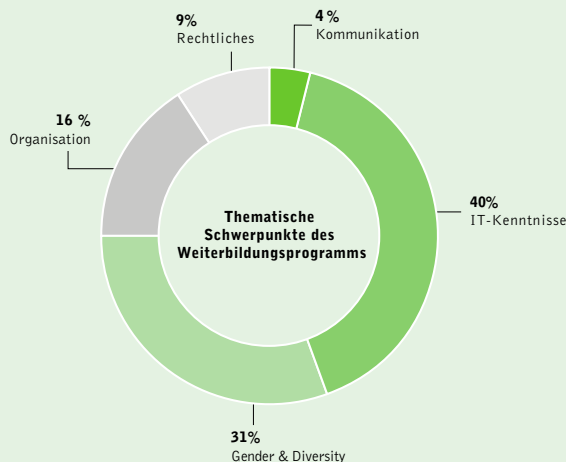
Digitalisierung

Im Jahr 2023 haben wir die Ausschreibung eines cloubasiertes Open Source Lern-Management-System (LMS) erfolgreich durchgeführt. Die stiftungsinterne LMS-Plattform «Boell Lernen» wird ein wichtiger Baustein unserer Lernwelt werden. Sie soll den Mitarbeitenden mehr Orientierung geben, sie in ihrer Handlungsfähigkeit stärken und in ihrer Lernmotivation unterstützen. Die ersten Pflicht- und Standardangebote haben wir bereits in lerner*innenorientierte Formate überführt. Dieses Projekt wird in den folgenden Jahren ausgebaut und zur Modernisierung der Stiftung beitragen.

Qualifizierung

Mit dem internen Weiterbildungsprogramm unterstützen wir unsere Mitarbeitenden bei ihren beruflichen Herausforderungen. Im Jahr 2023 haben zahlreiche Weiterbildungen online oder in Präsenz stattgefunden oder wurden über digitale Selbstlernformate (eLearnings) vermittelt. Diese ermöglichen flexibleres, zeit- und ortsunabhängiges Lernen, das sich einfacher in den Berufsalltag integrieren lässt. Wir konnten so über 1.000 Mitarbeitende weiterqualifizieren. Fasst man alle Formate zusammen, ergeben sich knapp 460 ganze Teilnehmendentage. Zum Programm gehörten insbesondere die Führungskräfteentwicklung, Angebote der Gemeinschaftsaufgabe «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung» zum Schwerpunkt «Behinderung im Fokus – Zugänge schaffen, Barrieren abbauen» sowie die Qualifizierung im IT-Bereich zu mehr Cyber Awareness im Arbeitsalltag.

Darüber hinaus haben über 70 Mitarbeitende eine Weiterbildung oder ein berufsbegleitendes Coaching bei einem externen Anbieter wahrgenommen.



Organe des Vereins

Die **Mitgliederversammlung** ist das oberste Beschlussfassungsorgan der Stiftung. Sie setzt sich aus 49 Personen zusammen, davon je vier Personen aus der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, je eine Person aus den Landesstiftungen und 25 weitere Personen aus dem Kreis der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung, von denen eine Person dem Europäischen Parlament oder der Europäischen Grünen Partei angehört. Die Wahlperiode für die Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Der **Vorstand** ist hauptamtlich tätig und besteht aktuell aus zwei Personen. Jedes Vorstandsmitglied wird für die Dauer von fünf Jahren von der Mitgliederversammlung gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Aufsichtsrat zu. Der Vorstand ist im Rahmen der Beschlüsse der Mitgliederversammlung für die Verwirklichung der Ziele der Stiftung verantwortlich. Er ist insbesondere dafür verantwortlich, dass die Verwendung des Stiftungsvermögens und von dritter Seite zufließenden Vermögenswerten durch die Stiftung und ihre Einrichtungen zweckentsprechend und wirtschaftlich erfolgt. Für die Ausführung der laufenden Verwaltung des Vereins ist der **Geschäftsführer** verantwortlich.

Der **Aufsichtsrat** führt die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstands. Er besteht aus neun Personen, davon sieben aus den Reihen der Mitgliederversammlung und zwei hauptamtlich Mitarbeitende, die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.

Gremien des Vereins

- Fachbeirat Gemeinschaftsaufgabe «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung»
- Fachbeirat Globale Kooperation
- Fachbeirat Europa / Transatlantik
- Fachbeirat Studienwerk

Fachbeiräte beraten die Stiftung bei der Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Die Fachbeiräte werden vom Aufsichtsrat auf drei Jahre berufen. Der Mitgliederversammlung steht ein Vorschlagsrecht zu. Die Fachbeiräte berichten der Mitgliederversammlung jährlich über ihre Arbeit.

Eine Sonderstellung hat der in der Satzung festgeschriebene Fachbeirat «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung». Seine Mitglieder werden von der Mitgliederversammlung gewählt und sind ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Vorschlagsrecht haben Mitglieder der Mitgliederversammlung und des Aufsichtsrats. Er setzt sich aus mindestens 12 und höchstens 15 Personen zusammen. Die Frauenquote beträgt mindestens 80 Prozent.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022

Das Prüfurteil des unabhängigen Abschlussprüfers Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft vom 15. Dezember 2023 hat ergeben, dass der Jahresabschluss des Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Berlin – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie der Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft wurde. Darüber hinaus wurde der Lagebericht des Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft. Nach Beurteilung der aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und

vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Vereins zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und

- vermittelt der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB wurde erklärt, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Das neue Stiftungsgesetz – endlich eine gesetzliche Grundlage für die Stiftungsarbeit

Mit dem Urteil vom 22. Februar 2023 hat das Bundesverfassungsgerichts entschieden, dass der Deutsche Bundestag durch den Erlass des Haushaltsgesetzes 2019 die Partei Alternative für Deutschland (AfD) in ihrem Recht auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb verletzt hat, soweit dieses Haushaltsgesetz die Gewährung von Globalzuschüssen zur politischen Bildungsarbeit an politische Stiftungen ermöglicht, ohne dass dies auf einem gesonderten Parlamentsgesetz beruht. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat sich im Rahmen einer Anhörung als Sachverständige eingebracht. Vorstandsmitglied Dr. Imme Scholz konnte dem Senat die Arbeitsschwerpunkte, die Mittelverwendung sowie die schriftlich fixierte und gelebte Distanz zur nahestehenden Partei Bündnis 90/Die Grünen erläutern. Die Anhörung und die Urteilsbegründung haben den Wert der Bildungsarbeit der politischen Stiftungen für die freiheitliche demokratische Grundordnung unterstrichen und die strukturelle Wirksamkeit des Distanzgebots aufgezeigt. Der Senat hat deutlich gemacht, dass dem Gesetzgeber, wenn er an seiner Grundentscheidung für eine staatliche Förderung parteinaher Stiftungen festhält, ein Gestaltungsspielraum zusteht. Diesen Spielraum hat der Gesetzgeber mit dem Stiftungsfinanzierungsgesetz (StiftFinG) vom 19. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 383) genutzt. Damit wurde eine Forderung erfüllt, die spätestens seit dem letzten Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1986 innerhalb der grünen politischen Strömung bestand und über die Jahre hinweg von der Stiftung artikuliert wurde. Das StiftFinG schafft nun erstmals eine gesetzliche Grundlage für die Fortführung der politischen Bildungsarbeit und setzt Grenzen zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Finanzielle Rahmenbedingungen der Stiftungsarbeit

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist als eingetragener Verein beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg registriert und vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Unsere Arbeit finanziert sich zum überwiegenden Teil aus öffentlichen Zuwendungen. Der zentrale Baustein unserer Finanzierung sind die sog. Globalmittel, die der Bundestag im Haushalt des Bundesministeriums des Innern für die Arbeit politischer Stiftungen zur Verfügung stellt. Über die Verwendung der Globalmittel kann die Stiftung zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben weitgehend frei entscheiden. Mit ihnen werden zum Beispiel Seminare, Tagungen und Kolloquien durchgeführt oder Forschungsvorhaben finanziert. Globalmittel sind für die Stiftung von besonderer Bedeutung, weil mit ihnen auch allgemeine Verwaltungskosten finanziert werden können – wie etwa Personalkosten der Dienstleistungsabteilungen und die Unterhaltung unserer Bürogebäude. Zusätzlich erhält die Stiftung Projektmittel, die nur für den jeweils vereinbarten Zweck verausgabt werden dürfen (z.B. für die Auslandsarbeit oder die Studien- und Promotionsförderung). Die Projektmittel werden durch Verwaltungskostenzuschüsse (VKZ) ergänzt, die ähnlich wie Globalmittel eingesetzt werden können. Neben den öffentlichen Zuwendungen hat der Verein Heinrich-Böll-Stiftung auch Einnahmen aus Mit-

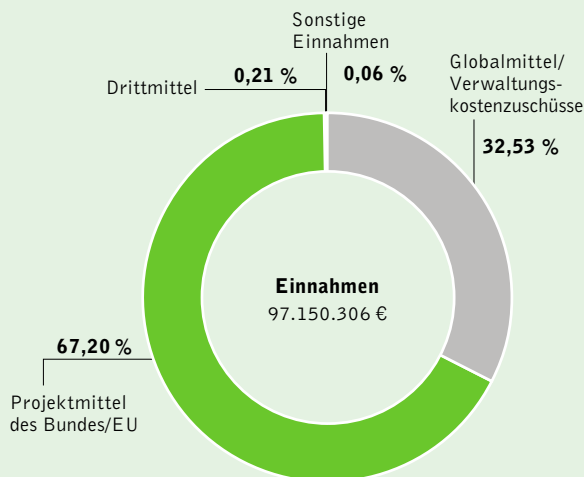
gliedsbeiträgen, Spenden und dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Weiterbildungsakademie Green Campus.

Transparenz

Es ist uns besonders wichtig, über die Verwendung der uns zur Verfügung stehenden Mittel transparent zu informieren. Wir gehen daher über die gesetzlich vorgeschriebenen Berichtspflichten hinaus. So haben wir uns der Initiative Transparente Zivilgesellschaft angeschlossen und uns zur Einhaltung eines Verhaltenskodexes zur Verhinderung von Korruption verpflichtet. Zudem erstellen wir einen finanziellen Jahresbericht in Anlehnung an die Vorgaben des Handelsgesetzbuches, den wir von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigen lassen.

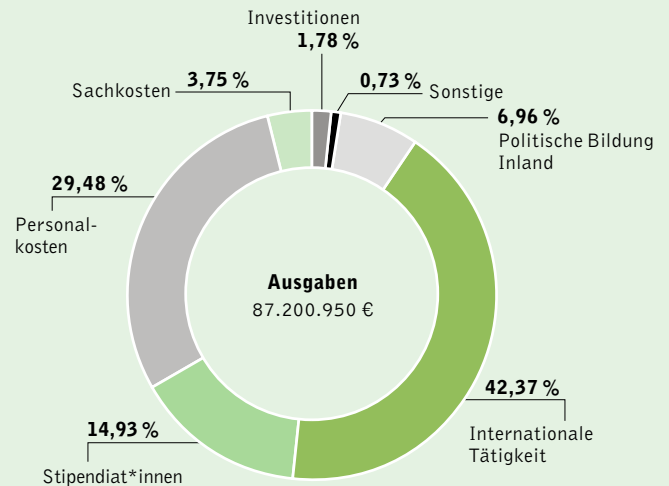
Finanzieller Jahresbericht

Bei der hier veröffentlichten Übersicht der jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Stiftung handelt es sich um vorläufige Zahlen, von denen sich die endgültigen aber nur geringfügig unterscheiden werden. Der endgültige Bericht mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung kann erst erstellt werden, nachdem die Jahresabschlüsse unserer Büros im Ausland erstellt worden sind.



Einnahmen

Die Einnahmen der Stiftung betrugen 2023 insgesamt ca. 97 Millionen Euro. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Anstieg von rund 16 Prozent, der insbesondere auf höhere Einnahmen bei den Globalmitteln und den Projektmitteln für die internationale Zusammenarbeit zurückzuführen ist.



Ausgaben

Rund 64 Prozent der Ausgaben der Stiftung (ca. 56 Millionen Euro) flossen 2023 in die inhaltliche Arbeit und die Studien- und Promotionsförderung. Dieser Anteil wächst auf rd. 86 Prozent, wenn die Personalkosten der inhaltlich arbeitenden Mitarbeiter*innen der Stiftung berücksichtigt werden. Die verwaltungsbezogenen Sachausgaben sind leicht gestiegen, ebenso die Ausgaben für Investitionen.

Vorläufige Einnahmen-Ausgabenrechnung 2023*

Berichtsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 (Stand: 26. August 2024)

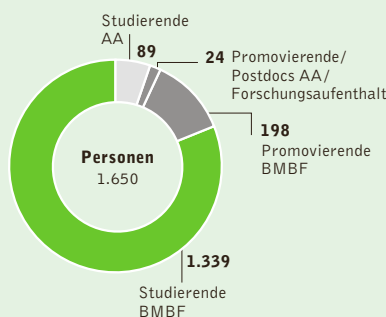
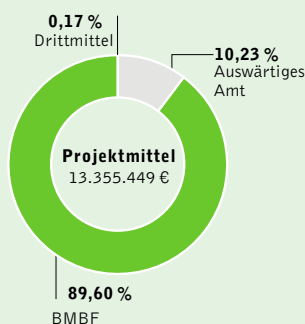
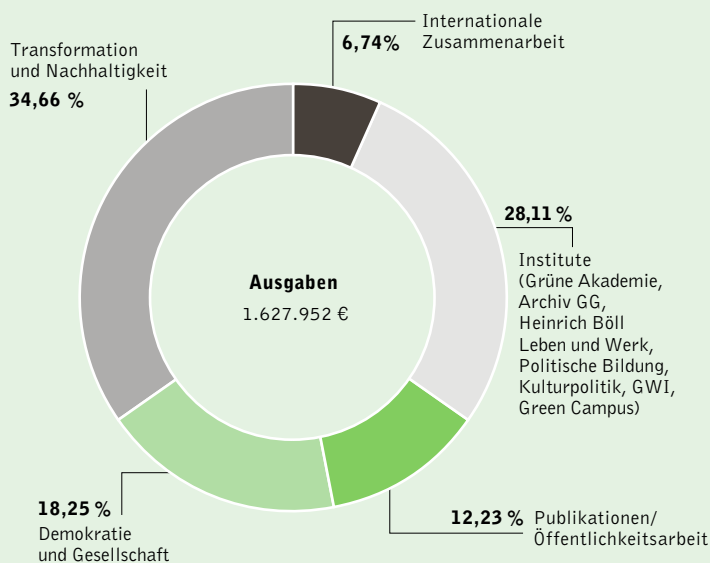
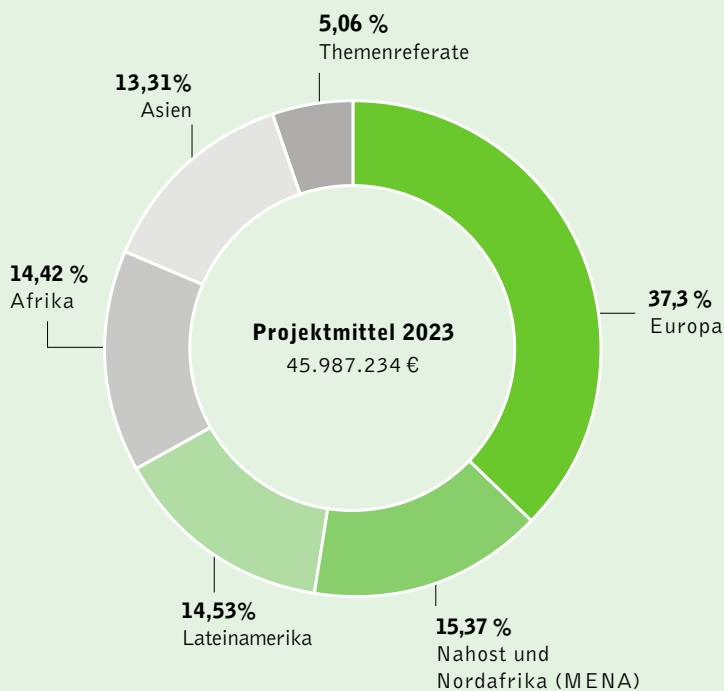
	2023	2022
	Vorläufiges Ergebnis	
Einnahmen Globalmittelhaushalt**	30.089.362	26.199.869
Einnahmen Mittel für Investitionen	1.514.146	771.793
Projektmittel		
Internationale Zusammenarbeit	45.987.234	39.537.428
BMZ	37.372.302	32.297.733
AA	8.467.033	7.056.562
EU	—	—
Sonstige/Drittmittel	147.900	183.133
Studienwerk	13.322.449	12.372.165
BMBF	11.933.454	11.175.391
AA	1.366.467	1.180.615
Sonstige/Drittmittel	22.528	16.160
Inland	6.176.980	4.666.125
BMI	5.606.691	4.157.034
Sonstige/Drittmittel	570.289	509.091
Sonstiges	60.135	123.086
Summe der Einnahmen	97.150.306	83.670.467
Fachausgaben	1.648.012	1.260.300
Weiterleitungen an die Landesstiftungen	3.991.914	2.947.246
Projektmittelausgaben		
Internationale Zusammenarbeit	36.900.480	30.818.888
Studienwerk	12.992.570	11.930.989
EU	—	—
Drittmittel	499.111	503.110
Personal (Gehälter inkl. Leitungen Auslandsbüros)	25.708.644	23.777.317
Sachausgaben	3.273.062	2.934.965
Investitionen	1.554.823	910.330
Sonstiges	632.334	289.794
Summe der Ausgaben	87.200.950	75.372.939
Mittelübertrag ins Folgejahr	9.949.355	8.297.527
Vereinseinnahmen	174.690	200.914
Vereinsausgaben	165.818	202.322
Vereinsergebnis	8.872	-1.408

* Alle Zahlen in Euro

** Einschließlich des Mittelübertrags aus dem Vorjahr

BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; AA: Auswärtiges Amt; BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung

AA: Auswärtiges Amt



Internationale Zusammenarbeit

Die Projektmittel für die Internationale Zusammenarbeit (IZ) betrugen insgesamt rund 46 Millionen Euro.

Der Anteil der regulären Mittel aus dem BMZ-Titel 04 für die weltweit entwicklungswichtigen Vorhaben wuchs um ca. 5 Millionen Euro an. Ein Großteil dieser Mittel kam Projekten in Lateinamerika und Afrika zugute. Die Mittel für Europa wurden aufgrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ebenso signifikant aufgestockt.

Für Klima-Sonderinitiativen standen im Vergleich zum Vorjahr ca. 117.000 Euro mehr zur Verfügung, insgesamt rund 825.000 Euro.

Die Mittel für die Flucht-Sonderinitiativen des BMZ für den Libanon, die Türkei und Ostafrika wurden ergänzt um das Programm «Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren» in Griechenland. Insgesamt sank der Anteil der Flucht-Mittel gegenüber dem Vorjahr um knapp 100.000 Euro. Vom Auswärtigen Amt (AA) erhielt die Stiftung rund 7,64 Millionen Euro zur Förderung gesellschaftspolitischer Vorhaben. Für den notwendigen Aufbau von Exilstrukturen in unmittelbarer Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat die Stiftung mehr als 637.000 Euro dieser AA-Mittel aufgewendet; rund 9 Prozent.

Die AA-Sondermittel für Aktivitäten in Tunesien, Marokko und Jordanien sowie in Belarus stiegen um rund 122.000 Euro gegenüber dem Vorjahr auf 822.000 Euro.

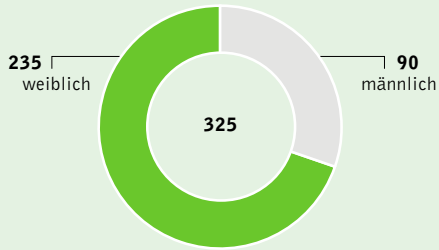
Politische Bildung Inland

Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung 2023 insgesamt 1.627.952 Euro aus Globalmitteln und Drittmitteln verausgabt. Diese Gelder flossen in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Die prozentuale Verteilung der Mittel auf die Themen ist aus der Grafik ersichtlich. Außerdem werden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie GreenCampus und der Grünen Akademie sowie für die Herausgabe von Büchern verausgabt. Zudem leitete die Stiftung im Jahr 2023 knapp 4 Millionen Euro für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.

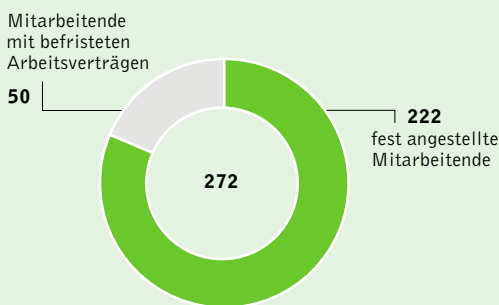
Stipendien und Projektmittel des Studienwerks

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und vom Auswärtigen Amt (AA). Im Jahr 2023 konnten insgesamt 1.650 Personen gefördert werden, davon 1.428 Studierende, 214 Promovierende und acht internationale ehemalige Promovierende für einen befristeten Forschungsaufenthalt in Deutschland. 312 deutsche und internationale Studierende und Promovierende konnten 2023 neu in die Förderung aufgenommen werden.

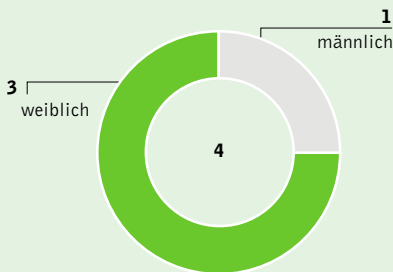
Inlandsbeschäftigte und ins Ausland entsandte Mitarbeitende (gesamt)



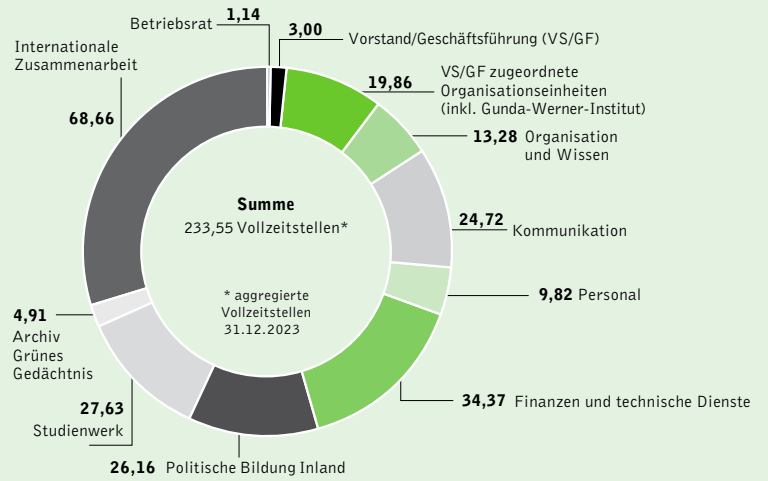
Beschäftigungsverhältnis der Inlandsbeschäftigten (Berlin und Köln)



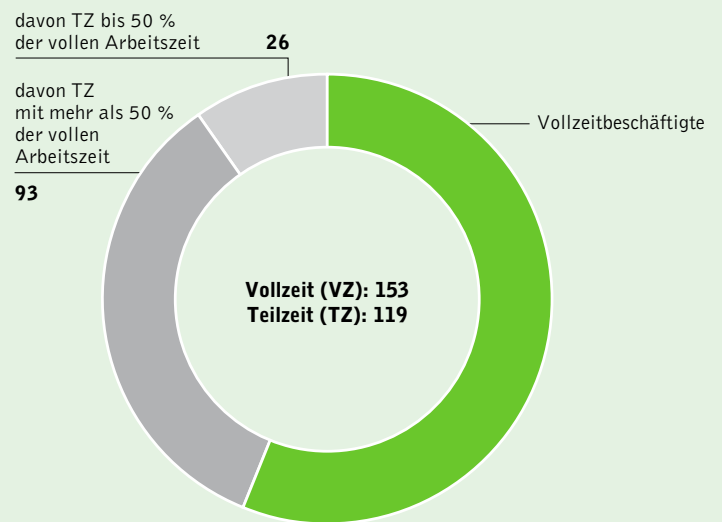
Inanspruchnahme der Elternzeit der Inlandsbeschäftigten



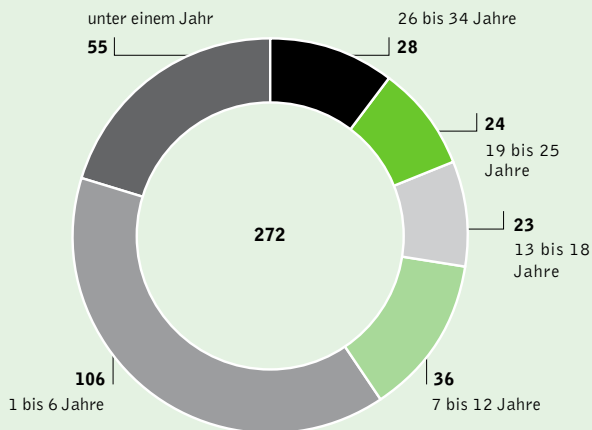
Inlandsbeschäftigte (Vollzeitäquivalente) nach Abteilungen



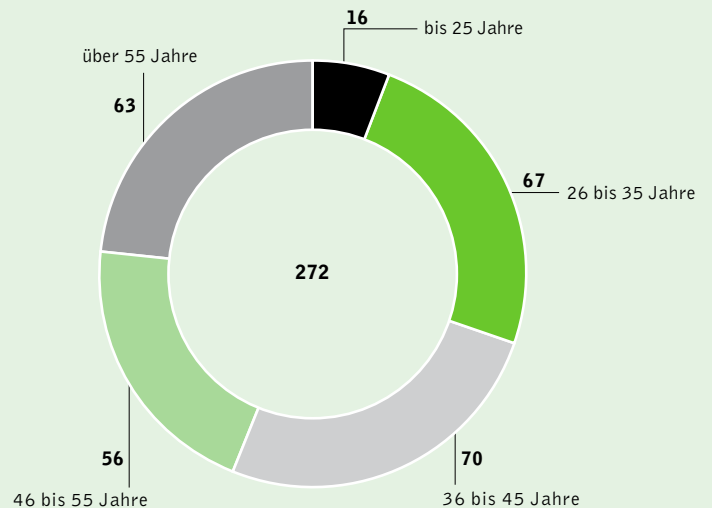
Arbeitszeit der Inlandsbeschäftigten



Betriebszugehörigkeit der Inlandsbeschäftigten



Altersstruktur der Inlandsbeschäftigten



TuWas-Stiftung



«Careful» – ein feministischer Kurzfilm über Gerechtigkeit und Heilung nach sexuellem Missbrauch.
Gefördert von der TuWas-Stiftung Foto: Patrycja Toczek

Die TuWas-Stiftung für Gemeinsinn wurde 2013 mit großem ehrenamtlichem Engagement der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung gegründet. Seit dem Jahr 2022 fördert TuWas ein Programm zur Regeneration von Menschenrechtsverteidiger*innen. TuWas schließt damit eine wichtige Förderlücke in der Stiftungsarbeit: Menschenrechtsverteidiger*innen vor extremer psychischer Belastung zu schützen und ihre Resilienz zu stärken. Das Programm wird von unserer Global Support Unit in Brüssel durchgeführt. Der Bedarf nach dieser Art von Unterstützung ist leider sehr groß. Mit Mitteln der Stiftung Frauen in Europa, deren Geschäfte TuWas weiterhin besorgt, konnten wir dieses Angebot verstetigen.

Zusätzlich förderte TuWas im Jahr 2023 eine Podcast-Reihe des Kulturbüros Sachsen mit dem Titel «Sachsen rechts unten», in der aktuelle Entwicklungen und Kontinuitäten der extremen Rechten sowie andere Gefahren für die Demokratie im Bundesland Sachsen aufgezeigt und besprochen werden.

Hier nachzuhören: <https://kulturbuero-sachsen.de/sachsen-rechts-unten-der-podcast/>

Ihre Spenden und Zustiftungen ermöglichen uns die Unterstützung weiterer wichtiger Projekte in unseren Förderschwerpunkten Krieg und Gewalt in Europa | Opfer sexualisierter Gewalt | Demokratie unter Druck | Populismus | Rechtsruck und Klimafolgen | Migration.



→ Mehr unter tuwasstiftung.de

Gremien

Stand: 31. Dezember 2023

Mitgliederversammlung

Gesine Agena
Ferda Ataman
Bettina Backes
Margarete Bause
Sarah Bast
Lukas Beckmann
Tanja Berger
Brantner, Franziska – MdB
Wibke Brems - FraVo
Prof. Dr. Marius Busemeyer
Emily May Büning
Reinhard Bütikofer – MdEP
Fabian Czerwinski
Aladin El-Mafaalani
Carolin Emcke
Stephan Ertner
Mirjam Gläser
Ivan Greguric
Kübra Gümüşay
Rebecca Harms
Andrea Hoops
Ulrich Khuon
Maria Klein-Schmeink – MdB
Franziska Krumwiede-Steiner
Katrin Langensiepen – MdEP
Dr. habil. Julia Leininger
Sylvia Löhrmann
Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe
Dr. Birgit Metzger
Dr. Matias Mieth
Klaus Müller
Nambowa Mugalu
Hannah-Katharina Nadjai
Omid Nouripour – BuVo
Monika Oberle
Dr. Tamara Or
Anja Piel
Andreas Rade
Prof. Dr. Anja Reinalter – MdB
Jamila Schäfer – MdB
Reiner Scholz
Dr. Julia Schulze Wessel
Esther Straub
Stefan Tidow
Dr. Gerhard Timm
Dr. Maya Trapp
Dr. Kira Vinke
Antje von Broock

Stipendiatische Vertreter*innen

Linda Leibhold
Phuong Phan

Aufsichtsrat

Nina Happe
Giorgio Franceschini
Prof. Dr. Marius Busemeyer
Sylvia Löhrmann
Dr. Gerhard Timm
Emily May Büning
Agnieszka Brügger
Andrea Hoops
Dr. Julia Schulze Wessel

Gemeinschaftsaufgabe Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung

Tessa Ganserer
Laura Gehlhaar
Andrea Schirmacher
Dr. Dag Schölper
Dr. Dan Ghattas
Dr. Iris Werner
Dr. Kristin Bergmann
Dr. Laura Dornheim
Elisabeth Kaneza
Kübra Gümüşay
Malti Taneja
Özcan Karadeniz
Naïma Shali
Katrin Langensiepen
Prof. Dr. Ilse Lenz
Stefanie Lohaus

Koordinationsgremium des Freundeskreises

Marie Luise von Halem
Klaus Linsenmeier

Mitglieder Grüne Akademie

Prof. Dr. Gabriele Abels
Prof. Dr. Hartmut Aden
Minister und MdL Tarek Al-Wazir
Birgitt Bender
Armin Bernsee
Felix Beutler
Prof. Dr. Thomas Biebricher
Marianne Birthler
Dr. Franziska Brantner
Prof. Dr. Christina von Braun
Dr. Sandra Brunsbach
Prof. Dr. Eva Buddeberg
Prof. Dr. Heinz Bude
Emily Büning
Prof. Dr. Marius Busemeyer
MdEP Reinhard Bütikofer
Prof. Dr. Thomas Christaller
MdB, Dr. Anna Christmann
Prof. Dr. Dr. Michael Daxner
Prof. Dr. Simone Dietz
Dr. Thea Dückert
Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani
Rainer Emschermann
Jan Engelmann
Stephan Ertner
Prof. Dr. Philipp Felsch
Prof. Dr. Rainer Forst
Georgia Franzius
Ralf Fücks
Anna-Catharina Gebbers
Silke Gebel
Prof. Dr. Brigitte Geißel
Karsten Gerlof
Prof. Dr. Arnim von Gleich
Stephanie Gleißner
Prof. Dr. Stefan Gosepath
Prof. Dr. Sigrid Graumann
Melanie Haas
Rebecca Harms
Prof. Dr. Eva Hausteiner
PD Dr. Felix Heidenreich
Dr. Dietrich Herrmann
Prof. Dr. Lisa Herzog
Dr. Paula Marie Hildebrandt
Imma Hillerich
Prof. Dr. Jeanette Hofmann
Andrea Hoops
Prof. Dr. Rahel Jaeggi
Pico Jordan
Arne Jungjohann
Lamyia Kaddor
Dr. Otto Kallscheuer
PD Dr. Karena Kalmbach
Petra Kirberger
Sibylle Knapp
Michael Knoll
Johannes Kode
Silke Krebs
Prof. Dr. Regina Kreide
Prof. Dr. Georg Krücken
Prof. Dr. Rainer Kuhlen
Prof. Dr. Bernd Ladwig
Sergey Lagodinsky
Prof. Dr. Susanne Lanwerd
Dr. Justus Lentsch
MdL Andrea Lindlohr
Niombo Lomba
Prof. Dr. Bertram Lomfeld
Dr. Anna Lührmann
Dr. Willfried Maier
Nicole Maisch
Ole Meinefeld
Sebastian Metzger
Prof. Dr. Jan Christoph Minx
Prof. Dr. Christoph Möllers
Alexander Müller
Dr. Melanie Müller
Prof. Dr. Jochen Müller
Staatssekr. Claudia Müller
Ella Müller
Dr. Carsten Neßhöver
Ministerin Mona Neubaur
Dr. Gero Neugebauer
Prof. Dr. Christian Neuhäuser
Dr. Ralph Obermayer
Prof. Dr. Konrad Ott
Michael Pelke
Prof. Dr. Arnd Pollmann
Dr. Andreas Poltermann

Ramona Pop
Prof. Dr. Lothar Probst
Volker Ratzmann
Prof. Dr. Andreas Reckwitz
Prof. Dr. Hedwig Richter
Dr. Manuel Rivera
Prof. Dr. Thomas Rixen
Krista Sager
Philipp Sälhoff
Prof. Dr. Thomas Saretzki
Stephan Schilling
Joscha Schmierer
Dr. Simone Schwanitz
Dr. Christine Schwarz
Jan Seifert
Prof. Dr. Sandra Seubert
Peter Siller
Dr., MdB Till Steffen
Prof. Dr. Tine Stein
Prof. Dr. Grit Straßenberger
Dr. Niko Switek
Rena Tangens
Dr. Thorsten Thiel
Dr. Michael Thöne
Stefan Tidow
Dr. Ellen Ueberschär
Dr. Berthold Vogel
Sybille Volkholz
Prof. Dr. Christiane Voss
Dr. Kristina Weissenbach
Prof. Dr. Michael Zürn

Fachbeirat Europa/Transatlantik

Dr. Eltje Aderhold
Dr. Annegret Bendiek
Dr. Franziska Brantner
Dr. Tobias Bunde
Reinhard Bütikofer
Prof. Dr. Burak Çopur
Dr. Sabine Fischer
Tobias Flessenkemper
Juliette de Grandpré
Dr. Kai-Olaf Lang
Sara Nanni
Dr. Ronja Scheler
Prof. Dr. Michael Schreyer
Prof. Dr. Daniela Schwarzer
Stefanie Sifft
Michał Sutowski
Dr. Kira Vinke
Viola von Cramon

Fachbeirat Globale Kooperation

Dr. Olumide Abimbola
Dr. Muriel Asseburg
Anna Cavazzini
Prof. Dr. Kristina Dietz
Pegah Edalatian
Dr. Jan-Niclas Gesenhues
Thilo Hoppe
Lotte Leicht
Dr. Rirhandu Mageza-Barthel
Dr. Margitta Minah
Daniel Mittler
Dr. Melanie Müller
Dr. Barbara Sennholz-Weinhardt
Prof. Dr. Anja Senz

Fachbeirat Studienwerk

Dr. Vanesse Aufenanger
Dr. Florian Bernstorff
PD Dr. Stefan Böschchen
Dr. Nadine Fromm
Kai Gehring – MdB
Ulrike Gote
Dr. Steffen Hagemann
Dr. Vera Jost
Laura Kraft – MdB
Dr. Sebastian Kubon
Dr. Claudia Maicher – MdL
Dr. Daniela Marx
Dr. Ariane Neumann
Dr. Lars Ostermeier
Krista Sager
Dr. Ulrike Zeigermann

Stipendiatische Vertreter*innen

Marius Kühne
Rahel Krauss

Auswahlkommission Studienwerk

Dr. Alaa Alhamwi
Dr. Christine Andrä
Wolfgang Baum
Dr. Thilo Becker
Dr. Florian Bernstorff
Dr. Franziska Blomberg
Prof. Dr. Andrea Blunck
Dr. Manuela Böhm
Anatoli Botea
Paula Bradish
Prof. Dr. Holger Buck
Prof. Dr. Stephan Bundschuh
Dr. Sebastian Büttner
Dr. Denis Cohen
Prof. Dr. Marco Dräger
Chinh Duong
Prof. Dr. Leonie Esters
Dr. Matthias Falke
Dr. Nadia Feddahi
Prof. Dr. Anke Fesenfeld
Prof. Dr. Juliane Filser
Prof. Dr. Angela Francke
Dr. Nadin Fromm
Johannes Geibel
Dr. Mareike Gronich
Prof. Dr. André Grüning
Dr. Steffen Hagemann
Prof. Dr. Jan Christoph Heemann-Minx
Marie Heidenreich
Dr. Jens Heidingsfelder
Prof. Dr. Julius Heinicke
Prof. Dr. Isabell Hensen
Ina Hieronymus
Dr. Manja Hußner
Dr. Caspar Moritz Hütten
Nastasja Ilgenstein
Dr. Gregor Kaiser
Prof. Dr. Omar Kamil
Prof. Dr. Nele Kampa
Prof. Dr. Stefanie Kessler
Thomas Korbun
Prof. Dr. Claudia Kraft
Dr. Franziska Krumwiede-Steiner
Dr. Nora Krzywinski
Dr. Stefanie Kunas
Klaus Linsenmeier
Dr. Alexandra Lübcke
Prof. Dr. Sandra Maß
Prof. Dr. Franziska Müller
Prof. Dr. Ursula Neumann
Dr. Ariane Neumann
Dr. Sebastian Neumann-Böhme
Ann-Kathrin Neureuther
Dr. Benno Nietzel
Dr. Ipek Ölcüm
Dr. Lars Ostermeier
Dr. Norbert Paulo
Dr. Eva Pfannerstill
Annikka Maria Philipps
Dr. Jana Pinosová
Tim Rauschan
Prof. Dr. Thomas Rixen
Maria Ximena Rodríguez Medeyros
Prof. Dr. Mieke Roscher
Dr. Renate Ruhne
Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar
Cordula Rutz
Prof. Dr. Christopher Schmidt
Jörg Schreiber
Prof. Dr. Ludger Schwarte
Dr. Rena Schwarting
Dr. Christine Schwarz
Dr. Simon Sinsel
Eva Stadler
Steffen Stadler
Prof. Dr. Lieselotte Steinbrügge
Prof. Dr. Grit Straßenberger
Prof. Dr. Sabine Toppe
Dr. Ngoc-Han Tran
Dr. Andreas Wagner
Prof. Dr. Christoph Weller
Prof. Dr. Kirsten Wiese
Dr. Marianne Zepp

Vertrauensdozent*innen

Aachen Fachhochschule Aachen Prof. Dr. Duc **Hung Tran**; Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen Prof. Dr. Stefan **Bösch**; Dr. Martina **Roß-Nickoll**
Augsburg Universität Augsburg Prof. Dr. Christoph **Weller**
Bamberg Otto-Friedrich-Universität Bamberg Prof. Dr. Astrid **Schütz**
Bayreuth Universität Bayreuth Prof. Dr. Erdmute **Alber**; Prof. Dr. Stefan **Peiffer**; Dr. Mariam **Popal**
Berlin * Prof. Dr. Werner **Konitzer**; Dr. Angela **Lammert**; Dr. Jakob **Schweizer**; Alice Salomon Hochschule Berlin Prof. Dr. Sabine **Toppe**; Berliner Hochschule für Technik Prof. Dr. Anne **König**; Freie Universität Berlin Dr. Achim **Brunnengräber**; Prof. Dr. Barbara **Fritz**; Dr. Michaela **Haase**; Prof. Dr. Cilja **Harders**; Prof. Dr. Bernd **Ladwig**; Prof. Dr. Margreth **Lünenborg**; Prof. Dr. Thomas **Rixen**; Hertie School of Governance Prof. Dr. Jan Christoph **Heemann-Minx**; HMKW - Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft Prof. Dr. Markus **Ziener**; Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin Prof. Dr. Florian **Koch**; Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin Prof. Dr. Hartmut **Aden**; Dr. Annika **Dießner**; Prof. Dr. Heike **Wiesner**; Humboldt-Universität zu Berlin Prof. Dr. Beate **Binder**; Prof. Dr. Claudia **Bruns**; Prof. Dr. Marcelo **Caruso**; Dr. Jeanette **Ehrmann**; Technische Universität Berlin Prof. Dr. Nina **Langen**; Prof. Dr. Tilman **Santarius**
Bielefeld Universität Bielefeld Dr. Mareike **Gronich**; Prof. Dr. Kornelia **Konczal**; Prof. Dr. Paul **Mecheril**
Bochum Ruhr-Universität Bochum Prof. Dr. Viktoria **Däschlein-Geßner**; m Dr. Matthias **Falke**
Bonn Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn Prof. Dr. Leonie **Esters**
Braunschweig Hochschule für Bildende Künste Braunschweig Prof. Dr. Wolfgang **Jonas**; Prof. Dr. Rolf **Nohr**; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig Jun.-Prof. Dr. Henriette **Bertram**; Prof. Dr. Jörg **Grunenberg**; Prof. Dr. Bettina **Wahrig**
Bremen Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen Prof. Dr. Kirsten **Wiese**; Universität Bremen Dr. Sabine **Horn**; Prof. Dr. Konstanze **Plett**; Prof. Dr. Maike **Vollstedt**
Chemnitz Technische Universität Chemnitz Jun.-Prof. Arndt **Leininger**; Prof. Dr. Cecile **Sandten**
Detmold Technische Hochschule Ostwestfalen-Lippe Prof. Oliver **Hall**
Dresden Evangelische Hochschule Dresden (FH) Prof. Dr. Marlies **Fröse**; Technische Universität Dresden Prof. Dr. Uta **Berger**; Prof. Dr. Markus **Scholz**
Duisburg Hochschule für Polizei öffentliche Verwaltung Prof. Dr. Janet **Kursawe**
Düsseldorf Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf Prof. Dr. Simone **Dietz**; Kunstakademie Düsseldorf Prof. Dr. Ludger **Schwarte**
Erfurt Universität Erfurt Prof. Dr. Omar **Kamil**; Prof. Dr. Achim **Kemmerling**; Prof. Dr. Jamal **Malik**
Erlangen Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Prof. Dr. Kristina **Giesel**
Essen Universität Duisburg-Essen Dr. Nadia **Feddahi**
Esslingen Hochschule Esslingen Prof. Dr. Christopher **Schmidt**
Flensburg Europa-Universität Flensburg Dr. Marc **Buggeln**; Prof. Dr. Gerd **Grözing**; Prof. Dr. Christine **Thon**
Frankfurt (Oder) Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Prof. Dr. Timm **Beichelt**; Dr. Benno **Nietzel**
Frankfurt am Main Frankfurt University of Applied Sciences Prof. Dr. Margitta **Kunert**; Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main Prof. Dr. Christoph **Menke**
Freiburg Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau Dr. Sylvia **Kruse**; Prof. Dr. Anke **Weidlich**
Fulda Hochschule Fulda - University of Applied Sciences Prof. Dr. Susanne **Dern**
Gießen Justus-Liebig-Universität Gießen Prof. Dr. Jörn **Ahrens**; Prof. Dr. Regina **Kreide**
Göttingen Georg-August-Universität Göttingen Prof. Dr. Nicolai **Miosge**
Greifswald Universität Greifswald Prof. Dr. Susanne **Stoll-Kleemann**
Halle Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle Prof. Frithjof **Meinel**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Prof. Dr. Thomas **Bremer**; Dr. Peter **Dietrich**; Prof. Dr. Isabell **Hensen**
Hamburg Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg Prof. Dr. Franziska **Müller**; Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg Prof. Dr. Louis Henri **Seukwa**; Hochschule für bildende Künste Hamburg Prof. Dr. Friedrich **von Borries**; Universität Hamburg Prof. Dr. Andrea **Blunck**; Dr. Nina **Feltz**; Prof. Dr. Ursula **Neumann**; Dr. Sebastian **Neumann-Böhme**; Prof. Dr. Kai-Uwe **Schnapp**
Hannover FOM Hochschule für Ökonomie & Management Prof. Dr. Manuel **Pietzonka**; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover Prof. Dr. Christine **Hatzky**; Prof. Dr. Peter **Nyhuys**; Prof. Dr. Brigitte **Reinwald**
Heidelberg Pädagogische Hochschule Heidelberg Prof. Dr. Marco **Dräger**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg Prof. Dr. Christiane **Schwiene**; Universität Hildesheim Prof. Dr. Julius **Heinicke**
Höxter Technische Hochschule Ostwestfalen-Lippe Prof. Dr. Klaus **Maas**
Ilmenau Technische Universität Ilmenau Prof. Dr. Johann **Reger**
Ingolstadt Technische Hochschule Ingolstadt Prof. Dr. Klaus-Uwe **Moll**
Iserlohn University of Applied Sciences Europe - Iserlohn, Berlin, Hamburg Prof. Dr. Thomas **Meuser**
Jena Ernst-Abbe-Hochschule Jena Prof. Dr. Thomas **Sauer**; Friedrich-Schiller-Universität Jena Prof. Stephan **Lorenz**

Jülich * Dr. Eva **Pfannerstill**; Dr. Isabel **Schäfer**
Kaiserslautern Hochschule Kaiserslautern Prof. Hendrik **Speck**; Rheinland-Pfälzische Technische Universität Dr. Florian **Bernstorff**; Heide **Gieseke**; Dr. Steffen **Hagemann**
Karlsruhe Pädagogische Hochschule Karlsruhe Dr. Manuela **Böhm**
Kassel Universität Kassel Prof. Dr. Anna Elisabeth **Growe**; Prof. Dr. Christoph **Scherrer**
Kiel Christian-Albrechts-Universität zu Kiel Dr. Sandra **Brunsbach**; Dr. Insa **Kühling**
Köln Universität zu Köln Prof. Dr. Boris **Braun**
Konstanz Universität Konstanz Prof. Dr. Marius **Busemeyer**; Prof. Dr. Rainer **Kuhlen**; Dr. Oliver **Trevisiol**
Landshut Hochschule Landshut Prof. Dr. Hannah **Jörg**; Prof. Dr. Mehmet Mihri **Özdoğan**
Leipzig Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig Prof. Dr. Gabriele **Hooffacker**
Ludwigsburg Evangelische Hochschule Ludwigsburg Prof. Bettina **Heinrich**
Lüneburg Leuphana Universität Lüneburg Prof. Dr. Dawid Govinda **Friedrich**; Prof. Dr. Peter **Pez**
Magdeburg Hochschule Magdeburg-Stendal Prof. Dr. Maureen Maisha **Auma**; Prof. Dr. Alexander **Pott**; Prof. Dr. Thorsten **Unger**; Prof. Dr. Gerald **Warnecke**
Mainz Johannes Gutenberg-Universität Mainz Prof. Peter **Kiefe**; Prof. Dr. Constantin **Wagner**
Marburg Philipps-Universität Marburg Prof. Jan Christoph **Goldschmidt**; Prof. Dr. Susanne **Maurer**; Dr. Tareq **Sydiq**
München Hochschule für angewandte Wissenschaften München Prof. Dr. Constance **Engelfried**; Katholische Stiftungshochschule München Prof. Dr. Markus **Babo**; Ludwig-Maximilians-Universität München Nikolai **Brandes**; Prof. Dr. Tobias Benedikt **Hank**; Dr. Norbert **Paulo**; Technische Universität München Prof. Dr. Oliver **Alexy**
Münster Westfälische Wilhelms-Universität Münster Dr. Tobias **Albrecht**; Dr. Harry **Mönig**; Prof. Dr. Gabriele **Wilde**
Neubiberg Universität der Bundeswehr München Prof. Dr. Sina **Farzin**; Prof. Dr. Franz **Kohout**
Neubrandenburg Hochschule Neubrandenburg Prof. Dr. Claudia **Steckelberg**
Oldenburg Carl von Ossietzky Universität Oldenburg Prof. Dr. Bernd **Siebenhüner**
Osnabrück Universität Osnabrück Prof. Dr. Helen **Schwenken**
Paderborn Universität Paderborn Prof. Dr. Michael **Hofmann**; Universität Paderborn Prof. Dr. Dorothee M. **Meister**
Potsdam Fachhochschule Potsdam Dr. Ellen **Euler**; Dr. Renate **Ruhne**; Universität Potsdam Prof. Dr. Joachim **Gessinger**; Prof. Dr. Vera **Kirchner**; Prof. Dr. Gert **Zöller**
Regensburg Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg. Maike **Berndt-Zürner**
Reutlingen Hochschule Reutlingen Anna Goeddeke; Dr. Karin **Widmayer**
Rostock Universität Rostock Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**
Saarbrücken Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes Prof. Dr. Holger **Buck**; Prof. Dr. Susan **Pulham**; Prof. Dr. Ulrike **Zöller**; Universität des Saarlandes Dr. Daniela **Braun**
Siegen Universität Siegen Dr. Momme **von Sydow**
Stralsund Hochschule Stralsund Prof. Dr. André **Grünig**
Stuttgart Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Stuttgart Prof. Dr. Judith **Siegmund**; Universität Hohenheim Dr. Birgit **Hoinle**; Universität Stuttgart Dr. Max **Hoßfeld**; Dr. Ralph O. **Schill**; Hochschule Macromedia für angewandte Wissenschaften Prof. Karin **Jobst**
Trier Hochschule Trier Prof. Dr. Stefan **Naumann**; Universität Trier Prof. Dr. Antje **Bruns**; PD Dr. Rita **Voltmer**
Tübingen Eberhard Karls Universität Tübingen Prof. Dr. Gabriele **Abels**; Dr. Marco Krüger; Prof. Dr. Martin **Seeleib-Kaiser**; Dr. Mandy **Tröger**
Vechta Universität Vechta Prof. Dr. Gabriele **Dürbeck**; Prof. Dr. Marco **Rieckmann**
Wilhelmshaven Jade Hochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth Prof. Dr. Beate **Illg**
Witten Private Universität Witten/Herdecke Prof. Dr. Martin **Schnell**
Wolfenb./Wolfsb./Salzg./Suderb Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, Ostfalia Prof. Dr. Ludger **Kolhoff**
Wuppertal Bergische Universität Wuppertal Prof. Dr. Rita **Casale**; Prof. Dr. Hans J. **Lietzmann**; Prof. Dr. Gertrud **Oelerich**; Kirchliche Hochschule Wuppertal/Bethel Prof. Dr. Michaela **Geiger**
Würzburg Julius-Maximilians-Universität Würzburg Dr. Ulrike **Zeigermann**

Ausland

Amsterdam Vrije Universiteit Amsterdam Prof. Dr. Menuch **Khadjavi**
Beirut Lebanese University Prof. Dr. Markus **Schmitz**
Groningen University of Groningen Dr. Christine **Andrä**
Linz Johannes Kepler Universität Linz Dr. Waltraud **Ernst**
New Haven Yale School of Forestry and Environmental Science Dirk **Bergemann**
Oxford University of Oxford Prof. Dr. Wolfgang **Zumdick**
Pernambuco Universidade Federal de Pernambuco Dr. Peter **Schröder**
Tel Aviv * Dr. Dani **Kranz**
Tokio University of Tokyo Dr. Caspar Moritz **Hütten**
Utrecht Universiteit Utrecht Dr. Christoph **Baumgartner**
Wien Central European University Dr. Inga **Winkler**
Wien Universität für angewandte Kunst Wien Dr. Annette **Krauss**

Adressen

Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8
10117 Berlin
T 030-285 34-0 F 030-285 34-109
E info@boell.de
W www.boell.de

Die Heinrich-Böll-Landesstiftungen

Heinrich Böll Stiftung
Baden-Württemberg e.V.
Kernerstraße 43, 70182 Stuttgart
T 0711-26 33 94 10 F 0711-26 33 94 19
E info@boell-bw.de W www.boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung
Bayerisches Bildungswerk für
Demokratie und Ökologie in der
Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Hochbrückenstraße 10, 80331 München
T 089-24 22 67 30 F 089-24 22 67 47
E info@petra-kelly-stiftung.de
W www.petrakellystiftung.de

Bildungswerk Berlin der
Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Olivaer Platz 16, 10707 Berlin
T 030-308 779 480
E info@bildungswerk-boell.de
W www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg für
Ökologie, Demokratie und Soziales e.V.
Jägerstraße 2, 14467 Potsdam
T 0331-870 00 801
E info@boell-brandenburg.de

Bildungswerk Umwelt und Kultur in der
Heinrich Böll Stiftung
Carl-Ronning-Straße 9, 28195 Bremen
T 0421-35 23 68
E kontakt@boell-bremen.de
W www.boell-bremen.de

Politisches Bildungswerk
Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V.
Kurze Straße 1, 20355 Hamburg
T 040-389 52 70
E info@boell-hamburg.de
W www.boell-hamburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V.
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt am Main
T 069-23 10 90 F 069-239 478
E info@boell-hessen.de
W www.boell-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Friedrichstraße 23, 18057 Rostock
T 0381-492 21 84 F 0381-492 21 56
E post@boell-mv.de W www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt
Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen
Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover
T 0511-301 85 70 F 0511-301 85 714
E info@slu-boell.de W www.slu-boell.de

Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung
Nordrhein-Westfalen e. V.
Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf
T 0211-93 65 08 0 F 0211-93 65 08 25
E info@boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz
Walpodenstraße 10, 55116 Mainz
T 06131-90 52 60 F 06131-90 52 69
E mainz@boell-rlp.de
W www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar e.V.
Talstraße 56, 66119 Saarbrücken
T 0681-58 35 60
E mail@boell-saar.de
W www.boell-saar.de

Weiterdenken –
Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V.
Kraftwerk Mitte 32/Trafohalle
01067 Dresden
T 0351-85 075 100 F 0351-85 075 109
E info@weiterdenken.de
W www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Sachsen-Anhalt e.V.
Hansering 20 (Eingang D)
06108 Halle (Saale)
T 0345-202 39 27 F 0345-202 39 28
E info@boell-sachsen-anhalt.de
W www.boell-sachsen-anhalt.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Schleswig-Holstein e.V.
Weimarer Straße 6, 24106 Kiel
T 0431-906 61 30 F 0431-906 61 34
E info@boell-sh.de
W www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V.
Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
T 0361-555 32 57 F 0361-555 32 53
E info@boell-thueringen.de
W www.boell-thueringen.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung

Europa und Nordamerika

Büro Brüssel – Europäische Union
Heinrich-Böll-Stiftung
Rue du Luxembourg, 47–51
1050 Brussels, Belgien
T +32-2-743 41 00
E info@eu.boell.org
W www.eu.boell.org

Einheit Global Support for Democracy
Heinrich-Böll-Stiftung
Rue du Luxembourg, 47–51
1050 Brussels, Belgien

Büro Paris – Frankreich
Heinrich-Böll-Stiftung
80 Quai Jemmapes
75010 Paris, Frankreich
T +33-1-84 86 15 81
E info@fr.boell.org W www.fr.boell.org

Archiv Grünes Gedächtnis
Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
T 030-285 34-260 F 030-285 34-51 40
E archiv@boell.de

Büro Prag – Tschechische Republik, Slowa-
kei, Ungarn
Heinrich-Böll-Stiftung
Jugoslávská 567/16, 120 00 Prag 2,
Tschechien
T +420-251 81 41 73
E info@cz.boell.org
W www.cz.boell.org

Büro Warschau – Polen
Heinrich-Böll-Stiftung
ulica Żurawia 45, 00-680 Warszawa, Polen
T +48-22-44 01-333
E pl-info@pl.boell.org
W www.pl.boell.org

Büro Wien – Österreich
Dialogbüro für zivilgesellschaftliche
Zusammenarbeit
Eßlinggasse 9/6
1010 Wien, Österreich
W www.dialogbuero-vienna.at

Büro Kyjiw – Ukraine
Heinrich-Böll-Stiftung
wul. Velyka Zhytomyrska 13
01001 Kyjiw, Ukraine
T +38-44-394 52 42
E ua.ua-info@ua.boell.org
W www.ua.boell.org

Büro Tbilissi – Region Südkaukasus
Heinrich-Böll-Stiftung
46a, Irakli Abashidze Str.,
Tbilisi 0179, Georgien
T +995-32-238 04 67/68
E info@ge.boell.org
W www.ge.boell.org

Büro Belgrad –
Serbien, Montenegro, Kosovo
Heinrich-Böll-Stiftung
Kapetan-Mišina 25,
11000 Belgrad, Serbien
T +381-11-400 59 77
E info@rs.boell.org
W www.rs.boell.org

Büro Sarajevo – Bosnien und
Herzegowina, Nord-Mazedonien
Heinrich-Böll-Stiftung
Čekaluša 42, 71000 Sarajevo
Bosnien und Herzegowina
T +387-33-260 450
E info@ba.boell.org
W www.ba.boell.org

Globale Einheit für Feminismus und
Geschlechterdemokratie
Heinrich-Böll-Stiftung
Gajev Trg 2
71000 Sarajewo, Bosnien und Herzegowina
T +387 33 875-404
E info@de.boell.org
W www.ba.boell.org/de

Büro Tirana – Albanien
Heinrich-Böll-Stiftung
New Destil Creative Hub, 3rd Floor
Zog Ist Boulevard, Tirana
E info@al.boell.org
W al.boell.org

Büro Thessaloniki – Griechenland
Heinrich-Böll-Stiftung
3 Aristotelous, 54624
Thessaloniki, Griechenland
T +30 2310 282829
E info@gr.boell.org
W www.gr.boell.org

Büro Istanbul – Türkei
Heinrich-Böll-Stiftung
T +90-212-249 15 54
E info@tr.boell.org
W www.tr.boell.org

Büro Washington, DC – USA, Kanada,
Globaler Dialog
Heinrich-Böll-Stiftung
1432 K Street, NW, Suite 500
Washington, DC 20005-2540, USA
T +1-202-462 75 12
E info@us.boell.org
W www.us.boell.org

Asien

Büro Peking – China
Heinrich-Böll-Stiftung
Office C704, Beijing Lufthansa Center
No. 50, Liangmaqiao Road
Chaoyang District, 100125 Beijing, China
T +86-10-8400 4265
E info@cn.boell.org
W www.cn.boell.org

Büro Hongkong – Asien, Globaler Dialog
22E Derrick Industrial Bldg
49 Wong Chuk Hang Rd, Hong Kong SAR
T +852 2869 8900
E info@hk.boell.org
W www.hk.boell.org

Büro Neu-Delhi – Indien
Heinrich-Böll-Stiftung
C – 20, 1st Floor, Qutub Institutional Area
New Delhi 110016, Indien
T +91-11-2685 4405, 2651 6695,
2696 2840
E in-info@in.boell.org
W www.in.boell.org

Büro Bangkok – Südostasien
Heinrich-Böll-Stiftung
75 Sukhumvit 53 Klongton Neua, Wattana
Bangkok 10110, Thailand
T +66-2-6625960/1/2
E info@th.boell.org
W www.th.boell.org

Büro Phnom Penh – Kambodscha
Heinrich-Böll-Stiftung
#8, Street 476, Sangkat Toul Tompoung I
Khan Chamkar Mon Phnom Penh,
Kambodscha
T +855 23 210 535
E info@kh.boell.org
W www.kh.boell.org

Büro Seoul – Südkorea
Heinrich-Böll-Stiftung
Bareul Chram Building 33 Noksapyeong-
daero 40na-gil Yongsan-gu
Seoul 04345, Südkorea
T: +82 2-798-9507
E info@kr.boell.org
W www.kr.boell.org

Büro Yangon – Myanmar
Heinrich-Böll-Stiftung
E info@mm.boell.org

Afrika

Büro Abuja – Nigeria
Heinrich-Böll-Stiftung
2nd Floor, Masada III Building
12 Charles De Gaulle Street
Asokoro, Abuja, Nigeria
T +234-809-99 29 60-5 91
E info@ng.boell.org
W www.ng.boell.org

Büro Nairobi – Kenia, Uganda, Tansania
Heinrich-Böll-Stiftung
Prof. Wangari Maathai Road (formerly
Forest Road)
P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia
T +254-20-760 5300
E ke-info@ke.boell.org
W www.ke.boell.org

Büro Horn von Afrika – Äthiopien,
Sudan, Somalia/Somaliland
Heinrich-Böll-Stiftung
Mpulla House, Arboretum Drive
Nairobi, Kenia
T +254 20 760 5250
E hoa-info@hoa.boell.org
W hoa.boell.org

Büro Dakar – Senegal
Heinrich-Böll-Stiftung
Yoff Cité Djily Mbaye Villa N°358
Yoff, Dakar, Sénégal
T +221-33-825 66 06
E info@sn.boell.org W www.sn.boell.org

Büro Kapstadt – Südafrika, Namibia,
Simbabwe
Heinrich-Böll-Stiftung
8th Floor Vunani Chambers, 33 Church
Street, Cape Town 8000, Südafrika
T +27-21-461 62 66
E info@za.boell.org W www.za.boell.org

Nahost und Nordafrika

Büro Tel Aviv – Israel
Heinrich-Böll-Stiftung
1 Har Sinai St. 2nd floor
Tel Aviv 65816, Israel
T +972-3-516 77 34/35
E info@il.boell.org W www.il.boell.org

Büro Palästina und Jordanien
Heinrich-Böll-Stiftung
Tal az-Zaatar St. 6
P.O. Box 2018 Ramallah, Palästina
T +972-2-296 11 21
E info@ps.boell.org W www.ps.boell.org

Büro Beirut – Mittlerer Osten
Heinrich-Böll-Stiftung
Pierre Gemayel Avenue, Achrafieh 5585
Building, 1st floor
Beirut, Libanon
T +961-(0)1-615081
E info@lb.boell.org W www.lb.boell.org

Büro Tunesien – Tunis
Heinrich-Böll-Stiftung
5, Rue Jamel Abdennasse
1000 Tunis, Tunesien
T +216 71 322 345
E info@tn.boell.org W www.tn.boell.org

Büro Rabat – Marokko
Heinrich-Böll-Stiftung
33 Rue Abou Derr Agdal
10 000 Rabat, Marokko
T +212 537 67 4439/4503
E ma-info@ma.boell.org
W www.ma.boell.org

Lateinamerika

Büro Mexiko-Stadt – Mexiko und Karibik
Heinrich-Böll-Stiftung
Calle José Alvarado 12
Colonia Roma Norte,
Delegación Cuauhtémoc
CP 06760, México D.F., Mexiko
T +52-55-52 64 15 14
E mx-info@mx.boell.org
W www.mx.boell.org

Büro San Salvador – El Salvador, Costa
Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua
Heinrich-Böll-Stiftung
Residencial Zanzibar
Pasaje A-Oriente #24
San Salvador, El Salvador
T +503-2274-6812
E sv-info@sv.boell.org
W www.sv.boell.org

Büro Rio de Janeiro – Brasilien
Heinrich-Böll-Stiftung
Rua da Glória, 190/701 – Glória
CEP 20.241-180 – Rio de Janeiro,
Brasilien T +55-21-32 21 99 00
E info@br.boell.org W www.br.boell.org

Büro Bogota – Kolumbien
Heinrich-Böll-Stiftung
Calle 37 No 15–40
Bogotá, Kolumbien
T +57-1-371 91 11
E co-info@co.boell.org
W www.co.boell.org

Büro Santiago de Chile –
Chile, Peru, Bolivien
Heinrich-Böll-Stiftung
Av. Los Leones 877
Providencia - Santiago de Chile,, Chile
T +56 229383720
E info@cl.boell.org W www.cl.boell.org

Büro Buenos Aires – Argentinien, Uruguay,
Paraguay
Heinrich-Böll-Stiftung
Sánchez de Bustamante 27, 1o
1173 Ciudad Autónoma de Buenos Aires,
Argentinien
E info@ar.boell.org

Fördern und Spenden

Viele Menschen unterstützen uns mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Referent*innen, als Vertrauensdozent*innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums. Sie helfen uns, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln. Und sie unterstützen uns durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Zustiftungen, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis

Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von regulär 92 Euro, ermäßigt 25 Euro. Geringverdienende zahlen 46 Euro. Mit Ihren Beiträgen fördern wir unbürokratisch und schnell dort, wo es die Heinrich-Böll-Stiftung selbst meist aus rechtlichen Gründen nicht kann. Zum Beispiel unterstützen wir kleinere Kunst- und Kulturprojekte, für die auch geringe Summen eine große Hilfe sind. In Zusammenarbeit mit dem Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich und unseren Auslandsbüros konnten wir schon vielen politisch verfolgten Künstler*innen eine Zuflucht ermöglichen (siehe Seite 40). Über die Vergabe der Mittel entscheidet das ehrenamtliche Koordinationsteam, das von den Mitgliedern gewählt wird.

Und was haben Sie davon?

Wann immer möglich, werden die geförderten Projekte für Sie erlebbar gemacht – mit Einladungen zu Vernissagen, Aufführungen von Theater und Film, Lesungen oder Gesprächen. Sie erhalten den »Info-Brief« mit Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen. Speziell für Mitglieder und Ehrenamtliche bieten wir jedes Jahr eine Bildungsreise in Zusammenarbeit mit unseren Auslandsbüros bzw. Landesstiftungen an. Zur Jahresversammlung stehen regelmäßig Vorstand oder Geschäftsführung der Stiftung zum Austausch bereit.

Zudem organisieren wir verschiedene Veranstaltungen unter Beteiligung unserer Mitglieder – sei es als Ideengeber*in, als Moderator*in oder Gesprächsteilnehmer*in. Wir freuen uns auch auf Ihre Expertise!



Beitrittserklärung: Absender*in

Name:

Vorname:

Institution / Organisation:

☐ dienstlich ☐ privat

Anschrift

Straße:

PLZ / Ort:

E-Mail:

Telefon / Fax:

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten elektronisch gespeichert werden, um Informationen von der Heinrich-Böll-Stiftung zu erhalten. Ich kann der Nutzung meiner Daten jederzeit widersprechen.
Mehr zum Datenschutz finden Sie unter: boell.de/datenschutz

☐ Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum / Unterschrift:

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Bitte im Briefumschlag zurücksenden und mit € 0,85 frei machen

Heinrich-Böll-Stiftung

Freundinnen und Freunde
Schumannstraße 8

10117 Berlin



Klaus Linsenmeier, Koordinationsgremium des Freundeskreises Foto: privat



Marie Luise von Halem, Koordinationsgremium des Freundeskreises Foto: Robert Recker



Ulrike Cichon, Koordinatorin des Freundeskreises Foto: Conny Fischer

Werden Sie Mitglied im Freundeskreis!

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung. Wir laden Sie herzlich ein, Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Netzwerkes zu werden – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Als Freund oder Freundin tragen Sie dazu bei, die Qualität und Selbständigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung langfristig zu sichern. Eine breite Palette an Veranstaltungen mit und für die Freundinnen und Freunde bietet Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, politische Konzepte und Entwicklungen zu diskutieren und die Stiftungsarbeit näher kennenzulernen. Mindestens einmal im Jahr verreisen die Freundinnen und Freunde. Im Jahr 2023 waren sie bei unserem Büro in Paris zu Gast und auch in Nordrhein-Westfalen bei der dortigen Heinrich-Böll-Landesstiftung

Informieren Sie sich über unser Programm:
W www.boell.de/freundeskreis

Ansprechpartnerin für Freundinnen und Freunde, Spender*innen und Sponsor*innen:

Ulrike Cichon

T 030-285 34-112

E cichon@boell.de

W www.boell.de/freundeskreis

Spenden-/Beitragskonto:

Bank für Sozialwirtschaft

BIC BFSW DE 33 BER

IBAN DE15 3702 0500 0003 0767 02

Gläubiger-ID im SEPA-Lastschriftverfahren:
DE 17 ZZZ 00 00 03 60 794

Ihr Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft jederzeit kündbar.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
FREUNDINNEN + FREUNDE

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied

- ☐ mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- ☐ mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- ☐ mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- ☐ mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von €

Zahlungsweise

☐ SEPA*-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs), Gläubiger-ID DE17ZZZ00000360794, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der hbs auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber/in (falls abweichend):

Kreditinstitut:

BIC:

IBAN:

Die Mandatsreferenz wird mir durch die hbs separat mitgeteilt.

Datum, Ort und
Unterschrift:

- ☐ Ich überweise meinen Beitrag selbst auf das Konto der Heinrich-Böll-Stiftung, IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02.

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von Immigran-

ten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

Wir sind eine grüne Ideenagentur

- Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

- Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.

- Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.
- Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation. Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- Wir vermitteln Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteurinnen und Akteure.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, teamorientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

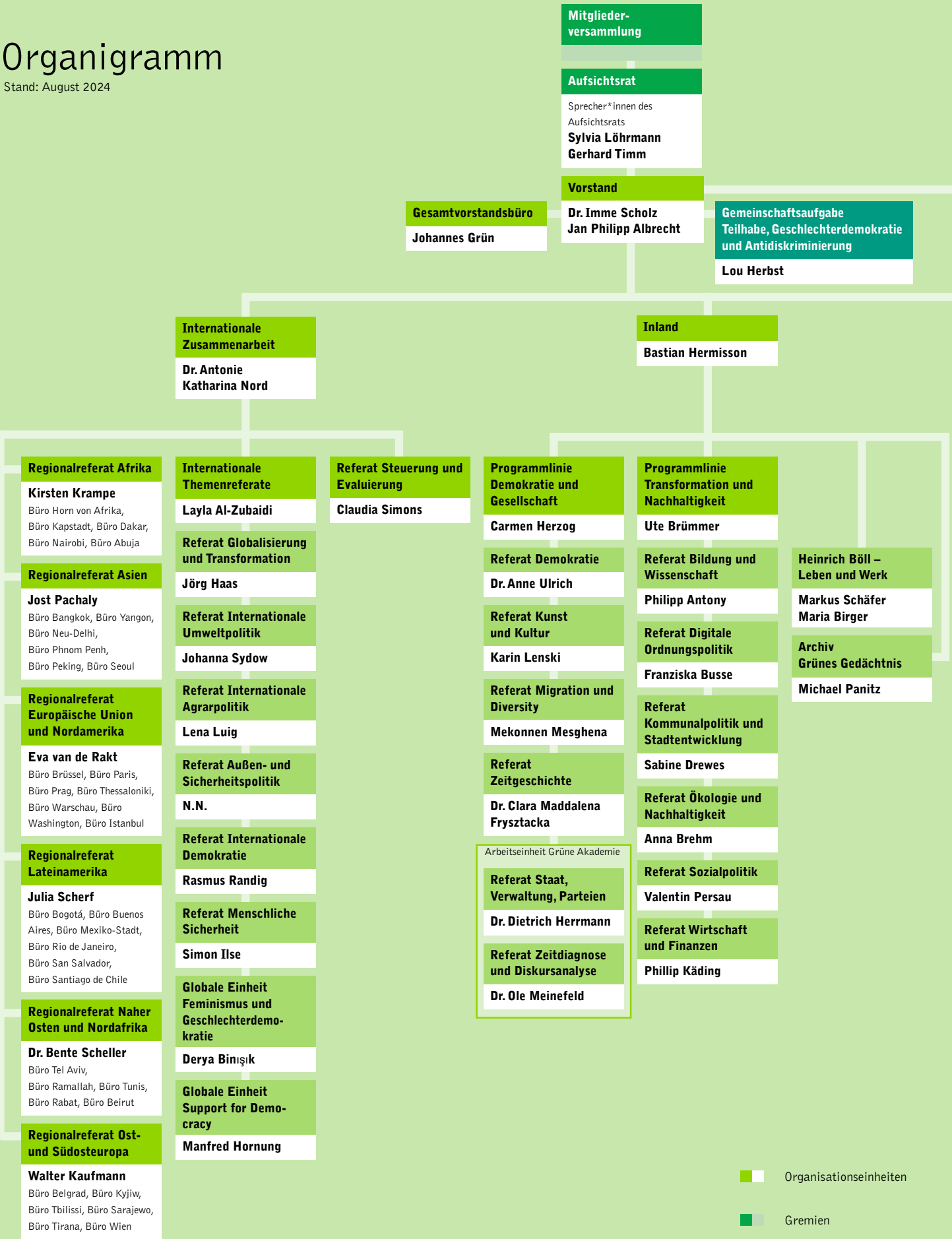
Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

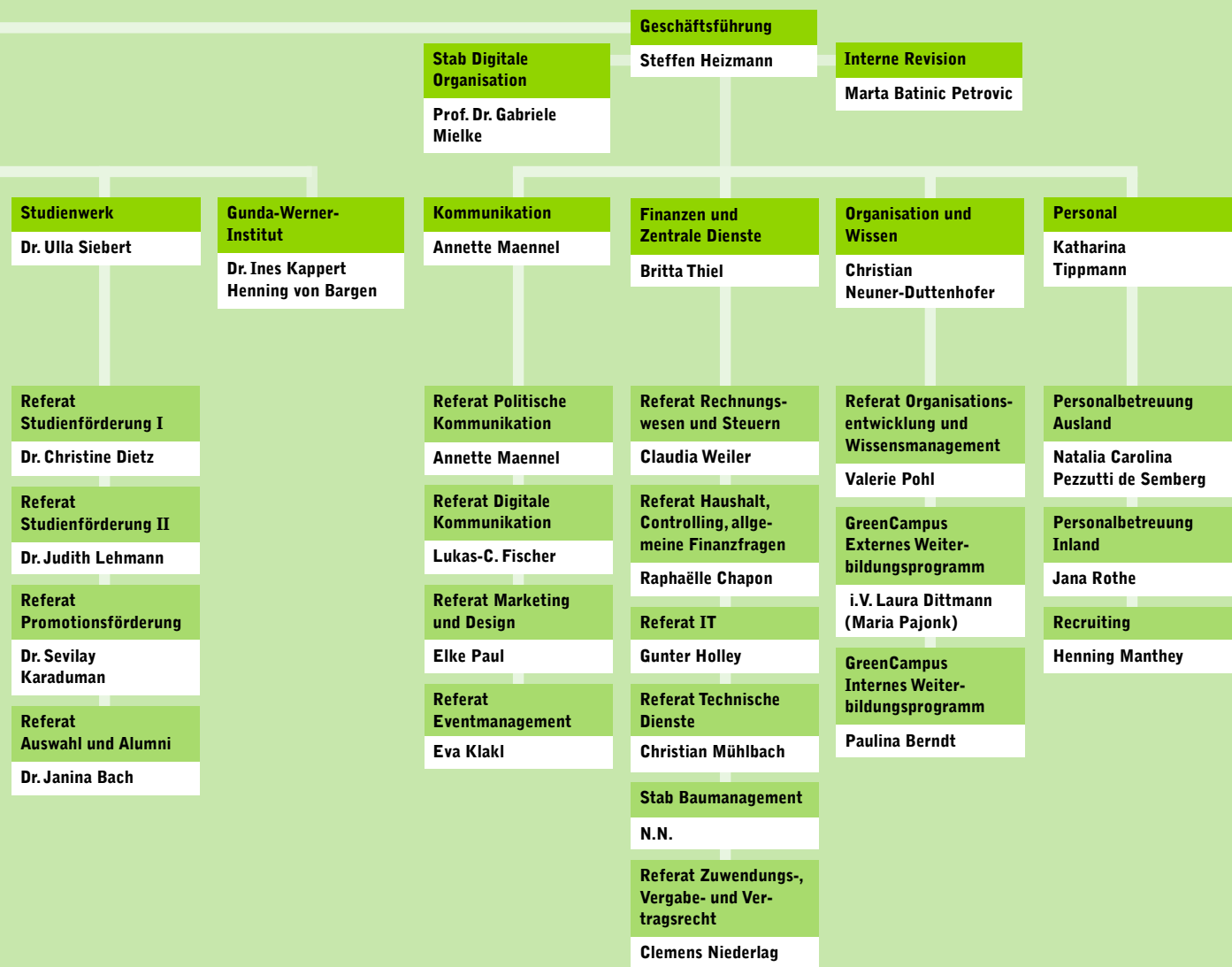
Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

Organigramm

Stand: August 2024



- Organisationseinheiten
- Gremien
- Netzwerke
- Beauftragte
- Beschäftigtenvertretungen



Gremien		Netzwerke		Beauftragte		Beschäftigtenvertretungen	
Fachbeirat	Gemeinschaftsaufgabe	Freundinnen + Freunde	Vorstand	AGG-Beauftragte	Marie Petter-Ntombela	Brandschutzbeauftragter	Betriebsrat
Fachbeirat		Grüne Akademie		Anti-Korruptionsbeauftragte		Christian Mühlbach	
Studienwerk	Fachbeirat (Internationale Zusammenarbeit)	Inland	Vertrauensdozent*innen und Auswahlkommissionsmitglieder	Marta Batinic Petrovic	Arbeits-sicherheits-beauftragte	Inklusionsbeauftragte	Schwerbehindertenvertretung
Globale Kooperation		Studienwerk		Sandra Jackson		Katharina Tippmann	
Fachbeirat (Internationale Zusammenarbeit)	Europa/Transatlantik	Ehemalige Stipendiat*innen der Heinrich-Böll-Stiftung	Studienwerk	Datenschutzbeauftragter	Jan Schallaböck (extern)	Interne Meldestelle	Mareike Bödefeld
Europa/Transatlantik						RA Stephan Rechten (extern)	

■ Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte, gegenüber dem Deutschen Theater, ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit Landesstiftungen in den 16 Bundesländern. ■ Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Deren vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. ■ Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. ■ Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen Bil-

dungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. ■ Im Jahr 2023 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 312 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. ■ Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u. a. den Vorstand. ■ Den hauptamtlichen Vorstand bilden Dr. Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht. Die Geschäftsführung hat Steffen Heizmann inne. ■ Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrant*innen vor. ■ Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Belgien, Frankreich, Österreich, Polen, Tschechien, der Türkei, Griechenland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Albanien, Israel, Libanon, dem arabischen Nahen Osten, Tunesien, Marokko, Kenia, Nigeria, Senegal, Südafrika, Thailand, Myanmar, Kambodscha, Indien, China, Südkorea, Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Chile, Mexiko, El Salvador und den USA. ■ Im Jahr 2023 standen der Stiftung circa 97 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.